Friedrich-Schiller-Universität
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften
Institut für Politikwissenschaft

Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005

Magisterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades
MAGISTER ARTIUM (M.A.)

Eingereicht von:
Falk Heunemann
Matrikel-Nr.: 26765
geb. am 25. April 1977
in Rudolstadt

Erstgutachter:
PD Dr. Torsten Oppelland
Zweitgutachter:
PD Dr. Antonius Liedhegener

Jena, den 15. Januar 2006

Inhalt

I EINLEITUNG 1

1 VORGESCHICHTE.....1

2 FORSCHUNGSSTAND UND QUELLENLAGE..... 2

3 VORGEHEN..... 5

II DIE BEZIEHUNG VOR DEM 22. MAI 2005.....6

1 DIE GESCHEITERTE WESTAUSDEHNUNG DER PDS.....6

2 ENTSTEHUNG DER WASG.....11

3 GESPRÄCHE ZWISCHEN WASG UND DER PDS
BIS ZUR NRW-WAHL..... 18

4 VERGLEICH DER BEIDEN PARTEIEN.....20

4.1 Programme 23

4.2 Mitgliederstruktur und Führungspersonal..... 25

4.3 Finanzen..... 28

4.4 Anhänger..... 28

III MÖGLICHKEITEN EINER KOOPERATION.....31

1 RECHTLICHE HÜRDEN FÜR DIE PARTEIEN..... 32

1.1 Zulassung der Landeslisten 32

1.2 Sperrklauseln.....33

1.3 Verbot von Listenverbindungen..... 33

2 MÖGLICHE MODELLE.....36

2.1 Fraktionsgemeinschaft.....36

2.2 Fusion durch Beitritt.....36

2.3 Fusion durch Neugründung..... 37

2.4 Gründung einer Wahlpartei..... 38

2.5 Offene Listen..... 39

3 VORBILDER 41

3.1 Zusammenschluss von Bündnis 90/Grüne..... 41

3.2 NPD/DVU-Bündnis..... 44

IV VERHANDLUNGEN NACH DEM 22. MAI 2005 ZWISCHEN DER WASG UND DER PDS..... 46

1 GRUNDSATZ-ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE KOOPERATION.....46

1.1 Die Rolle von Lafontaine und Gysi..... 48

1.2 Konsens in den Spitzengremien..... 52

2 GEGNER UND KRITIKER DER KOOPERATION 56

WASG-Landesvertreter..... 56

WASG-Basis: Leverkusener Kreis..... 57

Berliner Landesverbände der PDS und der WASG..... 59

Kommunistische Plattform in der PDS..... 60

3 ABSTIMMUNG ÜBER DAS KOOPERATIONS-MODELL..... 61

4 DIE NAMENSDEBATTE – STREIT UM DIE IDENTITÄT 62

4.1 Varianten der Umbennung..... 64

4.2 PDS als Namenszusatz..... 65

4.3 Demokratische Linke.....65

4.4 Die Lösung: Linkspartei.PDS..... 68

4.5 Kritik am neuen Namen.....68

5 WAHL VON WASG-KANDIDATEN AUF PDS-LANDESLISTEN...71

5.1 Besetzungsschlüssel 73

5.2 Nominierung und Wahl der Listen durch die PDS.....73

Ostdeutsche Landesverbände..... 75

Westdeutsche Landesverbände..... 78

Berlin..... 83

6 ZULASSUNG DURCH DIE LANDESWAHLAUSSCHÜSSE..... 86

V FAZIT UND AUSBLICK 91

VI LITERATUR..... 96

1 PRIMÄRQUELLEN.....96

2 SEKUNDÄRLITERATUR..... 101

3 ZEITUNGSARTIKEL.....106

VII ANHANG.....111

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Rahmenbedingungen für Erfolgschancen der WASG und der PDS 22
Tabelle 2: Mitgliederzahlen der WASG und der PDS 26
Tabelle 3: Anhängerschaft der PDS und der WASG 29
Tabelle 4: Die neuen Namen der Landesverbände..... 70
Tabelle 5: Aussichtsreiche Listenplätze 75
Tabelle 6: WASG-Quote auf PDS-Landeslisten 86
Tabelle 7: WASG-Mitgliederzahl im Jahresverlauf 93

Verwendete Abkürzungen

ASG..... Initiative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
BT..... Deutscher Bundestag
BWahlG... Bundeswahlgesetz
DKP..... Deutsche Kommunistische Partei
FR..... Frankfurter Rundschau
FTD..... Financial Times Deutschland
GOTB..... Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
MLPD..... Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
ND..... Neues Deutschland (PDS-nahe Tageszeitung)
PartG..... Parteiengesetz
PDS ..... Partei des Demokratischen Sozialismus
SAV..... Sozialistische Alternative Voran
SED..... Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Regierungspartei der DDR)
SEW..... Sozialistische Einheitspartei Westberlin (Berliner Ableger der SED)
SZ..... Süddeutsche Zeitung
TA..... Thüringer Allgemeine
Taz..... Die Tageszeitung (linke überregionale Tageszeitung mit mehreren Regionalteilen)
WASG..... Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (Partei)
WASG e.V. Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (Verein)

I EINLEITUNG

1 Vorgeschichte

Ganz hinten links, da standen sie: zwei einzelne graue Stühle für die beiden einzigen Abgeordneten der PDS. Nicht einmal einen Ablagetisch hatten sie von der Verwaltung bekommen. Sie waren schließlich nur zwei direkt gewählte Abgeordnete ohne Gruppen- oder Fraktionsstatus.[1] Seit der konstituierenden Sitzung am 17. Oktober 2002 hatten Petra Pau und Gesine Lötzsch diese Randplätze im Plenarsaal des Deutschen Bundestags inne. Vier Wochen zuvor hatte ihre Partei, die PDS, ihre heftigste Niederlage bei einer Bundestagswahl erleben müssen. Rund 600.000 Stimmen hatte sie gegenüber der vorherigen Wahl 1998 verloren und war damit auf 4,0 Prozent der Wählerstimmen abgestürzt. Damit war die PDS erstmals seit der Wiedervereinigung nicht mindestens in Gruppenstärke im deutschen Parlament vertreten, hatte weder Anspruch auf Sitze in den Ausschüssen noch das Recht, Gesetzesinitiativen einzubringen.[2]

Was für ein Unterschied knapp drei Jahre später: 54 Abgeordnete sitzen seit der Bundestagswahl am 22. September für die Partei im Parlament. Mit 8,7 Prozent ist sie die viertstärkste Fraktion, noch vor den Grünen und der bayrischen CSU.

Diesen Wahlerfolg verdankt die PDS[3], die mittlerweile Linkspartei.PDS heißt, nicht zuletzt einer kleinen Neugründung namens „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG).[4] Vor allem dank der Kooperation mit ihr konnte sie in mehreren westdeutschen Bundesländern erstmals mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen holen und war nicht länger nur auf ihr angestammtes Wählerpotential im Osten angewiesen.

Diese Arbeit will darum der Frage nachgehen, wie es zu der Kooperation der beiden Parteien kam. Selbstverständlich ist sie nicht. Noch Anfang Mai erklärte der Bundesvorstand der jungen Partei, zur Bundestagswahl werde sie selbst antreten,

---

1 Als Fraktion gilt eine Gruppe von Abgeordneten, wenn ihre Partei mindestens fünf Prozent der Stimmen erhalten hat. Wenn sie weniger hat und über drei Direktmandate eingezogen ist, bezeichnet die Gechäftsordnung des Bundestags sie als Gruppe (Paragraf 10 Abs. 4 GOBT).

2 Ismayr, Wolfgang: Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2000, S. 98f.

3 Neben der Abkürzung wird im Text „Sozialisten“ synonym verwendet. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird häufig auch dann noch das Kürzel PDS verwendet, selbst wenn sich die Partei zum genannten Zeitpunkt bereits in Linkspartei.PDS umbenannt haben sollte.

4 Synonym wird in diesem Text die Bezeichnung „Wahlalternative“ verwendet.

gegen die PDS. Doch innerhalb von sechs Wochen haben sich beide Parteien trotz erheblicher Widerstände auf ein Modell sowie einen Zeitplan für eine gemeinsame Kandidatur einigen können, welches sich als innerparteilich mehrheitsfähig, rechtlich akzeptiert von den Wahlausschüssen und dem Wähler vermittelbar herausgestellt hat.

Die Arbeit geht deshalb der Forschungsfrage nach, a) warum sich die Gremien der Parteien auf die Kooperation einließen und b) wie sie die bestehenden Probleme auf dem Weg zum Wahltag am 18. September 2005 überwanden. Es steht zu vermuten, dass ein wesentlicher Grund die Vorziehung der Bundestagswahl war. Denn nach der Niederlage und dem Regierungsverlust seiner SPD bei der Landtagswahl im Stammland Nordrhein-Westfalen hatte Bundeskanzler Schröder noch am Wahlabend des 22. Mai erklärt, mit einer scheiternden Vertrauensfrage den Bundestag aufzulösen. Statt im Herbst 2006 würde die Wahl damit bereits im September 2005 stattfinden.

Die finanziell und personell schwache WASG, so die Vermutung, ließ sich nur auf ein Bündnis ein, weil sie wegen der früheren Neuwahl ihren Untergang fürchten musste. Die Zusammenarbeit mit der PDS stellte die erfolgversprechendste, wenn nicht gar die einzige Chance für das politische Überleben dar. Die PDS ihrerseits ließ sich möglicherweise nur deshalb darauf ein, weil sie in dem Moment, in dem Oskar Lafontaine seine Kandidatur für ein Linksbündnis mit der WASG ankündigte, um ihr Stimmenpotential in den alten Bundesländern fürchten musste. Zugleich könnte sie darin eine erneute Chance gesehen haben, eine bundesweit aktive linke Partei zu formieren, um selbst nicht länger nur auf den Osten beschränkt zu sein. Ansonsten musste sie nach dem Wahldebakel von 2002 fürchten, wieder an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern.

Begünstigt wurde das Bündnis weiterhin, so die zu klärende Annahme, von einer umstrittenen Rechtslage und fehlenden Gesetzesvorgaben, was das gewählte Modell der offenen Listen betrifft.

2 Forschungsstand und Quellenlage

Über die PDS selbst ist in den letzten Jahren eine Vielzahl von Literatur erschienen, die sich mit sehr unterschiedlichen Aspekten beschäftigt. Breiten Raum nehmen dabei Werke ein, die sie deskriptiv beschreiben und analysieren, insbesonde-

re die programmatische Diskussion und die personelle Aufstellung.[5] Einen zweiten Schwerpunkt setzen mehrere Autoren mit empirischer Wählerforschung und deren Einstellung.[6] Ein dritter nähert sich der Partei schließlich aus der Extremismusforschung, von der eine große Zahl bei den Stiftungen der CDU und CSU erscheinen.[7] Die darin gestellte Frage, ob die PDS eine extremistische oder verfassungswidrige Partei sei, soll hier keine Rolle spielen. Nicht näher erörtern werden kann hier weiterhin, warum die Partei einen derart großen Stimmenzuwachs erreichte bzw. welche Wählergruppen warum 2005 für die PDS stimmten.

Eine große Zahl gehaltvoller Titel stammen von Gero Neugebauer und Richard Stöss. So analysierten sie 1996 die PDS grundlegend und verorteten sie empirisch in einem räumlichen Parteiensystem – auch wenn sie ihre damalige Schlussfolgerung, die Partei sei „anachronistisch" und verliere an Bedeutung, selbst später revidieren mussten.[8]

Ganz anders sieht es zur Literaturlage zur WASG aus: Sekundärliteratur fehlt bis dato (Dezember 2005) völlig – was allerdings auch kein Wunder ist angesichts des jungen Alters der Partei. Die wenigen erschienenen Titel stammen mehrheitlich aus der Feder von Parteimitgliedern und können deshalb als Primärquelle genutzt werden. Politikwissenschaftliche Analysen sind eher zum allgemeinen, allerdings auch wenig untersuchten, Phänomen von Kleinparteien[9] zu finden, hier vor allem

---

5 U.a.: Bisky, Lothar/Czerny, Jochen/Mayer, Herbert (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Berlin 1996; Brie, Michael/Woderich, Rudolf (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. Berlin 2000.

6 U.a.: Gerth, Michael: Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten (Schriftenreihe Politica, H. 55). Hamburg 2000; Maier, Jürgen/Schmitt, Karl: Stabilität und Wandel regionaler Wählerstrukturen in Ostdeutschland 1990-1999. In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W./Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske und Budrich 2002, S. 81-108.

7 U.a. Lang, Jürgen: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung. Baden-Baden 2003; Moreau, Patrick: Politische Positionierung der PDS – Wandel oder Kontinuität? (Sonderausg. Politische Schriften der Hanns-Seidel-Stiftung). München 2002; Neu, Viola: Die PDS zwischen Utopie und Realität: Bundestagswahlprogramm und Regierungsbeteiligung in den Ländern (Reihe: Konrad-Adenauer-Stiftung, Arbeitspapier Nr. 63/2002) St. Augustin 2002; Dies.: Das Janusgesicht der PDS. Baden-Baden 2004.

8 Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler, Konkurrenten. Opladen 1996, S. 280; Vgl. Dies.: Die PDS auf dem Weg in die Liquidation? In: Mit einem blauen Auge davon gekommen. Eine Analyse der Bundestagswahl 2002. (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 7). Berlin 2002, S. 60-92.

9 Der Begriff wird sehr unterschiedlich definiert und kann sich auf ihre Größe, ihre Reichweite oder ihre Wahlerfolge beziehen.

von Schulze[10] und van den Boom.[11] Diese stellen anhand historischer Beispiele grundsätzliche Überlegungen an, unter welchen Bedingungen kleine politische Gruppierungen politisch überleben können. Ebenso ist die Kooperation von Parteien aus diesem Größenspektrum so gut wie nicht beschrieben worden, da es vergleichbare Fälle von Parteienbündnis selten gab.[12] Auch zu den wahlrechtliche Problemen, die sich während der Verhandlungen ergeben sollten, ist nur wenig Literatur erschienen, da Probleme und Unklarheiten bei der Zulassung von offenen Listen bis zu dieser Wahl noch nicht aufgetreten waren.[13]

Die Arbeit muss deshalb zum Teil explorativ vorgehen, um diesen ungewöhnlichen Fall von Parteienbündnis zu beschreiben und zu analysieren. Wichtige Grundlage dafür sind zunächst aktuelle Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, sowie Internetpublikationen[14]. Einige stammen vom Autoren selbst, der seit April für die Financial Times Deutschland, Ressort Innenpolitik, und später die Thüringer Allgemeine journalistisch tätig war. Als weitere Quellen dienten mehrere, zum Teil unveröffentlichte Dokumente der Teilnehmer der Verhandlungsgespräche zwischen PDS und WASG, wie Sitzungsprotokolle, Anträge, Arbeitspapiere und rechtliche Gutachten. Mehrere Vertreter beider Parteien standen für umfangreiche Interviews zur Verfügung. Insbesondere PDS-Wahlkampfleiter Bodo Ramelow und WASG-Bundesvorstand Klaus Ernst gewährten Zugriff auf bislang Unveröffentlichtes und in langen Gesprächen Einblicke in den Verlauf der Verhandlungen.

Die Quellenlage ist sicherlich nicht optimal, um einen Prozess nachzuzeichnen und zu analysieren, wie es in dieser Arbeit geplant ist. Angesichts der kurzen Zeit, seit dem Kooperationsprozess ist zudem anzunehmen, dass einige Aspekte im Interesse von Beteiligten unter Verschluss geblieben sind oder Ereignisse und die eigene Rolle in der Nachbetrachtung geschönt werden. Bei Zeitungsartikeln besteht die

---

[10] Schulze, Andreas: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen. Wiesbaden 2004.

[11] Van den Boom, Dirk: Politik diesseits der Macht? Zu Einfluß, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1999.

[12] Ausnahme ist der Beitritt von Bündnis 90 zu den Grünen. Dazu: Hoffmann, Jürgen: Die doppelte Vereinigung. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Zusammenschlusses von Grünen und Bündnis 90. Opladen 1998.

[13] Morlok, Martin: Kurzgutachten erstattet für den Parteivorstand der PDS. Düsseldorf, 13. Juni 2004 (unveröffentlicht).

[14] Ein Teil der parteiinternen Kommunikation verlief ausschließlich Email und regelmäßige Newsletter.

Gefahr einer Faktenselektion oder unpräziser Verkürzung von für diese Arbeit wichtigen Details.

Doch gerade die politische Aktualität der Kooperation und ihre Einzigartigkeit in der Geschichte des bundesdeutschen Parteiensystems schienen Grund genug, zum jetzigen Zeitpunkt eine Analyse zu wagen.

3 Vorgehen

Im ersten Teil sollen beide Parteien, die WASG und die PDS, bis zur Ausrufung von Neuwahlen am 22. Mai gegenüber gestellt werden. Hierbei soll analysiert werden, aus welchem Grund ausgerechnet die PDS und die Wahlalternative miteinander kooperieren wollten. Zu vermuten ist: ihre programmatische Nähe einerseits und andererseits die regionalen Schwerpunkte in Ost (PDS) und West (WASG), die sich bei einer Bundestagswahl ergänzen würden.

Der zweite Teil untersucht, welche Faktoren jeweils für bzw. gegen eine Kooperation sprechen. Danach werden anhand historischer Vorbilder sowie der rechtlichen Rahmenbedingungen Modelle für die Kooperation der beiden Parteien entwickelt. Diese reichen von einem losen Bündnis auf Zeit über die Fusion durch Beitritt bis hin zur Gründung einer neuen Partei. Für jedes dieser Modelle ergeben sich mehrere Anforderungen: Sie müssen a) die wahlrechtliche Prüfung durch die Wahlleiter und ggf. die Prüfungsausschüsse bestehen, b) zeitlich wie finanziell umsetzbar sein, c) Beide Parteien programmatisch und personell widerspiegeln (Wahlprogramm, Personal, Bündnisname) und d) von deren Gremien akzeptiert werden. Dabei muss es gelingen die Profile und Personal zweier bestehender Parteien in eine zu überführen, ohne dass a) die Partner sich benachteiligt fühlen b)sie als Einheit wahrnehmbar sind.

In Teil Vier wird beschrieben, warum sich die Gremien für das verwendete Konstrukt der offenen Listen unter neuem Namen „Die Linke.PDS“ entschieden und wie die rechtlichen, personellen und programmatischen Hürden überwunden wurden.

Schließlich wird im Ausblick zu analysieren sein, wie sich das Ergebnis der Bundestagswahl auf den Fusionsprozess auswirkt.

II DIE BEZIEHUNG VOR DEM 22. MAI 2005

Die Kooperationsverhandlungen der beiden Parteien nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 nur vor dem Hintergrund ihrer Entstehung zu verstehen. Darum soll an dieser Stelle zunächst ein kurzer Abriss der Entwicklung der PDS und der Wahlalternative in Westdeutschland stehen. Mit Bildung der Wahlalternative kam es Diskussionen, ob sie mit der PDS kooperieren sollte, dies wird in Punkt 3 beschrieben. Schließlich folgt ein Vergleich der beiden Parteien hinsichtlich ihrer Programmatik, ihrer Mitglieder und Ressourcen.

1 Die gescheiterte Westausdehnung der PDS

Seit der Wende steht die PDS vor einem strukturellen Problem: Der Existenz zweier deutscher Parteiensysteme,[15] eins im Osten und eins in den alten Bundesländern. Anders als noch Mitte der Neunziger vermutet,[16] fand keine wesentliche Angleich beider Systeme statt. In den westdeutschen Bundesländern existiert weiterhin ein bipolares Parteiensystem mit den beiden größeren Parteien SPD und CDU und den kleineren Parteien FDP und Grüne. Letztere spielen im Osten dagegen kaum eine Rolle. Aktuell ist die FDP nur in Sachsen und Sachsen-Anhalt im Landtag vertreten, die Grünen nur in Sachsen.

Bei aller Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern des Osten fällt dennoch eine Gemeinsamkeit auf: die Stärke der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Sie erhielt bei Landtags- oder Bundestagswahlen teilweise das zweitbes-

[15] Als Parteiensystem wird hier das strukturelle Gefüge der Gesamtheit politischer Parteien verstanden. Da dieses Gefüge geprägt ist von ständiger Interaktion der Akteure, sind Parteiensysteme dynamisch zu verstehen. Sartori hat etwa den Grad der Polarisierung und der Fragmentierung als mögliche Unterscheidungskriterien genannt und danach sechs Systemtypen (vom Einparteiensystem bis zum Polarisierten Pluralismus) unterschieden, die auf einem Kontinuum angeordnet sind. Vgl. Sartori, Giovanni: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Bd. 1. Cambridge 1976; Sani, Giacomo/Sartori, Giovanni: Polarization, Fragmentation and Competition in Western Democracies. In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems. Continuity and Change. London 1983, S. 307-340. Andere Autoren verweisen seit dem wegweisenden Aufsatz von Lipset und Rokkan stärker auf die politischen Konfliktlinien, die sie artikulieren.

[16] U.a. Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard: DDR-Regimewandel, Bürgerorientierug und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Dies. (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern. Opladen 1994, S. 11.; Jesse, Eckhard: Die Parteien in den neuen Bundesländern. In: Gellner, Winand/Veen, Hans-Joachim: Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen. Frankfurt/Main 1995, S. 224.

te Wahlergebnis, noch vor der SPD und kommt auf rund 20 bis 25 Prozent der Stimmen. Klassische Begriffe wie „Große Koalition“ sind durch sie im Osten nicht anwendbar, denn diese meinen eine Regierungskoalition der beiden Parteien SPD und CDU, die im Westen die größten Parteien sind.

Anders ist die Situation jedoch in den alten Bundesländern. Dort ist sie in keinem Landtag vertreten und nur in einigen Kommunalvertretungen. Bei der Bundestagswahl 1998 erzielte sie im Westen 1,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, ihr bis 2005 bestes Ergebnis. Im gleichen Jahr erzielte sie in den neuen Bundesländern 21,6 Prozent.

Es gibt eine Vielzahl Erklärungsansätze für diesen gravierenden Unterschied, die sich zum Teil ergänzen. Drei wesentliche sind die Zahl der Mitglieder und Funktionäre, unterschiedliche Cleavages in Ost und West sowie die Milieu-These, wonach die Partei Vertreter einer bestimmten gesellschaftliche Gruppe ist..

So hat die PDS trotz aller Bemühungen der letzten 15 Jahre nicht einmal 5.000 Mitglieder in den zehn alten Bundesländern mit ihren rund 60 Millionen Einwohnern.[17] Im Osten hat sie dagegen über 60.000 bei einem Viertel der Einwohnerzahl. Dies liegt zum Teil daran, dass es sich bei einer nicht unerheblichen Anzahl der ostdeutschen Mitglieder um ehemalige SED-Genossen handelt, der Vorgängerpartei der PDS. Über zwei Drittel der Mitglieder sind über 60 Jahre alt,[18] nach Parteiangaben ist Tod die Hauptursache für den Mitgliederschwund der letzten Jahre. Im Westen musste die Partei dagegen alle Mitglieder neu hinzugewinnen. Die Mehrzahl stammt von sozialistischen und kommunistischen Splittergruppen, wie etwa der DKP[19], MLPD[20], dem Hamburger Kommunistischen Bund[21] und dem Westberliner

---

[17] Ausführlich zur Mitgliederstruktur im Westen: Meuche-Mäker, Meinhard: Die PDS im Westen 1990–2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke. Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 25. Berlin 2005.

[18] PDS (Hrsg.): Altersstruktur der PDS. Stand: 31. Dez. 2003. <http://sozialisten.de/partei/daten/statistiken/struktur.htm> am 20. Dez. 2005. 60 Prozent der Mitglieder sind zudem Rentner. Ebd.

[19] Deutsche Kommunistische Partei, ca. 4500 Mitglieder. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungschutzbericht 2004. Berlin 2005, S. 156ff.

[20] Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands, ca 2000 Mitglieder. Vgl. Verfassungschutzbericht 2004, S. 165f.

[21] Prominente Vertreterin ist Andrea Lederer, die 1998 für die PDS in den Bundestag einzog und später Gregor Gysi heiratete.

SED-Ableger SEW.[22] Diese belasteten lange Zeit das Auftreten der Partei, da sie als ideologisch und linksdogmatisch wahrgenommen wurden.[23]

In der Folge fehlen der Partei im Westen nicht nur mögliche Mandatsträger, sondern auch Aktive, die für die Partei Wahlkampf bestreiten, Spenden sammeln und mit Aktionen Aufmerksamkeit generieren. Anders als im Osten können die West-Genossen auch nicht von staatlicher Parteienfinanzierung gestützt werden, da diese nur für Parteien gewährt wird, die bei Wahlen mindestens 1,5 Prozent erreichen oder den Sprung ins Parlament schaffen. Haupteinnahmequelle ist deshalb die Unterstützung aus einem Solidarpakt mit den wohlhabenderen Ost-Verbänden. 2004 erhielten sie laut Finanzplan 362.000 Euro aus dem Länderfinanzausgleich der PDS.[24]

Die Partei hat immer wieder versucht, die schwache Mitglieder- und Anhängerbasis deutlich zu verbreitern. Dabei kam es jedoch zum Streit, wer für den Aufbau zuständig sein sollte, der Bundesvorstand oder die westdeutschen Landesverbände.[25] Ein versuchtes Konzept war das der offenen Listen, mit dem Parteifremde eingeladen werden sollten, für die PDS zu kandidieren. Gerichtet war dieses Angebot an DKP- und Gewerkschaftsmitglieder, die diese Offerte jedoch nur in geringem Maße nutzten. Ein anderer Versuch war, prominente Parteilinke im Westen antreten zu lassen. Der Bismarck-Urenkel und Widerstands-Aktivist Heinrich Graf von Einsiedel sollte nach Willen des Bundesvorstandes 1994 die bayrische Landesliste anführen, scheiterte aber an den Delegierten. Die Sprecherin der Kommunistischen Plattform, Sahra Wagenknecht, kandidierte 1998 in Dortmund, allerdings erfolglos.[26] In Hessen sollte 2002 die parteilose, aber prominente Journalistin Luc Jochimsen Stimmen sammeln – die Partei verfehlte jedoch deutlich die Fünf-Prozent-Hürde.

Einen möglichen Erkärungsansatz für die anhaltende Westschwäche der Partei bieten Lipset und Rokkan mit ihrer Cleavage-Theorie. Demnach haben sich im Zuge der Nationswerdung und der Industrialisierung vier gesellschaftliche Konfliktlinien

---

[22] Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Sie wurde bis zur Wende von der DDR finanziert und löste sich 1993 auf. Vgl. Weis, Florian: Die PDS in den westlichen Bundesländern, in: UTOPIE Kreativ, H. 173/2005, S. 257-265.

[23] Chrapa, Michael, 2000, Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS. Situation, Anforderungen, Optionen. In: UTOPIE kreativ. H. 113, S. 276-283, S. 278.

[24] Plan des zentralen Finanzausgleichs 2004. <http://sozialisten.de/partei/daten/finanzen/plan2004/finanzplan2004_finanzausgleich.pdf> am 30. Dez. 2005.

[25] Gohde, Claudia: Im Westen was Neues? In: Beinert, Heinz (Hrsg.): Die PDS – Phönix oder Asche? Berlin 1995, S. 69-80, S. 73.

[26] Wahlkreis-Ergebnis: 3,25 % der Erst- und 2,12% der Zweitstimmen

herausgebildet: Arbeit-Kapital, Staat-Kirche, Zentrum-Peripherie, und Stadt-Land. Geht es nach dem Chefstrategen der PDS, Michael Brie, hat sich seine Partei an zwei Cleavages positioniert[27]: entlang des Ost-West- Konfliktes (Zentrum-Peripherie) ebenso wie am gesellschaftlichen Gegensatz aus Sozialismus und Kapitalismus.

Empirisch haben dies Neugebauer und Stöss zu belegen versucht und sich dabei am Cleavage-Modell von Herbert Kitschelt orientiert. Dieser machte mit den gesellschaftlichen Umbrüchen im Westen um 1968 eine weitere Konfliktlinie aus, die des autoritären versus libertären Staatsverständnisses.[28] Diese sei der zweite dominierende Cleavage neben Arbeit-Kapital, während andere eine untergeordnete Rolle spielen.

Neugebauer und Stöss wiesen in einer empirischen Erhebung 1996 nicht nur die Richtigkeit Kitschelts Vermutung für Deutschland nach.[29] Sie diagnostizierten auch einen Ost-West-Unterschied: Die Ostdeutschen seien deutlich autoritärer und sozialer gestimmt, selbst CDU- oder FDP-Anhänger. Der Abstand von FDP-Ost und CDU-Ost zur PDS ist sogar geringer als zu FDP-West und CDU-West.[30] Die Sozialisten repräsentieren demnach vor allem einen Ost-West-Gegensatz[31], den die anderen parteiintern verarbeiten müssen.

Ihre Wähler, so eine These, stammen aus einer Gruppe mit ähnlichen Lebens- und Wertvorstellungen, so genannten Milieus. Dazu zählen vor allem höher gebildete, ehemalige DDR-Eliten, die mehrheitlich in der Stadt leben und Angestelltenberufe ausüben.[32] Sie empfinden die Vereinigung 1990 als Übernahme, Kolonisierung oder Anschluss, verstärkt durch den Verlust der leitenden Funktionen im Wende-Pro-

---

[27] Brie, Michael: Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. In: Ders./Herzig, Martin/Koch, Thomas (Hrsg.): Die PDS. Empirische Befunde und kontroverse Analysen. Köln 1995, S. 9-38, S.17.

[28] Kitschelt, Herbert: The Transformation of European Social Democracy. Cambridge 1994, S. 27-32.

[29] Neugebauer/Stöss 1996, S. 270ff.

[30] Neugebauer/Stöss 1996, S. 282.

[31] Pollack, Detlef/Pickel, Gert: Die Bundestagswahl 1998 in Ostdeutschland – zwei getrennte Elektorate oder nur partielle Abweichungen? In: Pickel, Gert/Walz, Dieter/Brunner, Wolfram (Hrsg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems. Opladen 2000, S. 79-98, (S. 79); Vgl. Koch, Thomas: Soziokulturelle Anker von PDS-Wähler-Koaltionen zwischen Oder und Werra. In: Brie, Michael/Woderich, Rudolf (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. (Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 4) Berlin. S. 208-220 (210f.).

[32] Neugebauer, Gero: „Hat die PDS bundesweit im Parteiensystem eine Chance? In: Brie, Michael u.a. (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen. Köln 1995, S. 51.

zess, sei es auf politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Ebene.[33] Für dieses Milieu ist die PDS Vertreter ihrer Interessen und Artikulation empfundener Benachteiligung gegenüber dem Westen.

Diese „Milieu-These“ unterstellt der PDS damit, ein Übergangsphänomen zu sein, das mit Dahinscheiden ihrer Mitglieder und Anhänger verschwindet. Dafür sprachen eine Reihe von Indikatoren. So holte die Partei in den 15 ehemaligen Bezirksstädten der DDR mit sehr hoher Konzentration ehemaliger DDR-Eliten ihre höchsten Ergebnisse. Zugleich konnte sie sich im Westen sich nicht etablieren, da dort das Milieu nicht vorhanden ist. Für die These spricht das schlechte Abschneiden der Partei bei der Bundestagswahl 2002.

Allerdings kann man schwerlich von einem durchgängigen Niedergang der Partei seit 1990 sprechen. Noch 1998 erhielt sie ihr bestes Ergebnis bundesweit. Der Anteil an der Wählerschaft in den Großstädten und auf dem Land sowie zwischen den Wählergruppen näherte sich an, bevor die PDS 2002 auf 4 Prozent abstürzte.[34]

An dem Einbruch änderte auch nichts der Versuch einer programmatischen Neuausrichtung hin zu einer gesamtdeutschen sozialistischen Partei – trotz zeitweiliger Vermutungen, sie könnte hier einen Platz besetzen, der von der SPD aufgegeben wurde („Vakuum-These“)[35]. Dabei wird unterstellt, dass die Sozialdemokraten seit ihrer Regierungsbeteiligung durch soziale Einschnitte und Kriegs-Einsätze der Bundeswehr (Kosovo, Afghanistan u.a.) traditionell linke Positionen aufgaben. Wichtigstes Kennzeichen für das Zutreffen dieser Vakuum-These wären charakteristische Wählerwanderungen: Weg von den Parteien der rot-grünen Koalition zur PDS, insbesondere von Arbeitslosen, Arbeitern, Gewerkschaftern, Altlinken und Pazifisten. In der Tat ließen sich 1998 und bei den Landtagswahlen einige Zugewinne aus diesen Gruppen verzeichnen.[36] Allerdings konnte die PDS gerade im Wahljahr 2002 nicht von den Verlusten der SPD profitieren und verlor massiv an das Nichtwählerlager. Dies hatte die Bundesführung arg enttäuscht, da sie darauf gesetzt hatte, sich bundesweit neben der SPD etablieren zu können.

---

[33] Sturm, Eva: Und der Zukunft zugewandt? Eine Untersuchung zur Politikfähigkeit der PDS. (Forschung Politikwissenschaft; Bd. 77) Opladen 2000: S. 306ff.

[34] Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage? In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999, S. 133f.

[35] Ebd., S. 132.

[36] Chrapa, Michael: Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderungen, Optionen. In: Brie, Michael; Woderich, Rudolf (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. (Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 4) Berlin 2000, S. 221-228. (223f).

In der Bundespartei herrschte spätestens seit der desaströsen Wahlniederlage von 2002 Ratlosigkeit, welches Rezept gegen die West-Schwäche ergriffen werden sollte „Alle Varianten des Aufbaus von unten, zentral gesteuert, über kommunale Verankerung, mit offenen Listen etc. sind gescheitert.“[37] Andre Brie befand 2000, innerhalb der Partei gebe es noch immer einen starken kulturellen Ost-West-Konflikt.[38] Stellenweise tauchten deshalb immer wieder Forderungen auf, sich auf die Funktion einer ostdeutschen Regionalpartei zu konzentrieren und sich aus dem West-Engagement zurückzuziehen.[39] Dies hätte für die Partei jedoch bedeutet, ihren bundesweiten Anspruch und damit ihre Ausrichtung der vergangenen 15 Jahre aufzugeben.

Dennoch musste die PDS sich eingestehen, mit ihrer Westausdehnung auf lange Sicht gescheitert zu sein. Kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sagte Gregor Gysi über seine Partei:

> Sie ist immer noch nicht im Westen angekommen. Wir bräuchten dort vier, fünf Prozent, um gegen den Neoliberalismus wirklich etwas erreichen zu können. Ich mache mir keine Illusionen mehr: Absehbar werden wir im Westen keine ausreichende Bedeutung haben.[40]

2 Entstehung der WASG

Eine neue Gelegenheit, vermeintlich frei werdenden Raum innerhalb des Parteiensystems von Rot-Grün schien sich nach der Bundestagswahl 2002 zu bieten: die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen.

In einer Regierungserklärung kündigte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an, mit einer umfangreichen Reform des Arbeitsmarktes und des Sozialsystems Deutschland „bis zum Ende des Jahrzehnts bei Wohlstand und Arbeit wieder an die Spitze bringen“ zu wollen.[41] Teil des Reformpakets waren die so genannten Hartz-Gesetze. Sie beruhten auf Vorschlägen einer von der Regierung eingesetzten Kommission, geleitet von VW-Vorstand Peter Hartz. Die Gesetze wurden mit einigen

---

[37] Woop, Gerry: Chancen und Risiken im neuen Linksprojekt. Text der Woche der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, 2. Juni 2005.

[38] Brie, André: Die PDS in Ost und West – Fakten und Argumente statt Vermutungen. Berlin 2000, S.2.

[39] Ostrowski, Christine/Weckesser, Ronald: Brief aus Sachsen – Für einen eigenen Weg »statt links von der SPD«, 7. Mai 1996.

[40] „Die PDS kommt im Westen nicht an.“ Interview mit Gregor Gysi. Tagesspiegel vom 17. Mai 2005, S. 4.

[41] Regierungserklärung durch den Bundeskanzler betr. Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung. Plenarprotokoll 15/32 14.03.2003 S. 2479B-2493C.

Änderungen in einer Koalition aus Rot-Grün und der Unions-Mehrheit im Bundesrat gemeinsam beschlossen und verabschiedet.

Die Hartz I bis Hartz IV betitelten Gesetze sahen unter anderem vor:

I. Erleichterung neuer Arbeitsformen wie Zeitarbeit und Ausbau der beruflichen Weiterbildung (ab 1. Januar 2003).
II. Einführung von „Ich AGs“ und Mini-Jobs durch die Subventionierung kleiner Existenzgründer und pauschale Sozialversicherungsbeiträge für Großverdienern (ab 1. Januar 2003).
III. Umstrukturierung der Arbeitsämter in eine Arbeitsagentur und schnelle Vermittlung der Arbeitslosen (ab 1. Januar 2004).
IV. Reduzierung der Zahlungsdauer von Arbeitslosengeld 1 (ALG1) auf ein Jahr; Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe (die vom Arbeitsamt gezahlt wurde) und Sozialhilfe (die Kommunen zu finanzieren hatten) zu von der Arbeitsagentur gezahlten Arbeitslosengeld 2 (ALG2); der ALG2-Satz sollte niedriger als der für die Arbeitslosenhilfe sein, zudem sollten Vermögenswerte des Antragstellers und Mitglieder seiner Bedarfsgemeinschaft stärker berücksichtigt werden (beschlossen am 24. Dezember 2003, in Kraft ab 1. Januar 2005).

Insbesondere das vierte Gesetz „Hartz IV“ löste starke Kritik innerhalb der SPD, der Gewerkschaften und der Bevölkerung aus. Sie warfen der Bundesregierung vor, „Armut per Gesetz“ zu fördern, da sie Arbeitslosen die Leistungen kürzten. Hauptsächlich die Gewerkschaften und SPD-Linke stießen sich zudem an den Zumutbarkeitsregeln, wonach im Prinzip jede zumutbare Arbeit für einen Arbeitslosen anzunehmen ist. Sie befürchteten, damit würde die Ausbildung entwertet und die Löhne gedrückt. Mehrere Bundestagsabgeordnete um den Saarländer Ottmar Schreiner, Vorsitzender der gewerkschaftsnahen SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, drohten mit der Ablehnung des Reformpakets im Bundestag.[42] Führende Gewerkschaftsvertreter kündigten Widerstand gegen die Reformen an. IG-Bau-Chef Klaus Wiesehügel etwa nannte Hatz IV ein „Kuckucksei“, das es den Gewerkschaften unmöglich machen würde, wie in der Vergangenheit eine Wahlempfehlung für die SPD auszusprechen.[43] In Umfragen sank die Regierungspartei auf ein

[42] Regierungsmehrheit für Reformen bröckelt. FTD vom 17. Dez. 2003, S. 11.
[43] „Viele verstehen nicht, was die in Berlin treiben“. Interview mit IG-Bau-Chef Klaus Wiesehügel. FR vom 24. Feb. 2004, S. 10.

Allzeittief von 24 Prozent.[44] In Reaktion auf die anhaltend starke Kritik trat Gerhard Schröder im Februar 2004 vom Bundesvorsitz der SPD zurück.

Einigen Kritikern reichte der Rücktritt bei weitem nicht aus. Sie forderten eine Rücknahme der beschlossenen Hartz IV-Gesetze. In Berlin trafen sich am Freitag, den 5. März rund 30 Hartz-Gegner aus den Gewerkschaften, der SPD und der globalisierungskritischen Attac-Organisation. Organisiert hatte das Treffen der Bremer Axel Troost, Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, und Joachim Bischoff, Herausgeber der Zeitschrift „Sozialismus“ und ehemaliger PDS-Bundesvorstand. Eingeladen zu dem Treffen im DGB-Bundeshaus in Berlin hatte Verdi-Gewerkschaftssekretär Ralf Krämer. Diese Konstellation zeigte exemplarisch die Ausrichtung der Gruppe. Sie war gewerkschaftsnah, bestand aus enttäuschten Sozialdemokraten und PDS-Mitgliedern und war männlich dominiert.

Nach eigenen Angaben kam die Mehrzahl der Teilnehmer aus Berlin, dem Ruhrgebiet und Norddeutschland. Anlass für das Treffen war die Formulierung einer arbeitnehmerfreundlicheren Politik, so Troost.[45] Die Idee dazu hätte schon seit dem Herbst 2003 bestanden.[46] Ziel sei damals schon gewesen, eventuell bei der Bundestagswahl 2006 mit einer neu zu gründenden Partei anzutreten.

Dafür hatten die Teilnehmer sich bereits einen Internet-Namen gesichert: www.wahlalternative.de. Dort konnten Interessierte wenige Tage später die erarbeiteten Position nachlesen. Hauptforderung war unter anderem die Rücknahme der Agenda 2010.[47] Nach Angaben der Webseiten-Betreiber registrierten sich innerhalb einer Woche rund 1.500 Interessierte, um den wöchentlichen E-Mail-Newsletter zu erhalten.[48] Damit zielte Gruppe von Anfang darauf ab, schnell und überregional Unterstützung zu sammeln.[49].

Die sich „Wahlalternative“ nennende Gruppe war nicht die einzige Gruppierung, die eine Alternative zur Regierungspolitik formulieren wollte. In Bayern

---

[44] Infratest-dimap vom 6.2.04, zit. in: Schröder macht halblang. Taz vom 7. Feb. 2004, S. 1.

[45] Gewerkschafter wollen neue SPD gründen. Taz vom 8. März 2005, S. 14.

[46] Interview mit Axel Troost. In: Vogel/Kloth/v. Schack S.59-65, S. 60.

[47] Für eine wahlpolitische Alternative 2006.15. März 2004. <http://www.wasg-verein.de/uploads/media/Wahlalternative.pdf> am 30. Okt. 2005.

[48] Newsletter Nr.1 vom 15.03.04: Strategiepapier: Für eine wahlpolitische Alternative 2006. <http://www.wasg-verein.de/398.0.html> am 30. Okt. 2005.

[49] Meves, Helge: die Wahlalternative – eine andere Politik ist möglich. In: Brie, Michael (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen (Reihe: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 23). Berlin 2005, S.24-29 (zitiert als: Meves 2005), S.27.

fand sich eine Gruppe mehrerer regionaler IG-Metall-Gewerkschaftsvertreter zusammen,[50] die sich fortan „Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (ASG) nannte. Auch sie richtete unverzüglich eine Internetseite unter der Adresse www.initiative-asg.de ein und versandte ab 24. März wöchentliche Newsletter. Im ersten nahm die Gruppe um die Fürther Thomas Handel und Klaus Ernst bereits eine Positionsbestimmung vor.[51] So sei die Initiative zunächst eine Aktion von Privatleuten, die zufällig gleichzeitig Funktionäre der IG Metall seien. Mit der „Wahlalternative“ wolle die Initiative zusammenarbeiten. So würden die Newsletter gegenseitig über die Verteiler ausgetauscht und die Internet-Seiten verlinkt.

In den folgenden Wochen trafen sich in mehreren Regionen der Bundesrepublik Sympathisanten, die örtliche Ableger der ASG bzw. der Wahlalternative gründeten. Dabei handelte es sich nach eigener Einschätzung um ein „Sammelbecken gewerkschaftsorientierter Linksintellektueller, Wissenschaftler und Publizisten“.[52] Die ASG hatte in dieser frühen Phase gegenüber der norddeutschen Gruppe einen Vorteil: Sie hatte im Gewerkschaftshaus ein kleines Büro eingerichtet, das vormittags zwischen 9 und 12 Uhr besetzt war. Anders als die Wahlalternative beabsichtigte sie jedoch nicht von Anfang an, eine Partei zu gründen. Sie verstand sich laut ihrem Gründungsaufruf zunächst als „Plattform“ für Enttäuschte und Nichtwähler. Ob es eine parteiinterne Arbeitsgruppe, eine Bürgerinitiative oder eine Organisation werden sollte, war daraus nicht zu entnehmen. Wenn die SPD allerdings ihre Politik nicht ändere, käme die Neugründung einer Partei infrage, sagte IG-Metall-Bundesvorstandsmitglied Günther Schachner .[53]

Die SPD reagierte auf die Ankündigungen innerhalb weniger Tage mit einem Parteiausschlussverfahren gegen die Gründer der ASG: Günther Schachner, Peter Vetter, Gerd Lobboda, Klaus Ernst und Thomas Händel. Damit sollte das Signal gesetzt werden, dass die Partei in ihren eigenen Reihen keine Abweichler duldet.[54] Ihnen sollte somit auch die Möglichkeit genommen werden, innerhalb der SPD weitere Anhänger zu rekrutieren.

Zunächst schien dies auch zu funktionieren. In den folgenden Wochen äußerten sich die ASG-Gründer nicht. Der dritte Rundbrief erschien deutlich später als geplant

---

[50] Meves 2005, S. 24.
[51] RUNDBRIEF 1 / 2004 – 24. März 2004. <http://www.wasg-verein.de/416.0.html> am 30. Okt 2005.
[52] Meves 2005a, S. 24
[53] SPD-Abweichler wollen es spannend machen. SZ vom 17. März 2004, S. 6.
[54] Nur nicht unterschätzen. SZ vom 18. März 2004, S. 2.

und verkündete vor allem Treffen der regionalen Gruppen in den folgenden Wochen.[55] Am 14. Juni schließlich wurden Händel und Ernst als erste offiziell ausgeschlossen, da sie die Gründung eine Konkurrenzorganisation betrieben hätten.

Rund zwei Monate nach ihren konstituierenden Treffen vereinbarten ASG und Wahlalternative, zukünftig nur noch gemeinsam aufzutreten, und zwar unter dem Namen „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit".[56] Rund 500 Teilnehmer trafen sich dafür zu einer Konferenz in Berlin. Sie sollten zunächst einen Verein bilden (WASG e.V.), der wiederum im September per Urabstimmung entscheiden würde, ob eine Partei gegründet wird.[57]

Die Zeit dafür schien günstig. Die SPD hatte bei der Europawahl im Juni erneut ein desaströses Wahlergebnis hinnehmen müssen, mit 21,5 Prozent der Stimmen (PDS: 6,1%). Weitere Niederlagen drohten ihnen bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen, Saarland und Brandenburg. Im Sommer drängte der Protest gegen Hartz IV auf die Straße. Unter der Bezeichnung „Montagsdemonstration"[58] organisierten Arbeitslose, später aber auch Gewerkschaften und die PDS, hauptsächlich in den ostdeutschen Bundesländern mit Landtagswahlen Proteste gegen die Agenda 2010.

In der Folge verzeichnete der Verein WASG einen deutlichen Mitgliederzuwachs. Bis Ende Herbst seien rund 5000 Personen eingetreten, hieß es auf der Bundeskonferenz im November in Nürnberg. Dort einigten sich die Delegierten, im Dezember schließlich eine Urabstimmung durchzuführen. Zudem sollte gemäß einer Abstimmung die WASG-Partei im Mai bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen antreten.[59] Nicht alle Anwesenden waren freilich dafür. Klaus Ernst etwa befürchtete, angesichts der geringen finanziellen Ressourcen und der wenigen Mitglieder könnte die Partei dort scheitern und damit den Reiz des Aufbruchs verloren haben.[60] Ernst wurde neben seinem Gewerkschaftskollegen Thomas Händel, dem lin-

---

55 ASG-Rundbrief 3,/2004 vom 3. Mai 2004. <http://www.wasg-verein.de/uploads/media/Rundbrief_3_04.pdf> am 30. Okt. 2005.

56 ASG-Rundbrief 5 vom 26. Mai 2005: Wir rücken zusammen. <http://www.wasg-verein.de/417.0.html> am 30. Okt. 2005.

57 Und im Foyer, da lacht Karl Marx. Taz vom 21.6.04, S. 6.

58 Der Begriff bezeichnete eigentlich die Proteste im Herbst 1989 in der DDR, die schließlich zum Rücktritt Honeckers führten und die Wende einleiteten. Er wurde von dem Magdeburger Andreas Erholdt gewählt. Bürgerrechtler verwahrten sich deshalb gegen die Verwendung des Begriffes.

59 Liebe Kollegen, liebe Genossen, liebe Leud'. SZ vom 22. Nov. 2004, S. 3.

60 Klaus Ernst im Gespräch mit dem Autor. 10. Dez. 2005.

ken Wirtschaftswissenschaftler Axel Troost und Attac-Vertreterin Sabine Lösing in den geschäftsführenden Vorstand des Vereins gewählt.

Bei der Urabstimmung im Dezember votierten rund drei Viertel der etwa 5.600 Mitglieder für eine Parteigründung. Sie sollte der Bundesvorstand zusammen mit Landesvertretern im Januar formell beschließen. Auch ein Statut und ein Programm wurden verabschiedet. Schon zu diesem Zeitpunkt gab es Spekulationen, Lafontaine könnte sich in der neuen Partei engagieren. Händel sagte, man stünde im Gespräch mit dem ehemaligen SPD-Chef.[61] Stärkster Landesverband war inzwischen der nordrhein-westfälische mit rund 1200 Mitgliedern, der bei der Landtagswahl antreten wollte und die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde erhoffte. Auch in Berlin und Bayern hatten sich große Landesverbände mit mehreren hundert Personen gebildet – nicht zuletzt, weil die Vereins- und spätere Parteispitze sowie die Aktivisten der ersten Stunde aus diesen Bundesländern kamen und dort Treffen organisierten.

In den neuen Bundesländern dagegen, dem Zentrum der Montagsdemonstrationen, blieb die WASG nur eine Splitterpartei. Gerade einmal 300 Mitglieder hatte sie bis zur NRW-Wahl nach eigenen Angaben in ganz Ostdeutschland – kaum mehr als ein Kreisverband der PDS. Das liegt weder am jungen Alter der Partei noch an der Konkurrenz durch die Sozialisten, sagte Simone Fichtmüller aus dem Thüringer WASG-Landesvorstand. "Unsere Probleme lagen auf persönlicher und nicht auf der politischen Ebene."[62] So war es dem größten ostdeutschen WASG-Verband Sachsen bis Mai nicht gelungen, in der Montagsdemo-Stadt Leipzig[63] einen Kreisverband zu gründen. Das läge vermutlich daran, dass die DDR-Bürger generell skeptisch gegenüber Parteien seien, sagte der Leipziger Thomas Rudolph.[64] Er war als Koordinator der Leipziger Demonstrationen gegen Hartz IV bekannt geworden. Für manches Parteimitglied war Rudolph das Hauptproblem. In einem offenen Brief warfen ihm ehemalige Leipziger Mitglieder vor, Beiträge gegenüber dem Bundesverband unterschlagen und Wahlabsprachen getroffen zu haben.[65] Rudolph bestritt das. In Thü-

---

[61] Die Basis votiert für neue Linkspartei. Taz vom 21. Dez. 2004, S. 7.

[62] Im Gespräch mit dem Autor am 28. Mai 2005, vgl. Wahlalternative im Osten zerstritten. FTD vom 30. Mai 2005, S. 14.

[63] In Leipzig fanden im August die am stärksten besuchten Anti-Hartz-IV-Demonstrationen statt. Auf dem Höhepunkt kamen etwa 60.000 Menschen am 30. August zu einer Protestveranstaltung, auf der Oskar Lafontaine spricht. 1989 kamen zu den ursprünglichen Leipziger Montagsdemos über 300.000 Personen, um gegen das DDR-Regime zu protestieren.

[64] Siehe Fußn. 62.

[65] Leipziger Streit um Linkspartei und Lafontaine. Nd vom 21.8.04. Vgl. Presseerklärung zur Landesmitgliederversammlung der WAsG Sachsen: Wahlalterna-

ringen waren fünf von sieben Vorstandsmitgliedern ausgetreten. Die anderen Vorstände hätten sie systematisch hintergangen, sagte damals Bernd Krummrich, einer der Ausgetretenen. "Das waren alles Leute, die bei den großen Parteien außen vor blieben."[66] Gemeint waren Leute wie der Ex-SPDler Roland Spitzer, dem Krummrich eine Stasivergangenheit unterstellte. Zudem seien die Ex-Mitglieder "als rechtsradikale Schweine" bezeichnet worden. Kummrich hatte daraufhin Strafanzeige gestellt. Ebenfalls gespalten hatte sich der Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern. Vorausgegangen war ein wochenlanger Streit um die Ausrichtung der Wahlalternative. Der Vorstand fühlte sich von der „Sozialistischen Alternative Voran“ (SAV) unterwandert. Die linksextreme Gruppierung habe mit ihrer Kompromisslosigkeit die Gewerkschaften verschreckt und die Gemäßigten in der WASG als "Nazifreunde" denunziert, warf ihnen der Landesvorstand vor.[67] Damit seien die SAV-Mitglieder schon in der PDS, der SPD und bei den Globalisierungsgegnern von Attac aufgefallen. Ende Mai 2005 zählte der nördliche Landesverband nur 62 Mitglieder.

In Folge der anhaltenden Proteste gegen Hartz IV hatte sich innerhalb weniger Monate eine neue Partei bilden können, die in Westdeutschland einen relativ großen Zulauf verzeichnen konnte. Dagegen gelang es ihr gerade in Ostdeutschland nicht, sich zu konstituieren. Zum Einen scheiterte die Wahlinitiative in den neuen Bundesländern an personellen Streitigkeiten. Zum Anderen lag es daran, dass dort bereits die PDS einen erheblichen Teils des Protestes artikulierte und darum eine Neugründung anscheinend nicht benötigt wurde. Damit gab es im Frühjahr zwei linke Parteien, die bei kommenden Wahlen mit erheblichen Stimmenzuwachs rechneten: Die WASG in den alten Bundesländern und die PDS im Osten.

---

tive grenzt Wahlalternative aus. 11.10.2004. V.i.S.d.P.: Enrico Stange.

66 Im Gespräch mit dem Autor am 28. Mai 2005, vgl. Wahlalternative im Osten zerstritten. FTD vom 30. Mai 2005, S. 14.

67 ASG-Landesvorstand: Antrag an den Bundesvorstand vom 21. Februar 2005. <http://www.sozialismus.info/mv-lvo-gegen-sav.pdf> am 28. Mai 2005. Die Reaktionen des SAV: Einspruch gegen Nichtaufnahme von Christine Lehnert, Torsten Sting und René Henze in die ASG. <http://www.sav-online.de/index.php?name=News&file=article&sid=1197> am 30. Mai 2005.

3 Gespräche zwischen WASG und der PDS bis zur NRW-Wahl

Von Anfang stellte sich für die WASG die Frage nach Kooperationspartnern. Die SPD lehnte man in den Gründungsaufrufen ab.[68] Auch die PDS kam zunächst nicht in Frage. Sie sei, heißt es im ersten Email-Rundbrief der ASG, keine Alternative:

> „... sie ist eine Ostpartei geblieben und ist nie im Westen angekommen, um hier eine breite Oppositionsbewegung zu bündeln. Sie hat sich ferner mit ihren Regierungsbeteiligungen in Berlin und Rostock völlig desavouiert. Die in Regierungsbeteiligung mitvertretenen Positionen stehen in eklatantem Widerspruch zu ihrer eigenen Programmatik. Wir freuen uns über eine Zusammenarbeit mit allen Menschen, die sozialstaatliche Prinzipien verteidigen wollen – gleich welcher Partei sie angehören. [69]

Weniger deutlich wendet sich die Wahlalternative – die 2006 explizit zur Bundestagswahl antreten will – gegen die PDS: Diese wird im Gründungsaufruf[70] zwar als unfähig angesehen, das Potential an enttäuschten linken Wählern zu bündeln. Außerdem habe sie sich durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin „zusätzlich desavouiert“. Zugleich sehen in ihr aber die Initiatoren den einzigen denkbaren Bündnispartner.[71] Diese unterschiedliche Haltung ist erklärbar mit der politischen Herkunft der Spitzenvertreter: Während bei der bayrisch dominierten ASG westdeutsche Gewerkschafter mit SPD-Parteibuch überwiegen, hatten bei der Wahlalternative Linke das Sagen, die als ehemalige Mitglieder und Globalisierungskritiker eine deutlich größere Nähe zur PDS aufwiesen.

Gregor Gysi hielt die Wahlalternative für vernachlässigbar: Sie habe bereits den klassischen Fehler der Linken begangen. „Ewig diskutiert, alle Debatten geführt. Und den Hunderttausenden, die auf sie warten, so nur gezeigt, dass sie sich wichtiger nehmen als die Probleme der Leute.“[72]

---

[68] Gründungsaufruf der ASG.

[69] RUNDBRIEF 1 / 2004 – 24. März 2004. <http://www.wasg-verein.de/416.0.html> am 30. Okt. 2005.

[70] Für eine wahlpolitische Alternative 2006, 15. März 2004.

[71] „Im bestehenden parteipolitischen Raum bietet sich dazu [Rückdrängung des Neoliberalismus, d.A.] nur die PDS an.“ Für eine wahlpolitische Alternative 2006, 15. März 2004, S. 4.

[72] „Die PDS kommt im Westen nicht an.“ Interview mit Gregor Gysi. Tagesspiegel vom 17. Mai 2005, S. 4.

Andere in der PDS zeigten sich grundsätzlich nicht abgeneigt hinsichtlich der Neugründung. Lothar Bisky erklärte bereits im März 2004, er freue sich über die Initiative – und zwar, weil sie die PDS aufrütteln würde.[73] Der Europaabgeordnete und ehemalige PDS-Wahlkampfchef Andre Brie rief die neue Partei einen Monat vor der NRW-Wahl auf, mit der PDS gemeinsam zur Bundestagswahl 2006 anzutreten, auf offenen Listen der Sozialisten. Sein Argument: Es werde endlich Zeit, wenn sich auch in Deutschland eine linke Partei jenseits der SPD konstituiere. Dies gelänge aber nur, wenn sich nicht WASG und PDS bei der Wahl gegenseitig die Stimmen wegnehmen. "Es gibt in Deutschland keinen Platz für zwei linke Parteien, die beide die 5-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen überwinden könnten." Die PDS habe aufgrund ihrer ostdeutschen Stärke, der relativ stabilen Wählerbindung, ihrer bescheidenen, aber realen Fortschritte in Westdeutschland, ihrer personellen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten und ihrer Wahlkampferfahrungen deutliche Chancen, über die 5-Prozent-Hürde zu kommen. Anders sehe es bei der Wahlalternative aus: "Mich hat bisher noch nichts davon überzeugt, dass die WASG realistische Aussichten hat, auch nur in die Nähe der fünf Prozent zu kommen.".[74]

Thomas Händel vom WASG-Vorstand reagierte darauf ablehnend: Auf offenen Listen hätten die Aktiven seit 15 Jahren bereits kandidieren können. Dann hätte es keine Neugründung geben müssen. Im übrigen hielt er es für durchaus möglich, dass beide Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überwinden.[75]

Das Problem war zu diesem Zeitpunkt: Weder PDS noch die WASG selbst wussten, welcher Erfolg für die Wahlalternative möglich wäre. Seit ihrer offiziellen Gründung am 22. Januar hatte sie noch an keiner Wahl teilgenommen. Angesichts des Stimmenverlustes der in NRW regierenden Sozialdemokraten schien vieles möglich, selbst der Einzug beider Parteien in den Landtag. Die Wahl am 2.. Mai musste somit als erste Standortbestimmung dienen.

Drei Optionen waren dabei denkbar:

1. Die WASG überwindet die Fünf-Prozent-Hürde, die PDS nicht. In der Konsequenz würde sie sich stark genug fühlen, selbst bei der Bundestagswahl anzutreten

---

[73] „Mein Bedarf an Einheitsbewegungen ist gedeckt". Lothar Bisky im Interview. Berliner Zeitung vom 13. März 2004, S. 5.

[74] Brie: Andre: Die Linke hat kein Recht mehr auf Misserfolg. In: Sozialismus. Jg. 32 (2005), H. 4, S. 11-15.

[75] Aus eigener Kraft zehn Prozent holen. Interview mit Thomas Händel. Freitag 14/2005 (8. April 2005).

2. Die PDS schafft den Einzug in den Landtag, die WASG nicht. Dann könnten die Sozialisten die Wahlalternative als gescheitertes Projekt betrachten und sie in ihrer zukünftigen Planung vernachlässigen.
3. Beide überwinden die Sperrklausel: In diesem Fall würde die PDS die WASG zwar als Bedrohung betrachten, angesichts des Wahlerfolgs aber eine Kooperation nicht für notwendig erachten. Schließlich könnte sie bei diesem Stimmengewinn in NRW und ihrer Stimmenbasis im Osten es auch allein in den Bundestag schaffen. Die WASG ihrerseits würde es ebenfalls nicht für nötig halten, sich einen Kooperationspartner suchen zu müssen.
4. Beide verfehlen deutlich die Fünf-Prozent-Hürde: Hier müsste sich zeigen, wer von beiden deutlich besser abschneidet. Nur im Falle eines deutlich besseren Ergebnisses für die Wahlalternative müsste die PDS über eine Kooperation nachdenken. Aber auch die WASG müsste eingestehen, es allein nicht schaffen zu können.

4 Vergleich der beiden Parteien

Im Folgenden sollen die beiden potentiellen Partner gegenübergestellt werden, an welchen Punkten sie Gemeinsamkeiten aufweisen und wo sie sich personell strukturell und in ihrer Anhängerschaft unterscheiden. Zu klären ist hier, ob sie Aspekte in eine mögliche Kooperation einbringen können, die dem jeweils anderen bislang fehlen. Zudem ist zu untersuchen, ob bestimmte Punkte zu Konflikten führen können, die eine mögliche Kooperation behindern, einschränken oder gar verhindern.

Als Analyseraster sollen dafür jene Punkte dienen, die van den Boom als interne und externe Rahmenbedingungen für die Erfolgschancen von Kleinparteien beschrieben hat.[76] Sie sollen erfassen, ob die Parteien in der Lage sind, an Wahlen teilzunehmen, in der Öffentlichkeit aufzutreten, die parteiinterne Kommunikation zu betreiben und dauerhafte Strukturen aufzubauen.[77] Boom lässt, trotz allen Anspruchs nicht-normativer Analyse, viele der gewählten Faktoren im Ungefähren. Seine Be-

[76] Van den Boom 1999, S. 301. Nicht verwendet wurden seine Kriterien „1 Aktivist pro 10 Mitglieder" und „Bestandteil einer gesellschaftlichen Bewegung", die nicht erhebbar sind. Boom definiert bereits Aktivisten als jene, die unregelmäßig Spenden zahlen, für die Partei kandidieren oder an Parteiveranstaltungen teilnehmen. Van den Boom 1999, S. 291f.

[77] Van den Boom 1999, S. 290f.

grifflichkeiten sind nicht trennscharf gewählt. Dennoch können sie zumindest Anhaltspunkte geben, ob eine Kleinpartei die Chance hat, Wahlkämpfe zu führen und mittelfristig zu überleben. Ob sie es tatsächlich kann, ist davon unbenommen.

Wichtiges Kriterium ist ohne Zweifel die Mitgliederzahl. Je mehr von ihnen vorhanden sind, desto größere Reichweite kann der Straßenwahlkampf entfalten (bei Aktivität der Mitglieder), umso höher ist das Reservoir für die Besetzung von Ämtern, Mandaten und Aufgaben, und desto mehr Beitragszahlungen gehen ein. Wenn die politische Gruppierung einen regionalen Schwerpunkt hat, fällt es ihr zum Einen leichter, dort Unterschriften für die Zulassung bei anstehenden Wahlen zu werben und zu sammeln, zum Anderen steigen die Chancen in der Schwerpunktregion ausreichend Aufmerksamkeit zu erregen durch eine hohe Dichte von Veranstaltungen und verteilter Parteiwerbung. Vorfeldorganisationen, die finanziell und organisatorisch nicht in die Partei eingebunden sind, können bei der Organisation helfen, politische Inhalte zu formulieren und zu vermitteln und stellen ein Quelle für Mitglieder und Führungspersonal dar.

Parteizeitschriften vermitteln aktuelle Positionen der Parteiführung, veröffentlichen Treffpunkte und Termine und erzählen von erfolgreichen Aktionen. Nicht zuletzt können sie durch den Abdruck von Zeitungsartikeln bei Mitgliedern den Eindruck stärken, dass die Partei öffentlich wahrgenommen und damit relevant wird. Für die externe Wahrnehmung ist eine funktioniere Öffentlichkeitsarbeit notwendig, die mindestens ein Pressesprecher, eine funktionierende und aktualisierte Internetseite, Bekanntmachung öffentlicher Veranstaltungen, Pressemitteilungen, Plakate und Flyer beinhaltet. Unterstützend können dabei politisch nahe stehende Medien sein, die die Kleinpartei mit besonderer Aufmerksamkeit begleiten und von potentiellen Anhängern gelesen oder gesehen werden.

Für einen Wahlerfolg nötig ist zweifellos, dass das von der Partei angesprochene Thema der Partei von breiter Relevanz ist. Dazu gehört auch, dass potentielle Wähler in diesem Bereich Änderungsbedarf sehen, den die Kleinpartei ausdrückt. Um ein möglichst breites Spektrum an Wählern anzusprechen, darf das politische Programm jedoch nicht auf ein einziges Thema beschränkt sein. Zu dessen Vermittlung schließlich bedarf es prominenter Personen, die eine größere Öffentlichkeit erreichen.

Tabelle 1: Rahmenbedingungen für Erfolgschancen der WASG und der PDS

Frühjahr 2005	***WASG***	***PDS***
Organisatorisch&Personell		
mehr als 500 Mitglieder	ca. 6.000*	Ca 61.000*
regionale Schwerpunkte	NRW, Bayern, Berlin	Ostdeutschland, Berlin
Interne, regelmäßige Parteizeitschrift	Wöchentlicher E-Mail-Newsletter	Monatlich: Disput Täglich: Neues Deutschland
Ausgearbeitete Programmatik	Nein	Ja
Hauptamtliche Mitarbeiter	Ja: 3 im Fürther Büro*	Ja: ca 60 im Karl-Liebknecht-Haus*
Kommunale Vertretung	Nein	Ja
Wirksame Medienarbeit	Ja	Ja
Vorfeldorganisationen	Attac, IG Metall, Verdi, SAV, Linksruck	Attac, diverse AGs, Verbände, Ost-Gewerkschaften u.a.
Politische /gesellschaftliche Faktoren		
Relevanz des eigenen polit. Hauptthemas	Ja: Hartz IV	Ja: Hartz IV, soziale Gerechtigkeit, Ost-West-Gegensatz
Kein Ein-Punkte-Image	Nein	Ja
Populäres Führungspersonal	Nein	Lothar Bisky, Gesine Lötzsch, regionale Prominente
Gewogene Medien	Jungle World, taz, Frankfurter Rundschau	Neues Deutschland, Junge Welt, Jungle Word, Berliner zeitung u.a.

* Angaben der Parteien

Wenig überraschend ist, dass die Partei des demokratischen Sozialismus in den meisten Bereichen der Wahlalternative besser aufgestellt ist – was nach 15 Jahren Existenz und der Etablierung in mehreren Landtagen auch nicht verwundert. Auf der anderen Seite hat die WASG eine gute Ausgangslage für zukünftige Wahlen. Sie verfügt über eine ausreichend große Zahl an Mitgliedern, eine funktionierende Partei- und Kommunikationsstruktur und wird in der Öffentlichkeit wegen ihres Themas wahrgenommen. Außerdem hat sie ihre Mitgliederschwerpunkte in Regionen, in denen die PDS nur sehr schwach vertreten ist: in den westdeutschen Bundesländern. Was ihr allerdings fehlt, ist populäres Führungspersonal. Trotz diverser Andeutungen in der Vergangenheit hatten sich Lafontaine und Ottmar Schreiner nicht zu Wahlalternative bekannt. Die anhaltende Spekulation über deren Übertritte konnte dies

allerdings zum Teil kompensieren. Seit Sommer 2004 mussten der Parteivorstand regelmäßig zu dieser Frage Stellung nehmen.

Aber auch der PDS fehlten seit Gysis Abtritt die populärste Perso. Sie war zudem nicht so stark mit den westdeutschen Gewerkschaften vernetzt wie die WASG, zu deren Mitglieder in der Mehrzahl Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gehörten. Auch wurden sie gerade von linken Tageszeitungen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die PDS-Spitze musste also damit rechnen, dass die WASG eine Chance hatte, politisch einige Zeit zu überleben – auf ihre Kosten.

4.1 Programme

Das Programm einer Partei ist der Grundkonsens ihres Bestehens. Es umfasst in der Regel das Staats- und Werteverständnis der Mitglieder ebenso wie allgemeine politische Forderungen. Letztere werden durch Wahlprogramme konkretisiert und sollen der potentiellen Wählerschaft vermitteln, was sie von der Partei erwarten haben, falls diese Mandate erringt.

Angesichts des sehr unterschiedlichen Entstehungsprozesses und dessen Dauer unterscheiden sich die Programme der PDS und der WASG sehr deutlich voneinander. Das Parteiprogramm der Sozialisten ist Ergebnis eines 13 Jahre anhaltenden Diskussionsprozesses in Arbeitsgruppen, Grundsatzkommissionen, Foren, Artikeln und Parteitagen. 2003 verabschiedete sie ein neues Programm, das die bis dahin geltende Fassung von 1994 ablöste. Es beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen, welches Bild vom Sozialismus und vom Menschen in der Partei vorherrscht.

Die Wahlalternative hingegen hat kein Parteiprogramm dieser Art, sondern nur ein knappes Gründungsprogramm.[78] Auf den Parteitagen waren die Mitglieder zunächst mit formalen Fragen beschäftigt, ob etwa überhaupt eine Partei gegründet werden soll und bei welchen Wahlen sie antritt. Längster und umstrittendster Diskussionspunkt beim Bundesparteitag Anfang Mai in Dortmund war die Doppelmitgliedschaft. Mit ihr sollten einerseits SPD-Mitglieder angelockt werden, ohne dass zugleich Anhänger linksextremer Gruppierungen wie die der „Sozialistischen Alternative Voran“ (SAV) oder Linksruck sie nutzen können. Gelöst wurde dies mit einer Übergangsregelung[79], die im Herbst neu verhandelt werden sollte.

---

[78] WASG (Hrsg.): Gründungsprogramm. Beschlossen am 22. Jan. 2005. <http://www.wasg-nrw.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050122.pdf> (Stand: 10. Mai 2005).

[79] Doppelmitgliedschaften wurden bis zum 31. Dez. 2005 erlaubt.

Im Zentrum des WASG-Programms steht der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“[80]. Um diese zu erreichen, müsse eine „soildarische Umgestaltung der Gesellschaft“ vorgenommen werden. Die Partei bezieht dies insbesondere auf Fragen der Massenarbeitslosigkeit und des leistungsfähigen Sozialstaats.

Die PDS operiert dagegen, wie schon ihr Parteiname zeigt, mit dem Begriff des „demokratischen Sozialismus“. Der Mensch habe eine „Anspruch auf gleiche Teilhabe“ an Gütern, um seine fundamentalen Rechte wahrnehmen zu können. Dem zuwider laufe die „Profitlogik“ der Wirtschaft, der Grenzen gesetzt und damit der Kapitalismus überwunden werden muss. Ziel sei eine Gesellschaft, die“ Bedingungen eines selbstbestimmten und solidarischen Lebens zur Verfügung“ stellt.[81]

Die Partei hat damit ein erheblich ausformulierteres und umfassenderes Leitbild als die WASG, die Wörter wie Kapitalismus oder Sozialismus nicht verwendet. Bei beiden tauchen die Begriffe „solidarisch“, „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ auf. Bei der Wahlalternative beziehen sie sich jedoch vor allem auf das bestehende Sozialleistungssystem und den Arbeitsmarkt, während bei den Sozialisten die Begriffe deutlich weiter fassen.

Wahlalternative und PDS geben die Schuld an der sozialen Lage der „neoliberalen“ Wirtschaft und einem Staat, der zu wenig investiert.[82] Entsprechend gibt es Überschneidungen, mit welchen Mitteln die Krise zu überwinden wäre. Beide fordern umfangreiche Investitionsprogramme in strukturschwache Regionen. Laut WASG soll zudem mehr Personal in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Justiz und Polizei eingestellt werden. Beide wollen hohe Einkommen und Vermögen stärker belasten, Arbeitszeitverkürzungen und einen Mindestlohn einführen. Die Wahlalternative nennt hier, anders als die PDS, sogar eine Höhe: 1500 Euro brutto.

Auerdem wollen sie die internationalen Finanzmärkte über die so genannte Tobin-Steuer regulieren und Kürzungen von Sozialleistungen für Erwerbslose zurücknehmen.

Sozialleistungen sind bei der WASG einer der zentralen Programmpunkte. Ausführlich übt sie Kritik an den Elementen der Hartz-IV-Gesetze, wie etwa den Zu-

---

[80] Vgl. SPD-Wahlprogramm „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ zur Bundestagswahl 1998. Beschluß des außerordentlichen Parteitages der SPD am 17. April 1998 in Leipzig, S. 4.

[81] Präambel des PDS-Parteiprogramms vom 26. Oktober 2003. <http://sozialisten.de/partei/dokumente/programm/index.htm> (Stand: 30. Dez. 2005),

[82] WASG-Gründungsprogramm 2005, S. 4; PDS-Parteiprogramm, Kap. II.1: Die neoliberale Offensive.

mutbarkeitsregeln, der Kürzung der Bezugsdauer oder der Anrechnung des Vermögens von Mitgliedern der Familie oder der Bedarfsgemeinschaft. Bei der PDS taucht dies in ähnlicher Detailliertheit nicht auf, stattdessen gibt es allgemeine Aussagen zus Absicherung sozial Benachteiligter. Dies liegt zum Einen an den unterschiedlichen Zeitpunkten der Verabschiedung der Programme, zum Anderen an der unterschiedlichen Charakteristik. Die PDS formuliert viel grundsätzlicher und breiter als die WASG, die deutlich mehr tagespolitische Punkte aufgenommen hat.

Dies zeigt sich auch daran, dass die PDS grundsätzliche Gedanken zur Außen-Bildungs-, Umwelt- und Innenpolitik formuliert, während die WASG dazu nur kurze, allgemeine Aussagen trifft. Grundsätzliche Differenzen haben beide in diesen Punkten jedoch nicht. Allerdings problematisieren die Sozialisten die Frage einer steigenden Staatsverschuldung, während die Wahlalternative dies nicht aufgreift.

Trotz der Unterschiedlichkeit ihrer Entstehung und ihres Umfangs weisen also beide Parteiprogramme gewisse politische Parallelen auf. Die PDS ist thematisch allerdings deutlich breiter und langfristiger aufgestellt und fordert tiefgreifendere Reformen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, als dies bei der WASG der Fall ist. Diese profiliert sich im Programm hauptsächlich als Anti-Hartz-IV-Partei, die dazu Forderungen der Gewerkschaft in den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialsysteme umsetzten will.

4.2 Mitgliederstruktur und Führungspersonal

Neben inhaltlicher Nähe sind die Parteimitglieder entscheidend für eine funktionierende Kooperation. Sie stimmen über die mögliche Partnerschaft und ihre Form nicht nur in Gremien und Parteitagen ab. Im Umgang mit Vertretern der anderen Partei müssen sie eine gemeinsame Grundlage finden, sei es durch ihre Sozialisation, ähnliche Ansichten, Erfahrungen oder Auffassungen.

Seit ihrer Entstehung hat die Wahlalternative einen sehr starken Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern aufzuweisen. Örtliche Treffen wurden vielfach von DGB, Verdi oder IG-Metall-Funktionären organisiert. Ein Teil der Mitgliederschaft kommt im übrigen von der PDS und der SPD. Einige wenige waren in linken Gruppierungen wie der SAV, Linksruck, DKP oder Attac. Diese vertreten entsprechend ihrer politische Herkunft eher linksextreme Ziele wie die Verstaatlichung von Großunternehmen. Sie stehen für eine außerparlamentarische Opposition und lehnen deshalb

die Regierungsbeteiligung der PDS strikt ab. Rund vier Fünftel sind nach Parteiangaben männlich und zwischen 40 und 50 Jahre alt. Die WASG ist damit – bis auf die linken Splittergruppen – relativ homogen. Die Aktiven sind sehr organisationserfahren, viele hatten Funktionen in Betriebsräten und Gewerkschaften inne.

Tabelle 2: Mitgliederzahlen der WASG und der PDS

	WASG[83]	***PDS***[84]
Baden-Württemberg	606	466
Bayern	672	439
Bremen	104	158
Hamburg	220	348
Hessen	396	481
Niedersachsen	558	730
Nordrhein-Westfalen	1.738	1.135
Rheinland-Pfalz	301	258
Saarland	214	108
Schleswig-Holstein	191	260
WEST	**5.000**	**4.383**
Berlin	360	9.634
Brandenburg	79	10.429
Mecklenburg-Vorpommern	63	6.841
Sachsen	143	15.280
Sachsen-Anhalt	78	6.585
Thüringen	36	7.768
OST (mit Berlin)	**679**	**56.537**
GESAMT	**5.795**	**61.107**

Dies zeigt sich auch in der Parteiführung. Von den vier Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands sind drei bei der Metaller-Gewerkschaft IG Metall: Klaus Ernst, Thomas Händel und Axel Troost. Die vierte, Sabine Lösing, repräsentiert die globalisierungskritische Attac-Organisation. Sie alle sind zwischen 49

[83] WASG [Hrsg.]: Monatsbericht zur Mitgliederentwicklung & Länderbudgets der Partei. 31. Mai 2005 (unveröff.).

[84] PDS-Mitgliederzahlen. Stand: 31. Dez. 2004. <http://sozialisten.de/partei/daten/statistiken/mitglieder.htm> am 18. Dez. 2005.

und 51 Jahre alt. Im 16-köpfigen erweiterten Vorstand finden sich zwölf Gewerkschafter, vier Frauen und ein Ostdeutscher.

Die PDS ist im Vergleich deutlich heterogener. Zwar sind über zwei Drittel der Mitglieder älter als 60 Jahre,[85] dies zeigt sich allerdings kaum bei der Zusammensetzung der Delegierten und Funktionäre, wo nur jeder zehnte ein Renter ist, etwa die Hälfte dagegen Arbeiter und Angestellte sowie knapp ein Zehntel Schüler und Studenten.[86]

Anders als bei der WASG ist bei der PDS der Bundesvorstand zur Hälfte mit Frauen besetzt. 9 der Mitglieder sind Gewerkschaftsvertreter, 8 kommen aus dem Westen. Das Durchschnittsalter beträgt 46 Jahre. Jüngstes Mitglied ist die Sächsin Katja Kipping mit 27 Jahren, während Parteichef Lothar Bisky der älteste ist. Die Mehrzahl hat bereits parlamentarische Erfahrungen, meist in ostdeutschen Landtagen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Methling ist Umweltminister im Mecklenburg-Vorpommern, Dagmar Enkelmann und Bodo Ramelow jeweils Fraktionsvorsitzende ihrer Partei in den Länderparlamenten. Dies unterscheidet sie klar von den WASG-Vertretern.

Der Wahlkampfchef war der einzige, der ähnlich sozialisiert wurde wie die Führung der Wahlalternative. Er ist 49, stammt aus dem Westen und war viele Jahre Gewerkschaftsfunktionär. Seit 1981 war er Funktionär der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) in Mittelhessen und ab 1990 Landesvorsitzender der HBV in Thüringen. Dort trat er 1999 in die PDS ein. Ausgerechnet er sollte, in seiner Funktion als Wahlkampfleiter, später die Gespräche mit der WASG führen. Dies hatte erhebliche positive Auswirkungen auf das Gesprächsklima, wie Teilnehmer der Verhandlungstreffen später bestätigten. „Wir hatten eine gemeinsame Sprache,“[87] fand Ramelow. Klaus Ernst sagte, man habe sich nicht erst abtasten müssen. Beide Seiten kannten die typischen Verhandlungsrituale, wie sie etwa in Tarifvehandlungen praktiziert werden.

Die Mitgliederschaft der Parteien unterscheidet sich also deutlich voneinander, sowohl was die politische Sozialisation als auch ihre strukturelle Zusammensetzung betrifft.

---

[85] PDS-Mitgliederzahlen. Stand: 31. Dez. 2004.

[86] Moreau, Patrick: Politische Positionierung der PDS – Wandel oder Kontinuität. München 2002, S. 79.

[87] Bodo Ramelow im Gespräch mit dem Autor, 24. Nov. 2005.

4.3 Finanzen

Vermögen und Einkommen der Partei geben einen Hinweis darauf, über welche Ressourcen sie zu Beginn eines Wahlkampfes verfügt. Das Geld wird etwa gebraucht, um Parteitage auszurichten, Wahlprogramme und Flyer zu drucken und Werbeplakate aufzuhängen, um Parteinamen, -programm und Kandidaten bekannt zu machen.

Die Wahlalternative war hier in einer denkbar schlechten Situation. Der Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen hatte einen Großteil der Beiträge und Spenden aufgebraucht, rund 113.000 Euro. Zudem hatte die Partei einen Kredit von 140.000 Euro aufnehmen müssen.[88] Zwar konnte die WASG mit einer Wahlkampfkostenerstattung rechnen, dass sie mehr als 1,5 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatte. Doch die rund 128.000 Euro würden erst Anfang 2006 ausgezahlt, so Händel.
Die PDS hatte dieses Problem nicht. Ihr Jahresetat betrug laut Rechenschaftsbericht 2003 22,1 Millionen Euro, je 9 Millionen davon kam aus der staatlichen Parteienfinanzierung sowie aus Beiträgen. Dadurch konnte sie ein Wahlkampfbudget von 3.862.315,33 Euro verplanen.[89]

Von ihrem Vermögen war die Wahlalternative also nicht in der Lage, in kurzer Zeit einen bundesweiten Wahlkampf zu führen. Sie benötigte einen finanzkräftigen Partner – wie etwa die PDS.

4.4 Anhänger

Abschließend sollen noch die Anhänger beider Parteien vergleichen werden. Im Idealfall haben sie jeweils ähnliche politische Einstellungen. Andererseits sollte die Mehrzahl der WASG-Wähler nicht von der PDS kommen, sondern von anderen Parteien bzw. den Nichtwählern. Eine unterschiedliche Alters- und Bildungsstruktur würde zudem bedeuten, dass die potentiellen Wähler unterschiedlich angesprochen werden müssen. Anders als zur PDS gibt es zur WASG so gut wie keine empirischen Untersuchungen, da sie bei Wahlen nicht antrat. Eine der ersten kommt von Forsa, sie stammt allerdings vom Juni.[90]

---

[88] Rede von Thomas Händel auf dem Bundesparteitag in Dortmund, 7. Mai 2005.
[89] Rest: 1,2 Mio Bundesweite Kosten für Rundfunkwerbung, Internet, Zuschüsse für Direktkandidaten, Wahlparteitag und Werbeagentur. Zahlen: PDSParteizentrale: Prozentuale Kostenanteile Bundestagswahlkampf 2005. o.D. (unveröff.).
[90] Forsa-Sonntagsfrage, kumulierte Werte der Sonntagsfrage im Juni 2005.

Demnach unterscheiden sich die Strukturen der Anhänger der PDS und der WASG recht deutlich voneinander. So sind im Vergleich zu den PDS-Anhängern unter den WASG-Anhängern mehrere Bevölkerungsgruppen überrepräsentiert: die Männer, die 45- bis 69-Jährigen, Personen mit hohem bis sehr hohem Bildungsgrad, Bezieher mittlerer und höherer Einkommen, Beamte des gehobenen und höheren Dienstes, leitende Angestellte sowie die Gewerkschaftsmitglieder. Von den Anhängern der WASG stufen sich außerdem deutlich mehr als „links“ ein als bei der PDS.

Diese findet dagegen ihre Wähler hauptsächlich bei folgenden Gruppen: Frauen, über 60-Jährigen, Bezieher niedrigerer Einkommen, Arbeitern, Arbeitslosen und Rentnern. Nur ein Drittel der PDS-Anhänger, aber über zwei Drittel der derzeitigen Anhänger der WASG haben bei der letzten Bundestagswahl SPD oder Grüne gewählt.

Tabelle 3: Anhängerschaft der PDS und der WASG

	PDS	***WASG***
Selbsteinschätzung „links“	68%	75 %
Selbsteinschätzung „rechts“	6%	4 %
Arbeitslose	12%	8 %
Gewerkschafter	18%	29 %
Stimme bei der letzten Wahl für:		
SPD	28%	51 %
Grüne	5%	17 %
PDS	42%	6 %
Nichtwähler	18%	14 %

Die WASG ist demnach für Wähler der PDS nicht attraktiv. Sie zieht vielmehr enttäuschte Sozialdemokraten, Grüne und Nichtwähler an. Damit hätte ein- wie auch immer gestaltetes Bündnis tatsächlich die Chance, gemeinsam deutlich mehr Prozente zu bekommen, als wenn die PDS allein antreten würde.

Im Vergleich der beiden Parteien könnten beide von einem Bündnis profitieren. Für beide stiegen die Chancen auf den Einzug in den Bundestag deutlich, da sie unterschiedliches Wählerklientel ansprechen. Programmatisch gibt es einige Überschneidungen. Die Wahlalternative könnte durch die PDS einen Wahlkampf

führen, den sie allein nicht finanzieren könnte. Die Sozialisten ihrerseits könnten ihre Wahlchancen bei Gewerkschaftern, SPD-Anhängern und in Westdeutschland erheblich verbessern.

Auf der anderen Seite prallen in beiden Parteien unterschiedlich sozialisierte Mitglieder mit verschiedenen politischen Erfahrungen aufeinander. Die WASG müsste angesichts ihrer deutlich geringeren Größe befürchten, von ihrem Partner erdrückt oder geschluckt zu werden und damit unter zu gehen. Die PDS dagegen hätte ihre Ressourcen – finanzielle, personelle, aber auch potentielle Mandate – mit einem Partner zu teilen, dessen Wahlerfolg ungewiss ist, und dies auf Kosten eigener erfahrenerer und regional bekannter Mitglieder.

III MÖGLICHKEITEN EINER KOOPERATION

Um dauerhaft zu existieren oder um erfolgreich politische Ziele in Parlament und Regierung einzubringen, stellt sich für Parteien immer die Frage, ob sie mit anderen kooperieren sollten, und wenn ja, in welcher Form. Dabei sind sie rechtlichen Beschränkungen mehrfacher Art unterworfen. Zum Einen kann das Wahlrecht – wie in Deutschland – Zulassungsvorgaben und Sperrklauseln für den Einzug ins Parlament enthalten. Darüber hinaus schränkt die Gesetzeslage die Kooperationsoptionen ein. Selbst wenn verschiedene Modelle legal wären, könnten Erfahrungen anderer Parteien Probleme zeigen, die eine Kooperation erschweren oder unmöglich machen. Andreas Schulze hat in seiner Studie zum Aufstieg und Fall von Kleinparteien neun Erfolgsbedingungen beschrieben:[91]

1. Sperrklauseln lassen in Verhältniswahlsystemen die Chancen sinken
2. Zulassungshürden erschweren die Möglichkeiten von Kleinparteien
3. Kooperationen erhöhen die Erfolgschancen.
4. Medien dürfen die Parteien nicht ignorieren.
5. Kleinparteien haben mehr Aussicht auf Erfolg als Ein-Themen-Partei, wenn sich keine andere dieses Themas annimmt.
6. Sie profitieren von ethnischen, regionalen und religiösen Spannungen.
7. Die Partei kann sich als Außenseiter profilieren, ohne als extremistisch diskreditiert werden zu können.
8. Kleinparteien sind abhängig von ihrer Führungsperson (Charisma, Erfahrung, Ressourcen).
9. Innerparteiliche Krisen schaden Parteien.

Die ersten Punkte beziehen sich auf das Wahlrecht, die folgenden auf die Programmatik und Wählerschaft, und die letzten auf die innerparteiliche Struktur. In diesem Kapitel sollen die ersten drei Punkte näher beschrieben werden, sowohl rechtliche Bedingungen als auch denkbare politische Konsequenzen. Die anderen entscheiden sich erst im Verhandlungsprozess und im Wahlkampf und werden in Kapitel IV behandelt.

[91] Schulze 2004, Kpt. 6.

1 Rechtliche Hürden für die Parteien

1.1 Zulassung der Landeslisten

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen, eine Erst- und eine Zweitstimme. Mit ersterer wählt man einen Direktkandidaten und entscheidet damit, wer ins Parlament einziehen darf. Mit zweiter votiert der Bürger eine Partei und damit, in welcher Stärke diese einziehen darf. Einer politischen Gruppierung steht es frei, nur Direktkandidaten aufzustellen, nur eine Liste für die Zweitstimmen oder aber auch beides – je nachdem, wo sie sich Erfolgschancen ausrechnet. Sowohl die Kandidaten für die Direktwahl als auch die Bewerber um die Zweitstimme, die als Liste antreten, müssen jedoch erst zur Wahl zugelassen werden, und zwar auf Landesebene. Neben grundsätzlichen Vorgaben[92] wie gesetzgemäße Parteisatzung, Aufstellung eines Programms, öffentliche Wahl der Kandidaten und des Vorstandes u.ä. müssen die Parteien Unterstützerunterschriften sammeln. Nominell scheint dies für eine Direktkandidatur einfacher: dort müssen 200 Unterschriften von Wahlberechtigten des Wahlkreises gesammelt werden[93]. Für die Landesliste werden dagegen bis zu 2000 Unterschriften benötigt und diese sind fristgerecht einzureichen.[94]

Bei einer vorgezogenen Wahl wie 2005 sind die Fristen dafür recht kurz. Anders als bei regulären stehen dafür keine 18 Monate zur Verfügung, sondern nur wenige Wochen . Nach Paragraf 21 Abs. 3 BWahlG können die Wahlen zur Aufstellung von Wahlkreisbewerbern frühestens 32 Monate nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages erfolgen. Die Wahlperiode des 15. Deutschen Bundestages begann mit der konstituierenden Sitzung am 17. Oktober 2002. Für die reguläre Wahl zum 16. Deutschen Bundestag im Herbst 2006 hätten ab dem 18. Juni 2005 die Wahlkreisbewerber und Landeslisten nominiert werden können.

Doch mit der Vorziehung mussten die Fristen verkürzt werden. Zum 15. August waren die Wahlvorschläge und die geforderten Unterstützerunterschriften bei den zuständigen Wahlleitern einzureichen – zehn Wochen nach der gewollt gescheiterten Vertrauensabstimmung des Bundeskanzlers im Bundestag und fünf nach der Auflösung des Parlaments durch den Bundespräsidenten. 64 Landeslisten von 13

---

[92] Paragraf 6 Abs. 3 Bundeswahlgesetz.
[93] Paragraf 20 Abs 2 BWahlG.
[94] Paragraf 27 Abs. 1 BWahlG.

Parteien konnten wegen der fehlenden Unterstützerunterschriften nicht zugelassen werden.[95]

1.2 Sperrklauseln

Nach der Zulassung zur Wahl muss eine kandidierende Partei bzw. Ihre Direktkandidaten zwei Sperrklauseln überwinden. Die eine, für den Wahlkreisbewerber, ergibt sich aus dem Wahlmodus: Danach erhält nur der Bewerber ein Mandat, der die relativ meisten Stimmen bekommen hat (Paragraf 5 BWahlG). Diese Hürde macht es für Vertreter kleiner Parteien nur sehr schwer möglich, in den Bundestag einzuziehen. Für die Partei scheint es deshalb aussichtsreicher, über Landeslisten den Sprung ins Parlament zu schaffen – zumal sie bei Einzug mehrere Abgeordnete stellt und nicht nur einen Direktkandidaten. Dafür muss sie jedoch die in Paragraf 6 Abs. 6 BWahlG beschriebene Vorgabe von mindestens fünf Prozent der abgegeben und gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet auf sich vereinen. Das entspricht angesichts vergangener Ergebnisse rund 2,3 Millionen Stimmen. Alternativ kann sie bei Gewinn von mindestens drei Wahlkreisen ins Parlament einziehen.

Letztere Regelung hatte es der PDS 1994 ermöglicht, trotz Verfehlens der Fünf-Prozent-Hürde in den Bundestag zu kommen.[96] 2002 verfehlte sie jedoch beide Hürden und konnte nur zwei direkt gewählte Abgeordnete im Bundestags stellen.

Die Fünf-Prozent-Hürde, die zunächst nur landesweit galt und 1953 auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt wurde, hat erheblich die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien reduziert. Waren im ersten Bundestag noch elf Parteien vertreten, waren es nach 1961 nur noch drei. Erst 1983 schaffte eine neue Partei erst wieder den Sprung über die Hürde: Die Grünen.

1.3 Verbot von Listenverbindungen

Um die Sperrklausel zu überwinden, könnten Parteien beschließen, gemeinsame Listen aufzustellen oder ihre Listen zu verbinden. Würden demnach zwei Parteien je drei Prozent der Stimmen erhalten, könnten sie damit dennoch ins Parlament einziehen, da sie gemeinsam sechs Prozent erhalten hätten. Dies ist jedoch nach deutschem Wahlrecht nicht erlaubt.

---

[95] Pressemitteilung des Bundeswahlleiters vom 25.08.05. <http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/presse/pd170211.html> am 30. Dez. 2005.

[96] 1990 galt für sie nur die Fünf-Prozent-Hürde nur in Ostdeutschland, 1998 erzielte sie 5,1 Prozent der Stimmen.

Die Zulässigkeit von Listenverbindungen definiert das Bundeswahlgesetz Paragraf 7 Abs. 1 indirekt:[97] Demnach gelten Listen *derselben* Partei als verbunden, soweit eine oder mehrere Landeslisten nicht durch eine Erklärung ausgeschlossen sein sollen. Die 16 Landeslisten der SPD gelten also automatisch als erlaubte Listenverbindung. Diese Form ist eine rein wahlrechtliche Konstruktion, damit eine Partei bundesweit antreten kann. Mit taktischen Absprachen hat sie nichts zu tun.[98]

Im Umkehrschluss bedeutet diese Regelung jedoch, dass Landeslisten *verschiedener* Parteien wahlrechtlich nicht zulässig sind.[99] Der Wähler hätte in diesem Fall mehrere Parteien in seinem Wahlkreis zur Auswahl, für die er jeweils stimmen kann. Bei der Ermittlung des Wahlergebnisses würden jedoch die Stimmen der verbundenen Parteien addiert. Solche Verbindungen sind nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. Dezember 1990 verfassungswidrig.[100] Sie verstoßen laut dem Urteil gegen die Chancengleichheit, denn eine listenverbundene Partei benötigt deutlich weniger Stimmen, um die Fünf-Prozent-Sperrklausel zu überwinden, als andere, eigenständig antretende Parteien. Würde beispielsweise eine Partei der Verbindung aus eigener Kraft mehr als fünf Prozent erzielen – etwa die PDS – müsste die andere, in dem Fall die WASG – keine weiteren Stimmen sammeln und zöge automatisch ins Parlament ein. Laut Gericht verändert sich dadurch die Wertigkeit von Wählerstimmen. Ein Kreuz für Listenverbindungen ist in dem Sinne wertvoller, als dass weniger Stimmen pro Partei für einen Wahlerfolg nötig sind.

> „Eine derart unterschiedliche Gewichtung der Wählerstimmen widerspricht dem Grundsatz der formalen Wahlrechtsgleichheit in so grundlegender Weise, dass schon von daher kein rechtfertigender Grund für die damit einhergehender Chancenungleichheit der Parteien in Betracht kommt." [101]

Förmliche gemeinsame Wahlvorschläge gemeinsamer Parteien sind daher nicht erlaubt. Dies betrifft auch eine mögliche, so genannte „vertikale" Aufteilung der Wahlvorschläge: Eine Partei tritt nur in Wahlkreisen, die andere nur als Landesliste

---

[97] Schreiber, Wolfgang: Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. 7. neu bearb. und erw. Aufl. Köln 2002, Paragraf 18 Rdn. 6.
Vgl. Seifert, Karl-Heinz: Bundeswahlrecht. Wahlrechtsart. des Grundgesetzes, Bundeswahlgesetz, Bundeswahlordnung u. wahlrechtl. Nebengesetze. 3., völlig neu bearb. Aufl. d. bisherigen Erläuterungswerks „Das Bundeswahlgesetz" d. Verf. München 1976, Paragraf 18 Rdn. 6.

[98] Seifert 1976, Paragraf 7 Rdn 1.

[99] Schreiber 2002, Paragraf 7 Rdn. 1,2; Seifert 1976, Paragraf 7 Rdn. 2 und Paragraf 18 Rdn. 7.

[100] Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Band 82, S. 322ff.

[101] BVerfGE 82, 345f.

an. Dem wird durch das Wahlgesetz vorgebeugt, indem die Zweitstimmen von Wählern, deren Erststimme auf den erfolgreichen Direktkandidaten entfiel, nicht gezählt werden, falls der Kandidat für eine Partei antrat, die im Wahlkreis mit keiner Landesliste angetreten ist. Stimmensplitting für einen PDS-Direktkandidaten (zum Beispiel in Berlin) und die WASG-Landesliste – bei Verzicht der PDS auf eine Landesliste – wäre somit ertraglos, da die Stimmen für die WASG-Liste nur gezählt werden würden, wenn der Wahlkreisbewerber nicht gewinnt.[102]

Gestattet wären dem entsprechend nur zwei Formen der Kooperation:

- Der Verzicht einer Partei zugunsten einer anderen, sei es in einzelnen Wahlkreisen, einigen Ländern oder bei einer kompletten Wahl.
- Wahlempfehlungen einer Partei für eine andere.[103] Dies wird in einigen Wahlkreisen bei Direktkandidaten größerer Parteien praktiziert, die in der Regel dann ihrerseits für die so genannte Zweitstimme die Wahl der kleineren Partei empfehlen. Welche politischen Folgen freilich solch eine Absprache haben kann, ist an dieser Stelle nicht zu erörtern.[104]

Erlaubt sind diese Kooperationsformen deshalb, weil beide Parteien weiterhin *selbstständig* die Fünf-Prozent-Hürde überwinden bzw. ihre Kandidaten sich gegen andere durchsetzen müssen.

Das Wahlrecht hat kleinen Parteien damit erhebliche Hürden aufgestellt, um den Sprung in den Bundestag zu schaffen. Dies beginnt bei Sammlung von Unterstützerunterschriften, die bei einer vorgezogenen Wahl es vielen Gruppierungen wegen der verkürzten Frist unmöglich macht zu kandidieren. Daneben müssen sie eine große Zahl an Wählerstimmen auf sich vereinen – bundesweit 2,3 Millionen oder aber die relative Mehrheit in einem Wahlkreis für den Direktkandidaten. Allein scheint dies für eine Kleinpartei kaum zu leisten, sie benötigt mindestens einen Partner. Neben Listenverbindungen, die verboten sind, bieten sich kooperierenden Parteien – hier der Wahlalternative und der PDS – verschiedene Optionen, die allerdings einige wahlrechtliche und politische Probleme bergen.

---

[102] Paragraf 6 Abs. 1 S. 2 BWahlG.
[103] Schreiber 2002, Paragraf 1 BWahlG Rd. 5.
[104] Bei der Landtagswahl in Thüringen hatte der FDP-Landesvorsitzende drei Tage vor dem Wahltermin eine Wahlempfehlung zugunsten der CDU ausgesprochen. Die Liberalen leiteten daraufhin ein Parteiausschlussverfahren ein.

2 Mögliche Modelle

2.1 Fraktionsgemeinschaft

Eine bereits praktizierte Form der Kooperation ist die einer Fraktionsgemeinschaft im Bundestag. Zwei Parteien vereinbaren, nicht gegeneinander zu kandidieren und teilen die Bundesländer unter sich auf. CDU und CSU praktizieren dieses Modell seit 1949 bis heute, abgesehen von zwischenzeitlichen Überlegungen 1976, die Kooperation aufzulösen. Für die Partner bedeutet dies einen Gegner weniger und Konzentration auf ihre regionalen Schwerpunkte.

Bedingung für dieses Modell ist allerdings, dass die Partner selbstständig die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Das gilt auch für die CSU. Sollte sie weniger als bundesweit fünf Prozent der Wählerstimmen erhalten, kann sie trotz der Fraktionsgemeinschaft nicht in den Bundestag einziehen. Allerdings ist das wenig wahrscheinlich für die in Bayern mit absoluter Mehrheit regierende Partei. Seit 1949 hat sie immer deutlich über sieben Prozent aller gültigen Stimmen im Bundesgebiet erzielt.

Das bedeutet andererseits, dass sich die Modell nur für Parteien anbietet, die regional genügend Stimmen haben, um den Ausfall bei Nichtantritt in einigen Bundesländern zu kompensieren. Der Partner müsste in eben jenen Regionen seinen Wählerschwerpunkt haben.

Dies war für die WASG nicht abzusehen. Gäbe es für sie eine Aussicht, allein über Fünf-Prozent zu gewinnen, würde sie nicht auf die Kandidatur in zum Beispiel den ostdeutschen Bundesländern verzichten müssen. PDS ihrerseits würde mit diesem Modell ihren Anspruch endgültig aufgeben, eine gesamtdeutsche Partei zu werden, ohne ihre Aussichten auf Einzug in den Bundestag deutlich zu verbessern. Und nicht zuletzt wäre ungeklärt für die beiden Parteien, wer wo verzichten soll.

2.2 Fusion durch Beitritt

Rein rechtlich unproblematisch wäre eine Variante, bei der eine Partei der anderen beitritt. Die WASG würde ihre Auflösung beschließen – per Parteitag und anschließender Urabstimmung[105] – und ihren Mitgliedern nahe legen, in die PDS einzutreten. Juristisch hat dies insofern keine Konsequenzen, als die PDS bestehen bleibt und nur in relativ kurzer Zeit einen hohen Mitgliederzuwachs in den alten

[105] Art. 21 Abs. 2 WASG-Satzung.

Bundesländern hat. Nach wenigen Wochen könnten die Neumitglieder von den Gliederungen ihrer neuen Partei als Delegierte gewählt und zum Parteitag entsandt werden. Die PDS könnte so zudem ihren Anspruch als bundesweite linke Partei wahren.

Auch finanziell hätte diese Form der Verschmelzung keine weiteren Folgen. Die PDS bleibt bestehen, insofern auch ihr Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung und an staatlicher Aufstockung ihrer eingesammelten Spenden. Über das – praktisch nicht vorhandene Vermögen – der WASG beschließt deren Parteitag.

Politisch hieße dies allerdings für die Wahlalternative, bereits wenige Monate nach ihrer Gründung ihre politische Existenz aufzugeben. Ihr Gründungsmythos, als Alternative zu den bestehenden Parteien (auch der PDS) notwendig zu sein,, wäre hinfällig. Weder den Mitgliedern, von denen nicht wenige von der PDS kamen, aber auch Wählern wäre diese Aufgabe schwer vermittelbar.

2.3 Fusion durch Neugründung

Alternativ könnten beide Parteien beschließen, sich aufzulösen und in einer neuen aufzugehen. Über die Gründung einer neuen Partei bzw. eine Fusion müssten zunächst die Bundesparteitage laut Paragraf 9 Abs. 3 Parteiengesetz zustimmen. Danach müsste eine Urabstimmung[106] erfolgen. Die Mitglieder der alten Parteien würden bei Bestätigung automatisch zu Mitgliedern der neuen. Danach hätte ein Gründungsparteitag der neuen Partei mehrere Dokumente neu zu beschließen, darunter die neue Satzung und das Programm sowie einen neuen Vorstand.

Die neue Partei tritt die Rechtsnachfolge der alten an, ist jedoch ein neues Rechtssubjekt. Dies hat erhebliche Konsequenzen für die Finanzen der Partei. Denn sie wäre nicht mehr aufgrund eines eigenen Wahlvorschlags im Bundestag oder in einem Landtag vertreten.[107] Sie wäre damit weder automatisch zu den Wahlen zugelassen noch hätte sie Anspruch auf die staatliche Parteienfinanzierung.[108]

Auf die finanzielle Lage hätte dieses Modell tiefgreifende Auswirkungen. Wenig problematisch ist noch der Transfer der Vermögenswerte von den alten auf die neue Partei. Dies ist in den Satzungen geregelt. Problemlos übertragen werden kann auch das Neue Deutschland, Verlag und Druckerei gehören zu 100 Prozent der

[106] Statut der Linkspartei, Art. 11 Abs. 2 und Art. 14 Abs 1; WASG-Satzung Art. 21 Abs. 2.
[107] Paragraf 18 Abs 2 BWahlG.
[108] Paragraf 18 Abs 6 PartG.

PDS. Problematischer dürfte dies jedoch für die staatliche Parteienfinanzierung aussehen. Die Neugründung hätte keinen Anspruch mehr auf Wahlkampfkostenerstattung und Aufstockung gesammelter Spendengelder.[109] Bei der PDS entspräche dies 8,7 Mio Euro, also knapp 40 Prozent der jährlichen Einnahmen.[110]

Die neue Partei müsste, wie jede andere neue Gruppierung auch, vor dem Wahlakt Unterschriften sammeln, damit ihre Wahlkreis- und Listenvorschläge zugelassen werden. Bei der Bundestagswahl etwa wären das rund 32.000. Insbesondere in den westdeutschen Bundesländern, wo weder WASG noch PDS hohe Mitgliederzahlen haben, wäre die Sammlung sehr aufwändig und könnten nicht genügend Unterschriften in der geforderten Zeit zusammenkommen. Entsprechend drohte dem neuen Bündnis eine erhebliche Schwächung, um die Fünf-Prozent-Hürde überwinden zu können.

Neben diesen finanziellen und strukturellen Problemen wäre eine Fusion extrem zeitaufwändig. Die Wahl der Delegierten, die Organisation der Parteitage und die Urabstimmung zöge sich über mehrere Wochen oder Monate. Außerdem ist ihre Durchführung sehr kostenintensiv. Für die PDS hieße eine Fusion außerdem, zu Gunsten eines deutlich schwächeren und kleineren Partners die eigene Parteiidentität zu opfern. Die Wahlalternative hingegen würde von einer Fusion profitieren, da sie als gleichberechtigter Partner wahrgenommen wird und nach der Fusion über ein Vielfaches an finanziellen und personellen Ressourcen verfügen würde – falls die Basis überhaupt zustimmt.

2.4 Gründung einer Wahlpartei

Denkbar ist, dass WASG und PDS eine dritte Partei gründen, die nur zur Wahl antritt. Mitglieder würden Delegierte der beiden Partner sein, die diese Wahlpartei auch finanziell unterstützen.

Die Gründung einer Wahlpartei kolidiert jedoch mit dem Parteibegriff im Paragrafen 2 Abs. 1 Parteiengesetz, wonach Parteien Vereinigungen von Bürgern sind, und nicht anderer Vereinigungen. [111] Sie brauchen eine eigenständige Satzung, ein eigenes Programm und Parteiorgane wie etwa Vorstand und Delegiertenversammlung. Weiterhin muss die Neugründung auf Dauer und Langfristigkeit ausgerichtet

[109] Paragraf 18 Abs. 4 PartG.
[110] PDS-Rechenschaftsbericht 2003. <http://sozialisten.de/partei/daten/finanzen/bericht2003/rechenschaftsbericht2003.pdf> am 18. Dez 2005.
[111] Seifert 1976 S. 160f.

sein.[112] Ist andererseits absehbar, dass ein Bündnis möglicherweise nur für eine Wahl zu Stande kam und danach die Parteien wieder ihre eigenen Wege gehen, könnte die Neugründung nicht als Partei im Sinne des Paragrafen 2 Abs. 1 PartG anerkannt und damit nicht zur Wahl zugelassen werden.[113]

Auch finanziell könnte die Wahlpartei nicht einfach von den PDS und WASG unterstützt werden. Nach Parteienrecht steht es zwar einer Partei frei, eine andere finanziell zu fördern. Dies gilt aber nicht, wenn sie dafür Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung verwenden will, die empfängergebunden sind. Der Staat gibt politischen Gruppierungen Geld für den Erhalt von Wählerstimmen (Wahlkampfkostenerstattung) und um gesammelte Spenden aufzustocken. Diese sind an die Partei gebunden und dürfen nicht für eine zweite verwendet werden.

Weiterhin dürfte auch die neu gegründete Partei nicht einfach Mittel bestehender Parteien empfangen (Paragraf 25 Abs. 2 Nr 7 PartG), wenn von der Partei Gegenleistung erwartet wird. Für den Juristen Morlok, der für die PDS ein Gutachten zu Kooperationsmodellen erstellte, wäre die Kandidatur von Parteimitgliedern und generell die Kooperationswilligkeit solch eine politische Vorteilsnahme.[114]

Die Neugründung müsste gesetzesgemäß, wie jede andere Neugründung auch, Unterstützerunterschriften in allen Ländern sammeln, um dort antreten zu dürfen.

Eine Wahlpartei böte Wahlalternative und Sozialisten einige theoretische Vorteile. So könnten beide Parteien weiter bestehen und so ihr Parteiprofil bewahren. Sie müssten nicht gegenseitig beitreten und würden nicht gegeneinander antreten. Allerdings hätte die Wahlpartei nur eine Chance, wenn PDS und WASG auf eine Kandidatur grundsätzlich verzichten – und damit auf danach mögliche staatliche Parteienfinanzierung, die bei Erfolg an die Wahlpartei flösse. Bis dahin müsste die Neugründung aber erst sich konstituieren, zugelassen werden und in kurzer Zeit von eigenem Geld Wahlkampf betreiben.

2.5 Offene Listen

Zulässig, dass auf Landeslisten einer Partei A Kandidaten einer Partei B antreten, ein so genannter verdeckt gemeinsamer Wahlvorschlag.[115] Dies ist erlaubt, weil

---

[112] Paragraf 2 Abs. 1 Satz 1 PartG, Vgl. Seifert 1976 S. 165.
[113] Schreiber 2002, Paragraf 18 Rdn. 6.
[114] Morlok S. 19f.
[115] Schreiber 2002, Paragraf 18 Rdn. 6.

es nicht die Partei B ist, die diese Vorschläge nominiert, sondern die Partei A.[116] Allerdings hat das Bundesverfassunggericht eine nicht unwesentliche Auflage gemacht: Die Listenaufstellung sei nur dann möglich, wenn die auf einer Liste zusammengefassten Bewerber durch ein gemeinsames Programm verbunden sind (Homogenitätsgebot).[117] Offene Listen sind dann erlaubt, wenn sie in der Satzung vorgesehen sind, wie es bei der PDS der Fall ist.[118]

Dieses Modell hätte durchaus Vorteile: Denn Erstens wäre die antretende Partei PDS gemäß Paragrafen 18 Abs. 2 BWahlG davon befreit, Unterstützerunterschriften zu sammeln, da sie in einem Landtag mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten ist. Zum Zweiten behält sie ihren Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung[119].

Wie viele fremde Kandidaten sind aber zulässig? Weder das Wahlgesetz noch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgericht geben dazu eine klare Antwort. Der Wahlrechtskommentator Schreiber meint, „einzelne Mitglieder“ einer fremden Vereinigung seien zulässig.[120] Sein Kollege Seiffert hält Parteifremde sogar in größerem Umfang für erlaubt.[121] Aber auch bei ihnen wird nicht klar, wo sie die Grenze ziehen. Der Deutsche Bundestag[122] meint deshalb, jeder Fall müsse für sich geprüft werden. Dabei müsse auch untersucht werden, welche „politische Auffassung“[123] der Parteifreme hat, im Vergleich zu der ihn nominierenden Partei.

In offenen Listen müsste die „Dominanz der unter ihrem [...] Namen kandidierenden Partei sichtbar“ werden, wobei sie sich umbenennen könnte. Die geforderte Dominanz schließt ein Reißverschlussprinzip – zum Beispiel jeder dritte Platz für WASG-Vertreter – ebenso aus wie eine bestimmte Quote.[124] Wie hoch diese allerdings maximal sein dürfte, darüber macht auch Gutachter Morlok keine Angaben.

Das Problem der „offenen Listen“ ist zudem: Da es den Parteitagen überlassen sein muss, wen sie als Kandidaten nominiert und auf die Listen setzt, müsste die Wahlalternative damit rechnen, nicht berücksichtigt zu werden. Außerdem muss die

---

[116] BVerfGE 24, 260 [267f.].
[117] BVerfGE 11, 351 [366].
[118] Artikel 12 Abs. 8 PDS-Statut.
[119] Paragraf 18 PartG.
[120] Schreiber 2002 Paragraf 18 Rdn 6.
[121] Seifert 1976, Paragraf 18 Rdn. 6.
[122] BT-Drucksache V/1115.
[123] BT-Drucksache V/1115.
[124] Morlok S. 13f.

Liste unter dem Namen der Partei firmieren, die sie einreicht, ansonsten böte sich ein Hinweis auf eine verbotene Listenverbindung.[125].

Das Modell würde der WASG aber eine erhebliche Chance eröffnen, Abgeordnete in den Bundestag zu entsenden. Im Wahlkampf könnte sie indirekt die Ressourcen der PDS nutzen, da diese offiziell kandidiert. Mitglieder und Wähler könnten jedoch den Eindruck gewinnen die Partei ordne sich unter und werde geschluckt.

Die PDS ihrerseits würde ihre Aussichten im Westen, wo die WASG größere Akzeptanz findet, deutlich verbessern. Da sie mit offenen Listen bereits Erfahungen gesammelt hat, wäre zudem der zeitliche Aufwand für ihre Umsetzung relativ gering.

Unklar ist allerdings, welche wahlrechtliche Konsequenzen das Modell hätte und ob es bei Juristen und den Wahlausschüssen akzeptiert würde.

Jedes der hier genannten Modelle hat Vor- und Nachteile, die die Parteien intern zu gewichten haben. Erschwert wird dies, da die Möglichkeiten und Probleme nicht allen Beteiligten zu jeder Zeit bekannt waren. Erst im Verlauf der Verhandlungen erhielten die Beteiligten zum Beispiel weitergehende wahlrechtliche Auskünfte, etwa durch ein Gutachten oder Gespräche mit den Wahlleitern. Auch konnten die Parteispitzen allenfalls vermuten, wie Parteibasis und Anhänger jeweils auf das gewählte Modell reagieren würden.

3 Vorbilder

Welche Folgen die theoretisch denkbaren Modelle in der Praxis haben könnten, zeigt sich an Kooperationsmodellen anderer Kleinparteien in der Vergangenheit. Am erfolgreichsten war dabei die Fusion des ostdeutschen Bündnis 90 mit den westdeutschen Grünen, die seit 1994 kontinuierlich im Bundestag vertreten sind. Aber auch aus der Vereinbarung der rechtsextremen DVU mit der NPD ließen sich hilfreiche Schlussfolgerungen ziehen.

3.1 Zusammenschluss von Bündnis 90/Grüne

Das bekannteste und bislang erfolgreichste Projekt einer Parteienfusion ist das zwischen Bündnis 90 und den Grünen. Das „Bündnis 90“ war ein Zusammenschluss

[125] Paragraf 27 Abs. 2 BWahlG, Paragraf 4I S. 2 PartG.

mehrerer Bürgerrechtsorganisationen zur letzten Volkskammerwahl am 18. März 1990. Das Listenbündnis – das in der DDR erlaubt war und deshalb für eine Übergangszeit auch in der Bundesrepublik bis 1991 – entstand aus dem Neuen Forum, der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und Demokratie jetzt. Bei der DDR-Wahl erzielte das Bündnis 2,9 % der Stimmen und bildete mit den DDR-Grünen eine Fraktionsgemeinschaft. Bei der Bundestagswahl ein halbes Jahr später erhielt es zwar nur 1,2 Prozent der Stimmen. Da aber nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Fünf-Prozent-Sperrklausel in Ostdeutschland und den alten Bundesländern separat galt, konnte das Bündnis dennoch ins Parlament einziehen. Auf ihren Listen traten auch Mitglieder der Ost-Grünen an. Die West-Grünen, die eine Vereinigung mit ihrem Ost-Pendant erst einen Tag nach der Bundestagswahl vollzogen, schafften den Einzug nicht.

Bündnis 90 und Grüne hatten in den ostdeutschen Landtagswahlen im Oktober 1990 bereits die Erfahrung gemacht, dass sie gegeneinander nur verlieren konnten. In Sachen, Sachsen-Anhalt und Thüringen traten die beiden gemeinsam an und übersprangen die Fünf-Prozent-Hürde. In Mecklenburg kandidierten sie gegeneinander und beide schafften nicht den Einzug in das Länderparlament. Auch in Brandenburg traten Bündnis 90 und Grüne separat an, und nur die Grünen erzielten mehr als fünf Prozent.[126]

Im September 1991 gründete sich das Bündnis 90 als Partei, um bei Wahlen antreten zu dürfen. Von Beginn an war den Mitgliedern klar, dass das Bündnis 90 und Grüne allein keine Überlebenschance hätte und aufeinander als Partner angewiesen waren.[127] Ein Zusammengehen mit dieser Parteien versprach nicht nur, bei zukünftigen Bundestagswahlen eine Chance zu haben: Die Grünen hatten im Westen rund 1,8 Millionen Stimmen erzielt, das Bündnis im Osten knapp 600.000, zusammen also mehr als die notwendige Zahl, um oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde zu landen. Da auch die Grünen in den meisten Bundesländern im Landtag vertreten und in Hessen, Bremen und Niedersachsen gar an der Regierung beteiligt waren, war es u sie aufgrund der staatlichen Parteienfinanzierung finanziell deutlich besser bestellt als für das junge Bündnis 90.

---

[126] Schulze 2004, S. 278.

[127] Schulz, Werner: Bündnis 90 als Studie. Vom Forschungsbericht zum Abklatsch. In: Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne/Müller-Enbergs, Helmut (Hrsg): Bündnis 90. Entstehung, Entwicklung, Perspektiven. Ein Beitrag zur Parteienforschung im vereinigten Deutschland. (Sonderausgabe der Berliner Debatte INITIAL) Berlin 1992, S. 151f.

Dennoch zogen sich die Verhandlungen über zwei Jahre, bis es zu einer Fusion kam. Grund dafür waren die unterschiedliche politische Sozialisation. Die Grünen verstanden sich beispielsweise als mehrheitlich links, während die Ostdeutschen sich quer zum Rechts-Links-Schema sahen und mit grundsätzlich allen politischen Partner bereit waren, zusammen zu arbeiten.[128] Während das Bündnis konsensorientiert war, pflegten die Grünen eine ausgesprochene Streitkultur, mit Flügelkämpfen und Abwahl etablierter Parteiführer. Zudem verstand sich die westdeutsche Partei zehn Jahre nach ihrer Gründung mittlerweile als Teil des bundesdeutschen Parteiensystems und nicht mehr als Anti-Partei. Die Ostdeutschen hingegen sah sich stärker als Vertretung einer Bürgerbewegung, die klassische Parteienstrukturen überschreitet.[129] Diese unterschiedlichen Auffassungen prallten in den Sonderungsgesprächen aufeinander. Erschwert wurden die Verhandlungen zudem, weil bis zum September 1991 das Bündnis noch aus mehreren Organisationen bestand und damit mehrere Gesprächspartner entsandte.

Erst im Mai 1992 beschlossen die Bundesdelegierten der Grünen sowie das Bündnis 90 auf getrennten Veranstaltungen, miteinander offizielle Verhandlungen über eine Fusion zu führen. Grundlage sollte ein Assoziationsvertrag sein, der am 17. Januar 1993 von beiden Partnern beschlossen wurde. In Kraft trat er nach einer Urabstimmung der Parteimitglieder am 14. Mai desselben Jahres mit dem Vereinigungsparteitag.

Rechtlich gesehen handelte es sich bei dem Prozess um einen Beitritt und keine Neugründung. Grund dafür war, dass sich dafür beide Parteien vorher hätten auflösen müssen und die neue keinen Anspruch auf das Vermögen der Vorgänger gehabt hätte.[130] Die Grünen benannten sich in „Bündnis 90/ Die Grünen“ um, während das Bündnis formal seine Auflösung beschloss und die Mitglieder zugleich den Grünen beitraten.

Das Bündnis 90 profitierte in nur geringem Maße von dem Beitritt. Zwar gelang den Bündnisgrünen 1994 der Wiedereinzug in den Bundestag und vier Jahre später sogar die Regierungsbeteiligung, die Ostdeutschen stellen jedoch in der Partei nur noch eine kleine Minderheit. Im sechsköpfigen Bundesvorstand kommt nur Steffi Lemke, die politische Geschäftsführerin, aus Ostdeutschland. Von den 51

---

[128] Grundkonsens der Bügerbewegung Bündnis 90 vom 21. Sept. 1991. In: Bündnis 2000, 1(1991), H. 21, S. 8.
[129] Hoffmann 1998, S. 201.
[130] Ebd., S. 216.

Bundestagsabgeordneten stammen sechs aus den neuen Bundesländern.[131] Dies liegt auch daran, dass die Partei im Osten sich nicht etablieren konnte.

Aus der Vereinigung von Bündnis 90 und Grünen könnten deshalb hauptsächlich zwei Lehren gezogen werden. Zum Einen ist es nicht gelungen, eine Fusion gleichberechtigter Partner durchzuführen. Statt dessen ist der kleinere dem größeren beigetreten – nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen. Vertreter des Bündnis 90 spielen inzwischen nur noch eine untergeordnete Rolle in der Partei. Prominente Vertreter wie Werner Schulz konnten sich bei der Wahl der Landeslisten nicht gegen westdeutsche Kandidaten durchsetzen.[132] Zum Anderen kann die Vereinigung nicht kurzfristig vollzogen werden. Die Verhandlungen können sich, wenn unterschiedlich sozialisierte Teilnehmer aufeinander treffen, über mehrere Jahre hinziehen.

3.2 NPD/DVU-Bündnis

Ein aktueller Versuch, durch gemeinsame Kooperation die jeweiligen Wahlchancen zu verbessern, war der so genannte „Deutschland Pakt“. In ihm vereinbarten 2003 die rechtsextremen Parteien Deutsche Volksunion (DVU) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), nicht gegeneinander bei Wahlen anzutreten. Damit sollte das Wählerpotential, das sich bislang auf NPD, DVU und die Republikaner verteilte, durch Beendigung der Konkurrenz in einer so genannten „Volksfront“ vereint werden. In den Augen der Parteien ließen sich so die Aussichten für die Wahl erhöhen, ohne mit dem Partner inhaltlich oder personell zusammen arbeiten zu müssen. Die Republikaner wollten der Vereinbarung nicht beitreten.

Erstmals umgesetzt wurde der Pakt bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg im September 2004. Und in der Tat schien er zu funktionieren. Während die NPD mit 9,2 Prozent der Stimmen zwölf Abgeordnete in den Dresdner Landtag entsenden konnte, schaffte es die DVU, mit 6,1 Prozent deutlich die fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.

Doch die folgenden Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zeigten, dass der Wahlerfolg regional begrenzt ist. Trotz des Verzichts schafften es

---

[131] Die Thüringerin Kathrin-Göring-Eckart musste den Fraktionsvorsitz räumen, und ist inzwischen Bundestagsvizepräsidentin.

[132] „Beide Parteien sind sich im Prinzip einig“. Interview mit Dagmar Enkelmann. Junge Welt vom 7. Juni 2005, S.2.

weder die DVU in den Kieler noch die NPD in den Düsseldorfer Landtag. Beide verfehlten die Fünf-Prozent-Hürde deutlich.

Für die Bundestagswahl wurde abgesprochen, dass die NPD kandidieren sollte. Als Ausgleich vereinbarte das NPD-Präsidium am 24. Mai 2005, dass DVU-Kandidaten auf offenen Listen der Partei kandidieren sollten. „Etwa ein Drittel der Kandidaten wird von der Deutschen Volksunion kommen," sagte ein Parteisprecher nach der Sitzung.[133] Bei der Europawahl 2009 sollte dann die DVU Listen aufstellen. Tatsächlich wählten die Parteitage jedoch kaum DVU-Vertreter auf die Landeslisten.

Bei der Bundestagswahl 2005 scheiterte das Bündnis mit 1,8 Prozent deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde.

Die rechtsextremen Parteien hatten somit zwei Modelle der Kooperation versucht: Das des Verzichts auf Gegenkandidaturen und jenes der offenen Listen. Beide haben sich für die Bundesebene als nicht praktikabel erwiesen. Weder konnten sie ihre Wahlchancen in Westdeutschland deutlich verbessern, noch konnte sich die Parteispitze bei den Delegierten mit ihrer Quoten-Forderung von einem Drittel bei den Delegierten durchsetzen.

[133] Klaus Beier, im Gespräch mit dem Autor, vgl.: Rechtes Bündnis juristisch umstritten. FTD vom 25. Mai 2005, S. 16.

IV VERHANDLUNGEN NACH DEM 22. MAI 2005 ZWISCHEN DER WASG UND DER PDS

Das folgende Kapitel wird den Weg der Kooperation zwischen Wahlalternative und PDS nachzeichnen. Grob lässt dieser sich in drei Phasen unterteilen: Erstens die Entscheidung, ob überhaupt eine Kooperation stattfinden soll; Zweitens die Klärung der Frage, wie sie realisiert wird; und schließlich muss das gewählte Modell umgesetzt werden. Letzteres umfasst auch die rechtliche Prüfung und Zulassung durch die Wahlausschüsse. Die genannten Phasen sind allerdings nicht trennscharf voneinander zu unterscheiden. Zum Einen spielen sie sich auf unterschiedlichen Ebenen – Parteispitze, Ländervertreter, Delegierte – mit unterschiedlicher Geschwindigkeit ab. Zum Anderen werden die Fragen teilweise miteinander verknüpft: Zum Beispiel, dass die Kooperation nur dann stattfinden könne, wenn das Modell der Wahlpartei gewählt werde.

Im ersten Teil soll analysiert werden, warum es zu der Kooperation kam. Der zweite beschreibt die Kritiker. Der dritte stellte den Entscheidungsprozess da, welches Modell umgesetzt werden soll. In Teil Vier wird erörtert, welche Rolle die Debatte um den neuen Parteinamen hatte. Danach wird beschrieben, wie das gewählte Modell der offenen Listen in den Ländern umgesetzt wurde und welche Probleme sich dabei ergaben. Schließlich ist zu klären, welche juristischen Bedenken die Listen auslösten und warum sie dennoch zugelassen wurde.

1 Grundsatz-Entscheidung über die Kooperation

Die WASG zeigte mit ihrem Ergebnis in Nordrhein-Westfalen von 2,2 Prozent zufrieden – nicht nur, weil es deutlich mehr war als bei der PDS, sondern auch, wie Spitzenkandidat Jürgen Kluthe formulierte, weil es „aus dem Stand heraus“ erreicht wurde, trotz der kurzen Zeit seit Parteigründung und trotz des geringen Wahlkampfbudgets. Dies sei, so Kluthe, ein „positives Signal für die kommenden Bundestagswahlen“.[134] Dennoch war es es ein deutlich schlechteres Ergebnis als erwartet. Auf dem Bundesparteitag Anfang Mai hatten viele Delegierte mit mindestens drei Prozent oder mehr gerechnet. Das deutliche Verfehlen dieses Ziels hieß für die Partei,

[134] WASG freut sich über 2 Prozent. ND 23.5.05., S.2.

auch bei einer Bundestagswahl würde es schwerer als erwartet für sie werden, genügend Stimmen zu werben.

Die Vorziehung der Wahl setzte die WASG unter enormen Druck. Sie war weder personell noch inhaltlich darauf eingestellt. Ihr Zeitplan war auf eine Wahl im Herbst 2006 ausgerichtet. Bis dahin sollten die Haushaltslage der Partei konsolidiert und Strukturen ausgebaut sein: Für den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen hatte sie sich tief verschuldet. Die Verbindlichkeiten wollte die Partei eigentlich bis Mitte 2006 abbauen.[135] Einige Landesverbände sollten sich im September 2005 gründen. Bis zur Erklärung Lafontaines hatten zwar mehrere prominente Sozialdemokraten mit der Wahlalternative geliebäugelt[136] – wie Ottmar Schreiner und Ulrich Maurer – aber es fehlte ihnen an prominenten Spitzenkandidaten. Ein möglicher kurzer, intensiver Lagerwahlkampf hätte die junge, unbekannte Partei zerreiben können.

Auch die PDS war in einer bedrohlichen Lage. Zwar hatte sie seit Anfang des Jahres Planungen für den Wahlkampf 2006 erarbeitet, auf die sie nun zurückgreifen konnte. Allerdings hatte die NRW-Wahl der Partei zwei Dinge gezeigt: Erstens, sie konnte, trotz ihrer Proteste gegen die Arbeitsmarktreformen, nicht von der Schwäche von Rot-Grün profitieren. Sie verlor sogar im Vergleich zu 2000 0,2 Prozentpunkte und kam nur noch auf 0,9 Prozent. Zweitens: Sie musste erleben, dass die kleinere Partei WASG ihr wichtige Stimmen insbesondere im Westen abnehmen konnte – obwohl diese über einen Wahlkampfetat verfügte, der ein Drittel so hoch war wie jener der PDS.[137] Die Partei ist auf die Stimmen im größten Bundesland angewiesen, um die Fünf-Prozent-Hürde überwinden zu können. Rund 1,5 Prozent der Stimmen wären in NRW dafür nötig.[138]

Der Partei fehlte überdies, wie schon 2002, ein zugkräftiger Spitzenkandidat wie Gregor Gysi. Zumindest war unklar, ob er wieder antreten würde. Parteichef Lothar Bisky wirkte zwar nach innen integrierend, seine rhetorischen Fähigkeiten galten jedoch für den Wahlkampf-eher ungeeignet. Die Partei musste befürchten, wie schon 2002, zwischen SPD und Union zerrieben zu werden – zumal die CDU/CSU mit Angela Merkel im Osten deutlich mehr Stimmen holen könnte als mit dem Bayern Edmund Stoiber.

---

[135] Thomas Händel auf dem WASG-Bundesparteitag am 6. Mai 2005 in Dortmund.
[136] Neue Linkspartei in Zeitnot. FR vom 24. Mai 2005, S. 6.
[137] „Auch Lafontaine muß Gesetze zur Kenntnis nehmen." Junge Welt vom 25. Mai 2005, S.2.
[138] Urlaubssperre bei der PDS. Taz vom 24. Mai 2005, S. 6.

Die PDS musste eine Strategie entwickeln, wie sie sich mit der WASG zur Bundestagswahl arrangiert, auch wenn dabei erhebliche organisatorische und kulturelle Probleme auftreten würden. Es ging schließlich um das politische Überleben der Partei auf der Bundesebene.[139]

1.1 Die Rolle von Lafontaine und Gysi

Oskar Lafontaine hatte vor dem 22. Mai immer wieder damit kokettiert, die WASG zu unterstützen. Auf dem Höhepunkt der Hartz-IV-Proteste etwa trat er als Redner bei einer so genannten Montagsdemonstration in Leipzig auf. Organisiert wurde sie vom Aktionsbündnis Soziale Gerechtigkeit (ASG), einem WASG-Vorläufer. Dort hatte er bereits angedeutet, dass er möglicherweise die WASG unterstützen wolle.[140] Lafontaine ist gut bekannt mit Klaus Ernst, beide telefonierten im Schnitt einmal pro Woche.[141]

Mit einem Bild-Interview vollzog das SPD-Mitglied und der ehemalige Bild-Kolumnist dann zwei Tage nach der NRW-Wahl den lange angekündigten Schritt:

> „Sozialdemokraten, Gewerkschafter, PDS und WASG müssen sich zu einer neuen Partei zusammenschließen und das Kontrastprogramm zur Berliner Allparteien-Koalition des Sozialabbaus vertreten [...] Wenn es trotz der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit gelingt, eine linke Sammlungsbewegung ähnlich dem Olivenbaum in Italien zu Stande zu bringen, bin ich dabei."[142]

Noch am Wahlabend hatte Lafontaine erklärt, er müsse die weitere Entwicklung abwarten. Seine Aussagen einen Tag später, die am Dienstag erschienen, könnten deshalb gefallen sein, ohne rechtliche und politische Konsequenzen abzuwägen.[143] Das Problem: Anders als in Italien sind Listenverbindungen wie die des italienischen „L'ulivo"-Bündnisses[144] in Deutschland nicht erlaubt. Aber die Ansage war eindeutig: Nur wenn es PDS und WASG gelänge, sich auf ein – wie auch immer gestaltetes – Bündnis zu einigen, könnten sie einen prominenten Spitzenkandidaten

---

[139] Woop 2005, S. 3.
[140] Leipzig ruft zur Montagsdemontage. Taz vom 20. August 2004, S.6.
[141] Klaus Ernst im Gespräch mit dem Autor, 6. Mai 2005. Vgl. Wahlalternative bereit für Oskar, nicht für PDS. Taz vom 25. Mai 2005, S.3
[142] Ex-SPD-Chef Lafontaine fordert den Kanzler heraus. Bild vom 24. Mai 2005.
[143] Lafontaine will linkes Bündnis zimmern, FR vom 25. Mai 2005, S. 1.
[144] Das italienische Bündnis „L'ulivo" aus aktuell neun Parteien regierte von 1996 bis 2001 und stellte in dieser Zeit die Ministerpräsidenten Romano Prodi, Massimo D'Alema und Giuliano Amato.

Oskar Lafontaine bekommen. Das SPD-Mitglied hatte gleichzeitig seinen Austritt aus seiner alten Partei angekündigt.

Die Ankündigung des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten hatte zwei Auswirkungen. Zum Ersten generierte sie eine sehr hohe Aufmerksamkeit für die im Vergleich kleineren Parteien WASG und PDS. Auf allen überregionalen Tageszeitungen war die Aussage Lafontaines der Aufmacher auf Seite 1.[145] Zum Anderen setzte sie die angesprochenen möglichen Bündnispartner unter enormen Druck, mit einander zu kooperieren – zum Teil gegen ihren Willen.

Bereits an seinem ersten Tag als Wahlkampfleiter der PDS hatte Bodo Ramelow im Dezember 2004 einem Bündnis mit der WASG eine klare Absage erteilt.[146] Diese Haltung behielt er bis zum 23. Mai 2005. Am Tag nach der NRW-Wahl schloss er ein Bündnis mit der WASG kategorisch aus.[147] Die PDS sei nicht auf die wenigen Stimmen der neuen Partei angewiesen. Später wird Ramelow sagen, er habe mit dem Moment der Ankündigung von Neuwahlen am Wahlabend des 22. Mai gewusst, dass die PDS ein Bündnis mit der WASG schmieden müsse. Der PDS-Landesvorsitzende Stefan Liebich lehnte eine Kooperation irgend einer Art ebenfalls ab.[148]

Auch WASG-Vorstand Klaus Ernst hatte immer wieder ein Bündnis mit der PDS abgelehnt. Seine Wahlalternative wäre dann „politisch tot".[149]

Über die Motivation Lafontaines zu seiner Ankündigung ist viel spekuliert worden. Manche Kommentatoren vermuteten, er habe nicht bedacht, dass beide linke Parteien möglicherweise wahlrechtliche und ideologische Probleme miteinander bekommen könnten.[150] Andere vermuteten, er war sich bewusst, dass er weder nur ausschließlich für die PDS antreten kann, da dies ihn im Westen zusätzlich diskreditieren würde, noch allein mit der WASG angesichts ihrer geringen Chancen, bei einer vorgezogenen Neuwahl die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Er würde deswegen ein neues linkes Projekt benötigen, eben ein Bündnis aus beiden Parteien.[151] Auch darüber, warum er überhaupt wieder antreten wollte, gibt es unterschiedliche Ansichten: Es könnten inhaltliche Gründe sein, den Abbau des Sozialstaats zu

[145] Einen Tag nach dem Bild-Interview, am 25.Mai 2005.
[146] PDS künftig ohne bunte Truppe. Tagesspiegel vom 14. Dez. 2004.
[147] WASG freut sich über 2 Prozent. ND vom 23. Mai 2005, S. 2.
[148] Streit ums Wahlbündnis. Die Linken können sich nicht leiden. Berliner Zeitung, 26. Mai 2005, S.20.
[149] Wahlalternative bereit für Oskar, nicht für PDS. Taz vom 25. Mai 2005, S.3.
[150] Meng, Richard: An der Zeit. Kommentar. FR 25.05.05, S. 3.
[151] Schwennike, Christoph: Die Rache des Rivalen. SZ 25. Mai 2005., S.4.

verhindern[152] (wie er es selbst in Bild und späteren Interviews begründete)[153], aus Rache, um Schröders SPD aus der Regierung zu treiben[154] – vielleicht auch beides.

In jedem Fall hat seine Ankündigung, für ein linkes Bündnis zu kandidieren, dessen Enstehen mindestens beschleunigt, wenn nicht sogar erst möglich gemacht. Dafür spricht, dass das Linksbündnis trotz verschiedener Gespräche und Vorschläge bis zum 24. Mai nicht einmal ansatzweise zu Stande gekommen war. Nach dem Interview diskutierten dagegen zumindest die Spitzen der Partei nicht länger über das Ob, sondern nur noch über das Wie. Zudem nahmen beide Parteivorstände unmittelbar nach Lafontaines Aussagen miteinander Kontakt auf und vereinbarten ein erstes Treffen.[155] Auch der PDS-Vordenker Andre Brie[156] schrieb später, erst unter dem Druck der Erklärung Oskar Lafontaines sei die PDS überhaupt bereit gewesen, mit der WASG zu kooperieren.[157]

Für Gregor Gysi dürfte die Ankündigung ein zusätzlicher Grund gewesen sein, wieder für die PDS anzutreten, als ostdeutsches Gegengewicht zu Lafontaine. Zwei Punkte hatten bislang dagegen gesprochen. Gysi war politisch angeschlagen, da er am 31. Juli 2002 im Zuge der so genannten Bonusmeilen-Affäre zurückgetreten war.[158] Dies galt vielen damals als vorgeschobener Grund. Der Wirtschaftssenator habe sich vielmehr aus der Regierungsverantwortung zurückgezogen, die Affäre sei deshalb allenfalls der Anlass, aber nicht der Grund des Rücktritts.[159] Der prominenteste PDS-Vertreter trat nur noch sporadisch im Wahlkampf auf. Die Partei verfehlte das dritte Direktmandat, das bisher immer Gysi gewonnen hatte, erhielt nur

[152] Hebel, Stephan: Mehr Mut zur Richtung. FR vom 25. Mai 2005., S. 3.
[153] Vgl. „Wir können uns selbst noch ein Bein stellen". Interview mit Oskar Lafontaine. ND vom 29. Juni 2005, S. 3.
[154] SZ vom 25. Mai 2005., S.4 (Fußn. 151).
[155] Bodo Ramelow am 24. Nov 2005 und Klaus Ernst am 10. Dez 2005 im Gespräch mit dem Autor.
[156] Brie war von 1990 bis 1999 und 2004 Wahlkampfleiter der PDS, zeitweilig ihr stellvertretender Bundesvorsitzender und bis 1997 Vorsitzender der PDS-Grundsatzkommission. Seit 1999 sitzt er für die PDS im Europaparlament.
[157] Brie, Andre: Thesen zur Perspektive der Linkspartei – offene Fragen, Probleme, Herausforderungen. In: Brie, Michael (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen (Reihe: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 23). Berlin 2005, S. 59-65 (zit. Brie 2005a), S. 60f.
[158] Vgl. Vom Instinkt verlassen. Gregor Gysi zu seinem Rücktritt. FR vom 1. Aug 2002, S. 4. In der Affäre wurde mehreren Politikern vorgeworfen, durch Dienstreisen erworbene Bonusmeilen privat genutzt zu haben. Cem Özdemir und Rezzo Schlauch von den Grünen sowie Gysi legten in der Folge ihre Ämter nieder.
[159] Gysi tritt wegen Flugaffäre zurück. SZ vom 1.Aug 2002, S. 1. Vgl.: PDS-Star Gregor Gysi tritt wegen Verwicklung in Freiflug-Affäre von seinen Ämtern zurück – Partei unter Schock. Deutsche Welle, Politik und Wirtschaft. 1.Aug. 2002, S. 1.

vier Prozent der Wählerstimmen bei der Bundestagswahl und saß danach erstmals seit 1990 nicht mehr im Bundestag.[160]

Zum anderen war Gysi gesundheitlich angeschlagen. Er hatte 2004 bei einer Hirnoperation einen Herzschlag erlitten und wollte eigentlich erst Ende 2005 entscheiden, ob er wieder fit genug sei für die Politik. Am Tag nach der NRW-Wahl erklärte er deshalb via E-Mail: „Es gibt einiges zu klären und zu entscheiden.“ [161]

Parteichef Lothar Bisky hatte ihn am gleichen Tag aufgefordert, als Direktkandidat in Berlin anzutreten, neben den Bundestagsabgeordneten Petra Pau und Gesine Lötzsch.[162] Die PDS würde es nicht noch einmal verkraften, eine Legislaturperiode nicht im Bundestag zu sitzen: Ansonsten, so Bisky, „sind wir nur noch eine ostdeutsche Regionalpartei“[163]. Mit Gysi als Kandidat in Treptow-Köpenick – dort war Ernst Welters von der PDS 2002 nur knapp dem SPD-Kandidaten Siegfried Scheffler unterlegen – wäre der Gewinn eines dritten Direktmandates nahezu gesichert. Dann müsste die Partei nicht einmal die Fünf-Prozent-Hürde überwinden, sie würde, wie schon 1994, als Gruppe ins bundesdeutsche Parlament einziehen.[164]

Am 3. Juni erklärte Gysi schließlich seine Bereitschaft, als PDS-Spitzenkandidat und als Wahlkreisbewerber in Treptow-Köpenick anzutreten. Neben langen Gesprächen mit Freunden und Familie seien zwei Gründe ausschlaggebend gewesen: Das Drängen seines „Freundes Bisky“ und die Führungskrise seit seinem Rückzug und der Wahlniederlage 2002.[165] Jens König sieht in Gysi einen Politiker, dem es immer um das Große und gegen die Großen“ ging – ideal für Umbrüche wie die Erneuerung der SED, die Bildung einer rot-roten Koalition in Berlin. Dann laufe er zu großer rhetorischer Form auf.[166] Eine neue deutschlandweite Linkspartei dürfte ein verlockendes Großprojekt sein.[167]

Gysi, schreibt König, sei jedoch ungeeignet für die Alltagsarbeit, für das Verfassen von Anträgen, Verordnungen oder Beschlüssen. Bei den Koordinierungs-

---

[160] Bis auf die direkt gewählten Petra Pau und Gesine Lötzsch.
[161] u.a. Urlaubssperre bei der PDS. Taz 24. Mai 2005, S. 6.
[162] Ebd.
[163] Ebd.
[164] Vgl. BVerfGE 95, 408.
[165] Gregor Gysi kehrt in die Politik zurück. SZ vom 4. Juni 2005, S. 5.
[166] König, Jens: Gregor Gysi. Berlin 2005.
[167] Vgl. „Die Grünen sind eine elitäre Partei“. Interview mit Gregor Gysi. Taz vom 8. Juni 2005, S. 4.

gesprächen mit der WASG sollte er nach dem Willen Biskys nicht dabei sein: „Wir müssen die möglichen Spitzenkandidaten nicht verschleißen.“[168]

Zusammen sollten Gysi und Lafontaine nach innen und außen für das neue Linksprojekt stehen – als Vertreter scheinbar gleichberechtigter Partner. Gysi stand für den Osten und zugleich für eine PDS, die nach drei Jahren Abwesenheit und interner Krisen auf die bundespolitische Bühne zurückkehren will. Lafontaine vertrat die neue Partei im Westen, ein Bündnis enttäuschter ehemaliger Sozialdemokraten, die sich aus Protest gegen Hartz IV von ihrer alten Partei abgewendet hat und nun gegen sie lautstark in Opposition geht. Sie standen für etwas Neues mit alten Wurzeln.

Jetzt musste es den Parteien jedoch erst gelingen, das Linksbündnis tatsächlich umzusetzen.

1.2 Konsens in den Spitzengremien

Mit der Bereitschaftserklärung Oskar Lafontaines hatte sich zumindest für das Führungspersonal beider Parteien die Frage erledigt, *ob* WASG und PDS ein Bündnis eingehen sollten. Sowohl Klaus Ernst[169] und Axel Troost[170], beide Vorstände der Wahlalternative, als auch Wahlkampfchef Bodo Ramelow[171], Lothar Bisky[172] und andere PDS-Spitzenvertreter waren nun grundsätzlich bereit dazu. Das monatelange Ringen war damit beendet.

Jetzt stellte sich jedoch die Frage, *wie* das Bündnis zu Stande kommen soll.

Am 30. Mai trafen sich Vertreter beider Parteien in Berlin, um rund drei Stunden mögliche Varianten zu diskutieren. Für die PDS kamen Parteichef Lothar Bisky, seine Stellvertreterin Katja Kipping, Wahlkampfleiter Bodo Ramelow, der Bundesschatzmeister Uwe Hobler und Rolf Kutzmutz als Bundesgeschäftsführer. Für die WASG nahmen der komplette Bundesvorstand teil: Klaus Ernst, Thomas Händel, Sabine Lösing und Axel Troost.[173] Diese Personenkonstellation sollte in den folgenden Wochen als Verhandlungsgruppe zusammentreffen. Recht bald bildete

---

[168] „Wir müssen schnell den Berg hochklettern“. Interview mit PDS-Chef Lothar Bisky. ND vom 1. Juni 2005, S. 4.
[169] Wahlalternative bereit für Oskar, nicht für PDS. Taz vom 25. Mai 2005, S. 3.
[170] Der Soundtrack zur Debatte. ND 26. Mai 2005, S. 3.
[171] „Auch Lafontaine muss Gesetze zur Kenntnis nehmen.“ Junge Welt 25.5.05. S. 2.
[172] Lafontaine tritt gegen die SPD an. SZ 25.5.05, S. 1.
[173] Bodo Ramelow im Gesprach mit dem Autor am 24.11.05

sich dabei eine – nicht immer trennscharfe – Rollenverteilung heraus.[174] Lothar Bisky und Klaus Ernst appellierten an das gemeinsame große Linksprojekt. Bodo Ramelow und Thomas Händel waren für rechtliche und finanzielle Fragen zuständig. Troost, Lösing und Kipping standen für den Kontakt zur Basis und zu nahe stehenden Vereinigungen, wie zum Beispiel Attac und den Gewerkschaften.

Auf den ersten Blick waren also beide potentiellen Partner relativ gleichstark vertreten. Allerdings hatte die PDS einen entscheidenden Vorteil: Sie verfügte über einen großen Stab an Fachleuten in der und über die Parteizentrale. So konnten sich Ramelow und Bisky zum Beispiel allein in Fragen des Wahlrechts auf Zuarbeiten der Rechtsanwältinnen Ruth Kampa und Halina Wawzyniak stützen, die vor den Sitzungen jeweils mehrseitige Memoranden zu den besprochenen Varianten verfassten. Uwe Hobler lieferte als Bundesschatzmeister Bewertungen, welche Konsequenzen sich jeweils für das Vermögen und die Einnahmen ergeben könnten.

Die WASG verfügte hingegen nur über ein kleines Büro im Fürther Gewerkschaftshaus, mit einer Sekretärin. Für fachlichen Rat musste die Führung sich innerhalb der Partei erst Experten suchen, so den Frankfurter WASG-Mitgründer Peter Vetter, Wolfgang Koppik sowie Detlef Hensche als Rechtsberater – und sich ansonsten im Wesentlichen auf die Erarbeitungen der PDS verlassen.

Zunächst wurden drei Modelle diskutiert[175]:

1. sofortige Verschmelzung zu einer neuen Partei
2. Gründung einer Wahlpartei, in die beide Partner je 10 Delegierte entsenden
3. Offene Listen der PDS

Rechtlich durchgerechnet seien diese Vorschläge noch nicht gewesen, sagt Bodo Ramelow. Das sollten Juristen bis zum nächsten Treffen erledigen. Allerdings zeichneten sich bald Präferenzen zwischen den Parteien ab. Eine schnelle Verschmelzung erschien beiden nicht praktikabel, weder zeitlich noch vertretbar gegenüber den eigenen Mitgliedern. Die PDS-Führung schlug deshalb von Beginn an vor, das Modell der offenen Listen zu wählen. Ein Grund dafür war, dass die Partei damit bereits Erfahrung hatte. Sie hatte offene Listen auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene praktiziert. So zog der ehemalige DDR-Radrennstar

---

[174] Ebd. Übereinstimmend Klaus Ernst und Katja Kipping im Gespräch mit dem Autor am 10.12.05.

[175] Übereinstimmend: Klaus Ernst und Bodo Ramelow im Gespräch mit dem Autor.

Gustav-Adolf „Täve“ Schur 1998 für die PDS in den Bundestag ein. Vier Jahre zuvor gewann die Partei den Schriftsteller Stefan Heym für eine Kandidatur auf der Berliner Landesliste. Er gewann sogar das Direktmandat in Berlin-Mitte und durfte als Alterspräsident die Eröffnungsrede des 13. Bundestags halten. Ins Europaparlament zog der parteilose Attac-Vertreter und Militärkritiker Tobias Pflüger für die PDS ein, ebenfalls über eine offene Liste. Auch auf Landes- und Kommunalebene machte die Partei Gebrauch von dem Modell, um Prominente, der PDS nahe stehende Personen zu erreichen. Es hatte aber auch den Zweck, Vertreter von Verbänden und Organisationen und anderen Parteien für sich zu gewinnen und so eine breitere gesellschaftliche Basis aufzubauen. In Tübingen, Darmstadt, Stuttgart und Duisburg sitzen Parteilose, DKPler und anderer Vereinigungen für die PDS im Stadtrat. In Moers ist die Mehrheit der PDS-Stadtratsmitglieder parteilos. In Sachsen zogen Heiko Hilger und Werner Bramke, in Thüringen Roland Hahnemann und in Brandenburg Torsten Krause über offene Listen in die Landtage.

Die WASG lehnte jedoch dieses Modell ab. Es käme, so Klaus Ernst, einer Unterordnung unter die PDS gleich.[176] Er schlug deshalb eine andere Variante vor: Die Gründung einer Wahlpartei.[177] Mitglieder der neuen Partei sollten paritätisch von den Partnern besetzt werden, hauptsächlich mit Vorstandsmitgliedern der beiden Gründungsorganisationen. „Das wäre innerhalb weniger Tage machbar“, glaubte Ernst.[178] Ob dies wahlrechtliche Probleme bereiten könnte, wusste er zum Zeitpunkt des ersten Treffens noch nicht.[179] WASG-Rechtsberater Detlef Hensche hielt nach dem Treffen eine Wahlpartei für wahlrechtlich möglich, aber auch für politisch notwendig: Eine Kandidatur auf PDS-Listen gleiche einer Vereinnahmung und sende kein Signal eines neuen Projektes. Die WASG sei jedoch gerade deshalb entstanden, weil es die PDS nicht vermocht habe, die Kritik an Rot-Grün zu bündeln und zu artikulieren. Für die Neugründung die geforderten Unterschriften in allen Ländern zu sammeln, sollte als „Chance begriffen werden, um für gesellschaftliche Breite zu werben“.[180]

Den Vorschlag der WASG, eine dritte Partei zu gründen, lehnte jedoch die PDS grundsätzlich ab. Bodo Ramelow verwies in einem folgenden Treffen der

---

[176] Wahlalternative bereit für Oskar, nicht für PDS. Taz., S. 3.
[177] Ebd.
[178] Ringen um Linksbündnis, SZ 31.5.05, S. 5.
[179] Klaus Ernst im Gespräch mit dem Autor, 10.12.05.
[180] Hensche, Detlef: Die Zeit ist reif für eine neue linke Partei. Standpunkte. FR vom 4.6.05, S. 8.

Verhandlungsgruppe am 8. Juni auf die wahlrechtlichen Probleme: Vor allem seien die notwendigen Merkmale „Vereinigung mit eigener Willensbildung und Dauerhaftigkeit problematisch".[181] Deswegen bestehe das Risiko, dass der Bundeswahlausschuss[182] die Partei nicht anerkennt und für die Bundestagswahl zulässt. Uwe Hobler befürchtete zudem finanzielle Auswirkungen, falls die Neugründung gewänne: Unter anderem, sagte der Schatzmeister, könnten der Rosa-Luxemburg-Stiftung die staatlichen Zuwendungen entzogen werden.

Auf einer Klausurtagung des WASG-Landesvorstandes im fränkischen Gunzenhausen entschied sich deshalb der Bundesvorstand gegen die Gründung einer Wahlpartei.[183] Erst nach der Bundestagswahl sollten Gespräche über eine neue linke Partei geführt werden. Damit war die Parteispitze von ihrer Forderung nach einer Wahlpartei abgerückt und willigte damit indirekt ein, auf offenen Listen anzutreten. Sie bestätigte der Bundeswahlleiter Johann Hahlen wenige Tage später bei einem Gespräch in Wiesbaden. Mit seinen ersten Ausführungen war die Option einer Wahlpartei, die die WASG gefordert hatte, endgültig erledigt.[184] Sie brächte wahlrechtlich zu viele Probleme. Insbesondere die Anerkennung als Partei sei gefährdet, wenn die Mitglieder nur von Parteien entsandt werden und somit Beauftragte sind. Bei der Verhandlungsrunde am Donnerstag Abend einigten sich WASG- und PDS-Vorstände.

Am folgenden Tag, dem 10. Juni, unterzeichneten die Bundesvorstände Klaus Ernst und Lothar Bisky im Namen ihrer Parteien ein Kooperationsabkommen.[185] Darin ist vorgesehen:

1. Beginn der Verhandlungen über ein „neues Projekt der Linken in Deutschland".
2. Beide Parteien werden zur Bundestagswahl nicht gegeneinander antreten.
3. WASG-Mitglieder sollen auf offenen Listen der PDS antreten
4. Der PDS-Vorstand werde „eine Namensänderung prüfen".

---

[181] o.A. [Ramelow, Bodo]: Stichpunkte für das Gespräch mit Vertretern der WASG am 8. Juni 2005. Berlin, 3. Juni 2005 (unveröff.), S.6.

[182] Die Listen werden zunächst von den Landeswahlausschüssen geprüft. Gibt es gegen ihre Entscheidung Widerspruch, entscheidet endgültig der Bundeswahlausschuss.

[183] WASG-Sprecher Murat Cakir, zit. In: Tagesspiegel vom 6. Juni 2005, S.1.

[184] Klaus Ernst im Gespräch mit dem Autor am 10. Dez. 2005.

[185] Presseerklärung von Lothar Bisky und Klaus Ernst am 10. Juni 2005. <http://www.sozialisten.de/presse/presseerklaerungen/view_html?zid=27710> am 18. Aug. 2005.

2 Gegner und Kritiker der Kooperation

Während dieser ersten Phase der Verhandlungen zwischen WASG und PDS konstituierten sich mehrere Gruppierungen von Kritikern. Die Bandbreite ihrer Argumente reichte von Bedenken gegen Details des Abkommens, wie etwa die Namensvariante, über das gewählte Modell bis hin zu einer grundsätzlichen Ablehnung der Kooperation. Keine von den Gruppen trat dabei homogen und mit kontituierlich gleichen Argumenten auf. Mehrheitsfähig waren sie allerdings nicht, wie Abstimmungen in verschiedenen Parteigremien zeigen sollten. Einige der Kritiker reagierten darauf mit Akzeptanz, andere verschärften ihre Argumentation.

WASG-Landesvertreter

Erste Kritik artikulierte sich am Bündnis innerhalb der Wahlalternative von Vertretern der Landesvorstände auf einem Treffen am 12. Juni.[186] Anlass war die gemeinsame Erklärung der Bundesvorstände Ernst und Bisky, in dem das Modell der offenen Listen befürwortet wurde. Dieses Konstrukt, so die Kritiker, lasse die WASG unter die PDS unterordnen. „Ein Aufbruch in ein wirklich neues politisches gesamtdeutsches Projekt [ist] nicht zu erkennen“[187] Die WASG habe sich auch deswegen als „neuartige politische Antwort“ gebildet, weil die Kritik am Abbau des Sozialstaates sich nicht über die PDS artikulieren konnte.

Parallel müssten sich deshalb auch die neuen Landesverbände weiter konstituieren und Personalvorschläge für Landeslisten ebenso wie für die Direktkandidatur aufstellen. So sei die Partei gerüstet, um „entgegen den Erwartungen“ doch eigenständig zur Bundestagswahl antreten zu müssen. Über das Bündnis solle ein Parteitag am 3. Juli sowie eine Urabstimmung entscheiden.

Ablehnung kam insbesondere von nördlichen und ostdeutschen Landesverbänden. Der Länderrat der WASG Schleswig-Holstein, höchstes beschlussfassendes Gremium aus den Kreisvorständen zwischen den Parteitagen, sprach sich mehrheitlich gegen ein Bündnis aus.[188] Grund sei die Unterordnung unter die PDS. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hatte drei Tage zuvor angekündigt, gegen die PDS eine Landesliste bei der Bundestagswahl aufzustellen. Der sächsische

[186] Nach den Beratungen der Landesvorstände in Kassel: Ergebnisse werden fortgesetzt. [Ergebnisprotokoll]. Ohne Datum [13.06.2005] (unveröff.).
[187] Ebd.
[188] Beschluss am 22. Juni

Landesvorstand Thomas Rudolf befand, seine Partei müsse bislang zu viele Zugeständnisse machen. Falls die PDS sich nicht stärker auf die WASG zubewege, würden die Sachsen allein antreten.[189]

WASG-Basis: Leverkusener Kreis

Der stärkste Widerstand gegen die Pläne organisierte sich in Nordrhein-Westfalen. Dort trafen sich in Leverkusen Mitglieder und Vertreter mehrerer Orts- und Kreisverbände[190]. Sie einte das Unbehagen, mit der PDS zukünftig kooperieren zu sollen. Sie einigten sich auf die „Leverkusener Erklärung"[191], in der sie ihre Bedenken begründeten.

Zum Einen befürchteten sie, dass die Glaubwürdigkeit der Wahlalternative Schaden nehmen könnte. Die Partei sei ihren Anhängern, die sie im Protest gegen Hartz IV und Agenda 2010 gewonnen habe, verpflichtet. Dazu gehöre auch, so die Autoren, dass sich die WASG als Partei „neuen Typs"[192] versteht, also als Sammelbecken für jene, die mit den etablierten Parteien nicht zufrieden sind. Dem laufe jedoch zuwider, wenn sie sich nun mit einer Partei wie der PDS verbündet, die „für eine schnelle Regierungsbeteiligung oder eine sofortige Vertretung im Parlament wichtige programmatische Positionen" preisgeben.[193] Die fortan als Leverkusener Kreis betitelte Gruppe lehnte vor allem die Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ab, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Dort sei sie „Teil des Problems" einer „neoliberalen Politikausrichtung",

---

[189] Thomas Rudolf im Gespräch mit dem Autor am 30. Mai 2005, vgl. Wahlalternative im Osten zerstritten. FTD vom 31. Mai 2005, S. 14.

[190] Aachen, Aurich-Emden, Bonn/Rhein-Sieg, Düren-Euskirchen, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Gütersloh, Köln, Mettmann, Mönchengladbach, Neuss, Oberbergischer Kreis, Paderborn-Höxter, Rheinisch-Bergischer Kreis, Warendorf.

[191] Leverkusener Erklärung vom 10. Juni 2005. <http://leverkusen.blogg.de/eintrag.php?id=4> am 12. Juni 2005.

[192] Gegenwind 202, Oktober 2004. <http://www.gegenwind-whv.de/a20206.htm> am 10. Mai 2005. Der Begriff wird gern von sozialistischen Gruppierungen verwendet, auch von der SED 1946. Er stammt von Lenin, der darunter eine Kaderorganisation verstand, die in breiten Bevölkerungsschichten das „politische Bewusstsein" für eine Revolution wecken sollte und zudem für *alle* sprechen sollte. Der Begriff grenzte sich vom bürgerlichen Verständnis von Partei als Vertretung von Teilinteressen auf parlamentarischer Ebene ab, in der mehrere Partikularvertreter aufeinander treffen und im Meinungsstreit um Kompromisse ringen. Vgl. Ernst Vollrath: Hannah Arendt. In: Ballestrem, Karl G.: Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts. München 1990, S. 13-32. Malycha, Andreas: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996.

[193] Leverkusener Erklärung.

und nicht deren Lösung, hieß es von jenen, denen die Sozialisten zu realpolitisch sind und eine linke Oppositionsbewegung formieren wollten, die die bestehende Marktwirtschaft überwinden will. Zugleich lehnt ein anderer Teil der Gruppe das Fernziel eines sozialistischen Staates ab: „Wir wollen eine soziale Partei, aber keine sozialistische“, sagte einer der Kreissprecher, Matthias Fiege.[194]

Zum Zweiten wehrten sich die Basisvertreter gegen die ihrer Meinung nach von oben verordnete Fusion. Dies widerspreche dem Gründungsideal der WASG als basisdemokratische Partei. Der Bundesvorstand solle deshalb unverzüglich eine Urabstimmung über die Kooperation ansetzen. Die Fragestellung dürfe dabei nicht „tendenziös, missverständlich oder nicht ergebnisoffen“ formuliert sein. Der Vorwurf heimlicher Absprachen gegen den Willen der Basis erhob der Kreis immer wieder, so bei der späteren Urabstimmung zur Kooperation[195] und der Besetzung der PDS-Landeslisten mit WASG-Mitgliedern.[196] Der Sprecher des Kreises, Markus Schlegel, kandidierte später in Nordrhein-Westfalen gegen Oskar Lafontaine um den Listenplatz für die WASG auf der PDS-Landesliste und verlor danach ebenfalls gegen NRW-Landeschef der WASG, Hüseyin Aydin. Auch mit ihren Anträgen für eine eigenständige Kandidatur scheiterten sie. Die notwendige Zweidrittel-Mehrheit der WASG votierte für die gemeinsame Liste.

Nach dem Scheitern bei den parteiinternen Abstimmungen wählte der Leverkusener Kreis einen anderen Angriffspunkt: Einige Mitglieder riefen das Schiedsgericht ihrer Landespartei an, nachdem der Verband Einzeldarlehen in Höhe von insgesamt 75 000 Euro erhielt. Im Visier haben sie die PDS oder die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hüseyin Aydin halten sie in einem Schreiben vor, in seiner früheren Funktion als WASG-Landessprecher eigenmächtig und rechtswidrig einen auf 63.000 Euro dotierten Werbeagenturvertrag unterschrieben zu haben. Weitere 45.000 würden demnach fällig, wenn die Agentur nicht den Auftrag für die Bundestagswahl erhalte. Aydin wird Täuschung der Partei vorgeworfen.[197] Laut Parteiengesetz müssen Vertragsabschlüsse dieser Größenordnung immer von mehreren Vorstandsmitgliedern unterschrieben werden.

---

[194] Zit. in: "Die werden sich zerlegen". Spiegel vom 20. Juni 2005, S. 37.

[195] Weblog von Markus Schlegel, Sprecher des Leverkusener Kreises. <http://wasg.blogg.de/eintrag.php?id=54> (Stand: 30. Juni 2005)

[196] "Die Listenarithmetik stand fest". Interview mit Markus Schlegel. Taz NRW vom 17. Aug. 2005, S. 2.

[197] Streit bei der WASG spitzt sich zu. Kölner Stadt Anzeiger, 10.8.05. <http://www.ksta.de/html/artikel/1122811438621.shtml> am 20. Sept. 2005)

Am 19. August trafen sich Teile des Leverkusener Kreises in Wuppertal. Dort diskutierten sie ein Abspaltung mit dem neuen Namen „Frieden und Soziale Gerechtigkeit“ (FSG) und einen "Gegenwahlkampf" unter dem Stichwort "Wählertäuschung" Die WASG leitete daraufhin ein Parteiausschlussverfahren ein gegen die Kreis-Sprecher Merav Blumenthal-Atak, Matthias Fiege und Markus Schlegel,[198] das bis zum Jahresende nicht abgeschlossen war.

Berliner Landesverbände der PDS und der WASG

In Berlin sollten zwei Landesverbände der Wahlalternative und der PDS miteinander kooperieren, die personell wie inhaltlich erhebliche Differenzen miteinander hatten. Die dortige Wahlalternative hatte sich seit ihrer Gründung gegen die im Stadtstaat mitregierende PDS profiliert. Nicht wenige ihrer Mitglieder waren aus der PDS zuvor ausgetreten, so der Berliner WASG-Gründer Martin Reeh, Helge Meves, Berliner Vertreter im Bundesvorstand im Vorgängerverein der WASG, oder der Initiator eines Volksbegehrens gegen die rot-rote Regierung, Michael Pütz.

Mitte 2004 beteiligte sich der rund 400 Mitglieder zählende Landesverband an einem Volksbegehren, welches das Berliner Abgeordnetenhaus vorzeitig auflösen sollte. In der Antragsbegründung schrieben die Initiatoren, die Berliner Regierung betreibe einen unnötigen „Sozialabbau“, insbesondere Kürzungen bei Sozialhilfeempfängern, Behinderten, sozialen Projekten sowie der Polizei und Feuerwehr.[199] Bei einer Neuwahl wollte die Berliner WASG dann gegen die PDS kandidieren. Damit stellte sie sich jedoch gegen den Bundesvorstand, der frühestens zur Bundestagswahl 2006 erst eine Kandidatur wagen wollte. Klaus Ernst setzte deshalb zwischenzeitlich einen Landeskoordinator ein, der sich den Unmut der Basis zuzog, indem er mehrere Ausschlussverfahren gegen Kritiker einleiten wollte.[200] Es war also nicht nur ein Konflikt mit der PDS, sondern auch mit der Bundesebene. Allerdings nicht bei allen Berlinern. Nach Ankündigung der Neuwahlen seien etwa 50 Prozent des Landesverbandes für und 50 Prozent gegen eine Kooperation mit der PDS, schätzte Helge Me-

---

[198] Mitglieder-Rundschreiben des WASG-Landesvorstandes NRW. Düsseldorf, 24. Aug. 2005.

[199] Pressemitteilung zum Volksbegehren Soziales Berlin. <http://www.volksbegehren-soziales-berlin.de/files/PE_Antrag_3.12.04.pdf> (Stand: 20. Dez. 2005).

[200] Linkspartei streitet nur noch gegen sich selbst. FR vom 14. Okt.04, S. 4.

ves.[201] Selbst wenn sie eine Kooperation begrüßten, dann jedoch nur, wenn einige Forderungen erfüllt würden. Der geschäftsführende Landesvorsitzende Tom Maier verlangte zum Beispiel, über den „Austritt der Postsozialisten aus der Berliner Landes-Regierung“ zu diskutieren.[202] Der Länderrat der WASG stufte deshalb die Situation in Berlin als schwierigste Hürde auf einem Weg zu einer Kooperation ein.[203]

Die Berliner PDS lehnte ihrerseits von Anbeginn eine Kooperation mit den Koalitionsgegnern ab. Mit den Abtrünnigen und linken Oppositionellen wollte sie nichts zu tun haben. Landesvorsitzender Stefan Liebich nannte sie eine „Gurkentruppe“ und sagte, er sähe keinen Gesprächsbedarf mit der WASG über eine Kooperation zur Bundestagswahl.[204] Diese konterte mit einem Anstecker, auf dem „Gurkentruppe gegen den Spar-Senat – WASG“ gedruckt war. PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf sah außerdem erhebliche programmatische Differenzen: So seien die Forderungen der WASG nach der Abschaffung von Hartz IV oder eines Beschäftigungsprogramms für 100.000 Menschen nicht realistisch.[205]

Trotz allem schien ein Bündnis in Berlin nicht vollkommen ausgeschlossen. Der Grund: Die Chance, wieder in den Bundestag einzuziehen. Differenzen auf Landesebene konnten hierfür hintan gestellt werden, denn eine Regierungsbeteiligung stand im Bundestag nicht zur Debatte.

Kommunistische Plattform in der PDS

Eine weitere Gruppe, die erhebliche Bedenken gegen die Fusion hatte, war innerhalb der PDS die kommunistische Plattform (KPF). Ähnlich wie der Leverkusener Kreis und der Berliner Landesverband innerhalb der WASG lehnte sie eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene von jeher ab. Die Kooperation mit der WASG könnte nun dazu führen, so die Gruppierung, dass der „antikapitalistische Charakter“ der PDS zunehmend aufgegeben wird.[206] Eine Kooperation mit der WASG – gegen die die KPF grundsätzlich nichts habe – dürfe nur geschehen, wenn die PDS ihre Identität bewahre. Das hieß für die KPF: Erhalt des Namens und

---

[201] PDS stellt der Wahlalternative ein Ultimatum. Die Welt vom 14.6.05, S. 4.
[202] Zit. In: Kinder der Wut. Zeit vom 4.8.05, S. 5.
[203] Nach den Beratungen der Landesvorstände in Kassel: Ergebnisse werden fortgesetzt. [Ergebnisprotokoll]. Ohne Datum (13.06.2005], (unveröff)., S. 2.
[204] „Stockendes Buchstabieren“ ND 13.6.05, S.2.
[205] „Eiertanz” statt Hochzeitswalzer. Interview mit Harald Wolf. Taz Berlin, 30.6.05, S. 28.
[206] Brombacher, Ellen: Nomen est Omen. Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS«, Heft 8/2005.

Stärkung des sozialistischen, antikapitalistischen Profils. Die WASG-Kandidaten sollten zwar auf offenen Listen der PDS antreten, eine jedwede programmatische Hinwendung zu der eher sozialdemokratisch geprägten Partei sei aber abzulehnen.[207] Damit würde das Parteiziel der langfristigen Systemüberwindung aufgegeben.[208]
KPF-Sprecherin und PDS-Bundesvorstand Sahra Wagenknecht stimmte deshalb – als einzige im Bundesvorstand – gegen das Kooperationsabkommen mit der WASG vom 11. Juni. Sie fürchtete anscheinend, in der Partnerschaft könnte ihre Plattform inhaltlich und personell an den Rand gedrängt werden.[209]

3 Abstimmung über das Kooperations-Modell

In der ersten Vereinbarung zwischen der WASG und der PDS hatten sich beide Parteien darauf verständigt, spätestens 2007 den Vereinigungsprozess zu vollziehen. Als Vorbild sollte dabei ausdrücklich die Fusion von Bündnis 90 und den Grünen dienen, wenn auch „in umgekehrter Hinsicht".[210] Die weitere Kooperation werde eine paritätisch besetzte Kommission übernehmen, die Änderungsvorschläge für folgendes ausarbeiten sollte: Änderungen im Parteiprogramm, im Statut, Namen sowie Art und Weise der Vereinigung. Zum zweiten würden beide Parteien nicht gegeneinander antreten. Eine Neugründung wurde ebenfalls ausgeschlossen, aus „politischen und juristischen Gründen", wie es in der ersten Vereinbarung heißt. Aber auch finanzielle hatten eine Rolle gespielt. Die PDS fürchtete, durch die Neugründung die staatliche Finanzierung der Partei und die Stiftung zu verlieren.

Deshalb blieb nur, dass die Stärkere der beiden antritt, und das war die PDS. Um dennoch nicht in Gefahr zu geraten, die „Form gleichberechtigter Partnerschaft"[211] aufzugeben, sollte der Name geändert werden.

Am 3. Juli hatte ein Sonderparteitag in Kassel der WASG zu entscheiden, ob die angebotene Kandidatur auf offenen Listen angenommen wird. Spitzenkandidat

---

[207] Positionspapier von Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht, Thomas Hecker, Jürgen Herold, Heinz Marohn und Friedrich Rabe für den "Kleinen Parteitag" der PDS am 28. Mai 2005.
[208] Sorgen in der „Kuschelecke". ND vom 29. Juni 2005, S. 5.
[209] Erklärung von Sahra Wagenknecht zu ihrem Abstimmungsverhalten auf der Parteivorstandssitzung vom 11. Juni 2005. <http://www.sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/kpf/dokumente/view_html?zid=27763&bs=1&n=6> am 20. Juni 2005.
[210] Vereinbarung zwischen der WASG und der PDS, ohne Datum [11. Juni 2005] (unveröff.).
[211] Ebd., S. 2

Lafontaine forderte die Delegierten ausdrücklich dazu auf, dem Kompromiss zuzustimmen: "Die neue Linkspartei hat bereits Erfolg. Würde jetzt gewählt, wären wir drittstärkste Kraft im Bundestag. Nur wir selbst können uns jetzt noch ein Bein stellen."[212] Auch Bundesvorstand Ernst verteidigte die gewählte Variante: Allein sei die WASG weder organisatorisch noch finanziell in der Lage, einen wirkungsvollen Wahlkampf zu führen.[213] Die rund 300 Delegierten stimmten in der Folge mehrheitlich für den Leitantrag des Bundesvorstandes, auf offenen Listen zu kandidieren. Endgültig hatte darüber jedoch eine Urabstimmung zu befinden.

Die zwei Wochen später endende Urabstimmung bestätigte eindeutig den eingeschlagenen Kurs. Knapp 82 Prozent der WASG-Mitglieder stimmten für die offenen Listen, ebenso viele befürworteten eine spätere Fusion. Enthalten in dem Leitantrag des WASG-Vorstands war auch der Auftrag, Gespräche mit der PDS zur Bildung einer „gemeinsamen politischen Organisation“ zu führen. An der Urabstimmung hatten sich rund 70 Prozent der zu dem Zeitpunkt nach eigenen Angaben rund 8000 WASG-Mitglieder beteiligt.[214]

4 Die Namensdebatte – Streit um die Identität

Nicht erst seit der Entscheidung für die offenen Listen standen beide Partner vor dem Problem, sich auf einen gemeinsamen Namen zu einigen. Diese Aufgabe hätten sie auch bei einer Entscheidung für die Modelle lösen müssen. Er sollte in den Augen der Beteiligten drei Charakteristika aufweisen, die sich zum Teil widersprachen:

- eine programmatische Aussage
- einen Neuaufbruch signalisieren
- wahlrechtlich unproblematisch sein
- die bisherigen Namen sollten wiederzufinden sein, insbesondere der der PDS

Die Bezeichnung musste es Anhängern und Mitgliedern der PDS gestatten, sich in dem neuen Namen wiederzufinden. Die Abkürzung PDS war seit 15 Jahren etabliert, ihre Unterstützer wollten diese deshalb im neuen Namen wiederfinden. Dies war auch nötig, um sich nicht dem öffentlichen Vorwurf einer Umbenennung

[212] WASG wie im Rausch. Taz vom 4. Juli 2005, S. 2.
[213] WASG für Bündnis mit PDS. SZ vom 4. Juli 2005, S. 5.
[214] Klares Ja der WASG für ein Bündnis mit der PDS. NZZ vom 16. Juli 2005, S.2.

ohne neuen Inhalt auszusetzen.[215] Die WASG musste sich auch mit dem Namen identifizieren können. An „Wahlalternative“ hing sie nicht so sehr, da diese Bezeichnung erst seit wenigen Monaten existierte.

Für welchen Namen sich die PDS entscheidet – und sie musste ihn ändern, da die WASG auf ihren offenen Listen antreten wollte -, ist ihr dabei grundsätzlich freigestellt, heißt es in einem Gutachten des Juristen Martin Morlok, das dieser im Auftrag des Parteivorstands erstellt hatte.[216] Demnach hat eine Partei die Freiheit, ihren Namen jederzeit frei zu ändern.[217] Einschränkungen gibt es allerdings nach Paragraf 4 Parteiengesetz: Es postuliert ein Unterscheidungsgebot. Der Name soll zum Einen den Wähler nicht verwirren, zum Anderen sollen bestehende Parteien mit ähnlicher Bezeichnung geschützt werden. Der bei der Wahl verwendete Name muss weiterhin in der Satzung vorgesehen sein.[218] Dies hat die Konsequenz, dass die beiden Partner nicht einfach eine neue, dritte Bezeichnung wählen dürfen, unter der sie zur Wahl antreten. Die Parteibasis muss schließlich durch eine Satzungsänderung dem neuen Namen zustimmen.

Natürlich könnten es die Delegierten auch letztlich ablehnen, den Namen zu ändern. Doch dies hätte nicht nur die mögliche Konsequenz, dass daran die Kooperation mit der WASG scheitert. Auch wahlrechtliche Probleme könnte eine Umbennenung vermeiden helfen, schrieb Morlok.[219] Er könnte signalisieren, dass es sich bei den offenen Listen nicht um ein verdecktes Parteienbündnis handelt, sondern um eine Vorstufe zu einer Fusion.

Nach dem Parteiengesetz, Paragraf 4 müssen im Wahlverfahren und in der Wahlwerbung ein einheitlicher, in der Satzung festgeschriebener Name verwendet werden, beziehungsweise dessen Kurzbezeichnung. Bislang hieß die PDS „Partei des demokratischen Sozialismus“, Die dreibuchstabige Abkürzung war ihre Kurzbezeichnung.[220]

---

[215] Bodo Ramelow, zit. in „Signale für Links-Liste mehren sich.“ ND 7. Juni 2005, S.5

[216] Morlok, S.5

[217] Ergibt sich aus der Parteifreiheit aus Art. 21 I GG

[218] Paragraf 4 Abs. 1 S. 2 PartG

[219] „Dies signalisiert dem Bürger eine Öffnung [...], so dass unter dem Gesichtspunkt der Namensehrlichkeit keine durchgreifenden Bedenken mehr bestehen.“ Morlok S. 12.

[220] PDS-Statut Art. 1, Abs. 1, in der Fassung vom 9. April 2000.

4.1 Varianten der Umbennung

Der Vorschlag „Linksbündnis“ war nach Ansicht der Verhandlungsgruppe ebenfalls problematisch, weil es bereits im Namen eine Verbindung zweier Parteien suggeriert und damit wahlrechtlich angreifbar wäre. Auf weitere Optionen deutet, dass sich bereits am 25. Mai die die Werbeagentur der PDS, die DiG Plus GmbH in Berlin, vorsorglich mehrere Namenskombinationen für das Internet gesichert hatte, darunter wahlalternative-pds.de und pds-wahlalternative.de.[221] Sie hätten aber ebenso ein Bündnis signalisiert.

Die drei Buchstaben PDS bildeten einen Knackpunkt bei den Verhandlungen. Denn hier ging es nicht nur um den Namen, sondern auch um eine Identitätsfrage. Die PDS wollte keinesfalls auf ihr Markenzeichen verzichten – warum auch, hatte sie doch 15 Jahre lang damit Erfolg gehabt und es bis in zwei Landesregierungen geschafft. Die Buchstaben standen jedoch auch für ein programmatisches Bekenntnis, eine sozialistische Gesellschaft anzustreben, wie sie es in der Präambel ihres Statuts festschrieb. Auf PDS zu verzichten hätte für viele der ehemaligen SED-Mitglieder, aber auch die Westlinken in der Partei bedeutet, sich von ihrer angestammten Position zu lösen, nur um kurzfristig für das Wahlbündnis die Chancen zu verbessern. Führende Parteivertreter wie Petra Pau und Dagmar Enkelmann bestanden deshalb von Anfang an auf die Beibehaltung des Namens. Die niedersächsische Landesvorsitzende Dorothee Menzner verwies darauf, dass „die PDS nach 15 Jahren ein Markenzeichen ist, speziell im Osten, aber auch im Westen“.[222]

Die Vorschläge der PDS waren für die Wahlalternative nicht akzeptabel. Die Abkürzung PDS sei im Westen nicht vertretbar, sagte WASG-Vorstand Axel Troost. Auch Oskar Lafontaine sprach sich gegen das Kürzel PDS aus, da er nur für ein neues Bündnis antreten werde.[223] Die WASG verstand sich mehrheitlich nicht als sozialistisch, sondern eher als Sozialstaatspartei – nicht zuletzt, weil ein Großteil ihrer Mitglieder enttäuschte langjährige Sozialdemokraten waren. Dies sei der Grund, so Klaus Ernst, dass der Name den westdeutschen Anhängern nicht vermittelbar sei.[224] Nur ohne dieses Kürzel sei seine Partei auch bereit, auf den offenen Listen anzutreten. Alles andere käme einer Übernahme gleich.[225]

---

[221] Eintrag bei der Deutschen Domain-Verwaltungszentrale Denic.
[222] PDS stellt der Wahlalternative ein Ultimatum. Die Welt vom 14.6.05, S. 4.
[223] Zit. In: Tagesspiegel, 6.6.05, S.1.
[224] PDS erwägt Namensänderung. SZ vom 7.5.05, S.1.
[225] Klaus Ernst im Gespräch mit dem Autor, 10.12.05.

Keine Chance hatte darum auch ein Vorschlag von Wolfgang Coppik: „Demokratische Sozialisten“ (DS). Die DS gab es bereits 1982, damals wurde sie aus Protest gegen den Nato-Doppelbeschluss gegründet. An ihrer Spitze standen damals zwei ehemalige Bundestagsabgeordnete und Sozialdemokraten, Wolfgang Coppik und Karl-Heinz Hansen. Sie versuchten, ein Bündnis aus enttäuschten Sozialdemokraten, den Grünen und Teilen der Friedensbewegung zu formen, unterlagen dann aber bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 deutlich. Coppik und Hansen verließen wenige Jahre später die Partei. Die DS löste sich 1991 auf.[226]

4.2 PDS als Namenszusatz

Eine möglicher Ausweg schien zu sein, auf das Kürzel regional zu verzichten. Gregor Gysi fragte am 11. Juni bei dem Juristen Morlok an, ob dies wahlrechtlich unbedenklich sei. Der zweite Teil PDS, so seine Überlegung, könne ja von den Westverbänden weggelassen werden, um das neue Projekt zu symbolisieren, während man im Osten der vertraute Name PDS weiterführt.

Neu ist diese Idee nicht. In Hamburg etwa treten Bündnis 90/Grüne an mit der regionalen Bezeichnung „Grüne Alternative Liste“, und die Freien Demokraten in Baden-Württemberg gemeinsam mit der Demokratischen Volkspartei als FDP/DVP an. Gysis Vorschlag hielt Parteirechtler Morlok jedoch für „problematisch“[227]. Der satzungsgemäße Name müsse im Wahlverfahren und Wahlkampf geführt werden. Denkbar wäre jedoch folgende Konstruktion: Die Bundespartei beschließt einen allgemeinen Namen, die Landesverbände übernehmen diesen dann, ergänzt um regionale Zusätze. Dies sei möglich, so der Gutachter, da ja Landeslisten zur Bundestagswahl antreten. Deshalb sei letztlich der Name der Landesgliederungen entscheidend.[228]

4.3 Demokratische Linke

Als Kompromiss bot Thomas Händel deshalb an: „Demokratische Linke“.[229] Auf den Wahlplakaten sei daneben noch genügen Platz für die Zusätze PDS und Wahlalternative.

---

[226] Arndt, Uwe/Mackenbach, Werner /Pohl, Willi/Scheller, Bertold: Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei. Frankfurt am Main 1990.
[227] Morlok S. 7.
[228] Morlok, S. 8.
[229] Bündnis auf wackligen Beinen. Taz 7.6.05, S.6.

Doch wahlrechtlich war es unmöglich, dass es einen Namenszusatz „WASG“ gebietsweise geben konnte.[230] Der Bundeswahlleiter hatte Vertreter beider Parteien auf diese rechtliche Einschränkung hingewiesen: Der Zusatz darf nur die jeweilige Organisationsstellung bezeichnen, z.B. „Landesverband Brandenburg).[231] Zulässig sei deshalb beispielsweise „Demokratische-PDS Brandenburg“, wobei „Demokratische Linke“ zum Beispiel der Bundesname wäre, „Die Linke“ die Kurzbezeichnung und „PDS Brandenburg“ ein regionaler Zusatz.

.Am einfachsten ließ sich noch lösen, mit welchem Trennzeichen Bundesname und Zusatz voneinander zu trennen wären. Ein Doppelpunkt und Schrägstrich schloss Wahlkampfleiter Ramelow aus, damit der Name internet-fähig sein sollte. Linke-PDS war auch nicht möglich, da eine Internet-Domain mit diesem Namen bereits von einem bayrischen Linken gesichert worden war, der auf der Seite den deutschsprachigen Teil des „Marxists' Internet Archive“ anbietet. Damit war der Name blockiert. Deswegen verfiel man auf den Punkt zwischen beiden Namensteilen.[232]

Einen Tag nach dem ersten Kooperationsabkommen vom 10. Juni beschloss der PDS-Parteivorstand, dem Parteitag am 17. Juli eine Namensänderung vorzuschlagen. Die Partei, die sich zuletzt im Dezember 1989 in SED-PDS und drei Monate darauf in PDS umbenannt hatte, sollte nun den Namen „Demokratische Linke – PDS“ erhalten.[233] Zudem sollten länderspezifische Zusätze im Statut der Partei wieder ermöglicht werden. Dies akzeptierte der anwesende Vorstand mit 17 Ja- und einer Gegenstimme. Dementsprechend stimmten WASG-Bundesvorstand und deren Landesverbände zu, PDS als Namenszusatz gemäß Paragraf 4 Abs. 1 S. 2 PartG in einigen Ländern weglassen zu können.[234]

Es gab allerdings ein Problem. Der Name „Demokratische Linke“ war bereits vergeben an eine politische Gruppierung in Berlin. Sie war dort unter diesem Namen 1998 von ehemaligen Mitgliedern von SPD, Grünen und PDS gegründet worden und verfügte für einige Monate sogar über eine Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus: Die Grüne Ida Schillen war aus Protest gegen den Kosovo-Einsatz aus ihrer Partei aus- und in die DL eingetreten. Bei den folgenden Landes- und Kommunal-

[230] o.A. [Ramelow, Bodo]: Stichpunkte 3. Juni 2005 (Fußn. 181), S. 3.
[231] Ergebnisprotokoll einer Besprechung der Landeswahlleiter mit dem Bundeswahlleiter am 5. Juli in Wiesbaden. o.O. 6. Juli 2005.
[232] Bodo Ramelow 2005 im Gespräch mit dem Autor.
[233] Beschlussvorlage der PDS-Verhandlungsdelegation für den Parteivorstand. 11. Juni 2005 (unveröff.).
[234] WASG-Bundesvorstand: Fortschrittspapier. Ohne Datum [17. Juni 2005] (unveröff.).

wahlen landete die neue Partei jedoch deutlich unter einem Prozent. Nach Bekanntwerden des Namensvorschlags der PDS kündigte DL-Vorsitzender Eckehart Ehrenberg umgehend eine Klage beim Bundeswahlleiter an.[235]

Auch bei der SPD gab es eine Gruppierung mit dem Namen „Demokratische Linke 21“. An ihrer Spitze des im Juni 2000 gegründeten Forums stehen Andrea Nahles und Niels Annen, Mitglieder des SPD-Bundesvorstands.[236] Der Bundesname „Demokratische Linke“ musste also dermaßen geändert werden, dass er eindeutig unterscheidbar war von diesen bestehenden Gruppierungen.

Aber auch bei der WASG-Basis stieß der Bundesname DL-PDS auf Ablehnung. Er hätte in ihren Augen weiterhin bedeutet, unter dem Titel PDS anzutreten, was sie ablehnte. Ein geplantes Treffen zwischen den Parteispitzen wurde deshalb kurzfristig abgesagt, um weitere Optionen wahlrechtlich zu prüfen.[237]

In Rüsselsheim wollte der Parteivorstand das Problem am 22. Juni endgültig klären. Lothar Bisky favorisierte dabei eine Variante, in der das Kürzel PDS nicht auftauchte: „Demokratische Linke-Demokratische Sozialisten“. Dieser Name sollte drei Askekte widerspiegeln. Der Zusatz „Demokratische Sozialisten“ appellierte an die Ost-Anhänger, dass sich hinter der neuen Partei ihre alte bekannte PDS verbirgt. „Linke“ sollte den Anspruch zeigen, ein neues linkes Bündnis zu formen, in dem auch bislang zersplitterte Gruppierungen eine neue Heimat finden könnten. „Demokratisch“ sollte dem möglichen Vorwurf entgegen stehen, dahinter verberge sich eine Ansammlung systemkritischer Linksextremer. Lothar Bisky schlug ihn dem Parteivorstand vor.

Bodo Ramelow lehnte ihn jedoch ab.[238] Dem Wahlkampfleiter erschien er nach eigener Aussage zu lang und schlecht kommunizierbar. Zudem würde er mit DLDS abgekürzt werden. „Das erinnert doch an GZSZ – Gute Zeiten, Schlechte Zeiten“[239], sagte Ramelow. Er schlug deshalb angeblich spontan den Namen „Linkspartei“ vor. Das sei ihm erst im Fahrstuhl zur Vorstandssitzung am 22. Juni eingefallen. „PDS“ sollte ein Namenszusatz in den ostdeutschen Ländern werden.

---

[235] DL-Pressemitteilung vom 8.6.05. <http://www.dl-berlin.de/47080p04.htm> am 20. Dez. 2005.
[236] <http://www.demokratische-linke.de/>
[237] Linksbündnis unter Zeitdruck. SZ vom 15. Juni 2005, S. 6.
[238] Ramelow im Gespräch mit dem Autor am 24. Nov. 2005.
[239] Eine seit 1992 auf RTL ausgestrahlte, tägliche Endlosserie.

4.4 Die Lösung: Linkspartei.PDS

Die Bezeichnung Linkspartei hatte in der Tat eine Reihe von Vorteilen. Zum ersten war er sehr kurz und damit leicht kommunizierbar. Zum zweiten transportierte er den Anspruch, die Linke in Deutschland zu vereinen. Er signalisierte damit zugleich drittens einen Neuanfang dieser politischen Richtung. Dies hatte die PDS bereits im Januar 2004 dazu motiviert, die zu gründende Vereinigung 11 linker und sozialistischen Parteien für die anstehende Europawahl als „Europäische Linkspartei" zu bezeichnen.[240] Und, nicht zuletzt, war er bei der WASG konsensfähig. Denn diese war seit ihrer Gründung synonym als „Linkspartei" betitelt worden, sowohl in den Medien als auch vom politischen Gegner.[241]

Bisky und Ramelow stellten beide Vorschläge, DL-DS und Linkspartei, zur Abstimmung. Der Parteivorstand sprach sich mit deutlicher Mehrheit für Ramelows Vorschlag aus. Damit sollte die Partei in „Linkspartei.PDS" umbenannt und als Kurzbezeichnung die „Die Linke" betitelt werden.[242] In der vorangehenden Diskussion hatte Ramelow seinen Vorschlag per Handy-Textmitteilung (SMS) dem WASG-Vorstand vorgeschlagen, der seinerseits nichts dagegen hatte – und diese ebenfalls per SMS übermittelte.[243] Die Entscheidung sei eine „mutig Entscheidung, bei der es keine Sieger und keine Besiegten gibt", sagte Ernst.[244] – obwohl sich Teile seiner Partei, ähnlich der SPD, eher in der politischen Mitte als am linken Rand verorten.

4.5 Kritik am neuen Namen

Die WASG war mit dieser Lösung einverstanden. Lafontaine stimmte der Namensvariante zu, da sie es ermögliche, unter neuem Namen im Westen anzutreten, ohne im Osten auf das Kürzel PDS zu verzichten.[245].

---

[240] Links, wo ganz viele Linke sind. Taz vom 12. Jan. 2004, S. 6.

[241] U.a.: SPD warnt vor Spaltung. FR vom 11. März 2004, S. 1; Linkspartei – es darf nur eine geben. Taz vom 15. März 2004, S. 6; „Ich setze auf die Einsicht der Kritiker". Interview mit SPD-Vorstand Christoph Matschie. Handelsblatt vom 15. März 2004, S. 5.

[242] Stand der Verhandlungen und Namensfrage. Information zur Beratung des Parteivorstandes am 22. Juni 2005 an die Landes- und Kreisvorsitzenden. <http://sozialisten.de/partei/parteivorstand/vorstand2004/berichte/view_html?zid=28108&bs=1&n=5> am 23. Juni 2005.

[243] Klaus Ernst im Gespräch mit dem Autor am 10. Dez. 2005..

[244] Zitiert in: „Linkspartei heißt jetzt auch 'Linkspartei'". Taz vom 24. Juni 2005, S. 6.

[245] Zit. In: Linkspartei – aber nur mit PDS. ND 24. Juni 2005, S.1.

Bei den Sozialisten stieß die Entscheidung dagegen auf einige Kritik. Es gab wahlrechtliche Bedenken ebenso wie programmatische und wahltaktische.

Der einstige parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Bundestag, Roland Claus, verwies darauf, dass Zusätze laut Paragrafen 4 PartG nur Gebietsverbände näher bezeichnen dürften, deswegen gehe PDS nur als Zusatz rechtlich nicht.[246] Bundesschatzmeister Uwe Hobler, zugleich Mitglied der Verhandlungsgruppe, warnte, auf den Namen PDS tatsächlich irgendwo zu verzichten. Das Weglassen sei ein Verzicht auf das programmatische Ziel des demokratischen Sozialismus. „Davon abzugehen, hätte eine Austrittswelle zu Folge – wie gestern Mitglieder äußerten.“[247] „Wo PDS drin ist, muss auch PDS draufstehen“, forderte die Bundestagsabgeordnete Petra Pau.[248] Ihre Kollegin Gesine Lötzsch bestand ebenfalls auf die drei Buchstaben: Diese seien eine eingeführte, bei den Menschen bekannte „Marke“.[249] Kritik kam auch von westdeutschen Landesverbänden: die bayrische PDS-Landeschefin Eva Bulling-Schröter meinte, die Genossen in Bayern hätten sich 15 Jahre lang als PDS-Mitglieder beschimpfen lassen müssen. „Das streift man nicht mal nur so ab.“[250] Der Saarbrücker Landeswahlkampfchef Thomas Lutze befand, die WASG würde nun von der Arbeit und den Finanzen der PDS profitieren und sah keine Mehrheit im Landesverband für eine Umbenennung.[251]

Mark Seibert, der Vorsitzende der PDS-Jugend in Berlin-Brandenburg, hielt eine Namensänderung für einen zu großen Kompromiss „vor der westdeutschen Splitterpartei WASG“. Dies würde die Genossen der westdeutschen Landesverbände brüskieren, die jahrelang an Infoständen mit dem PDS-Kürzel sich beschimpfen lassen mussten, so Seibert.[252]

Lothar Bisky verteidigte in einem Brief an die Mitglieder die Entscheidung und forderte sie auf, beim Parteitag für sie zu stimmen:

> „Wir machen durch eine Namensänderung unseren Willen deutlich, unsere Identität zu erweitern und die Partei für noch mehr Menschen linker Einstellung öffnen zu wollen. Zugleich

---

[246] Claus, Roland: betr. WASG Verhandlung Fortschrittspapier. 21. Juni 2005, unveröffentlicht.
[247] Hobler, Uwe: Anmerkungen zum Fortschrittspapier des WASG-Bundesvorstands, 21. Juni 2005 (unveröff.).
[248] Zit in: „Linkspartei heißt jetzt auch 'Linkspartei'“. Taz vom 24. Juni 2005, S.6.
[249] Zit. In: Linkspartei – aber nur mit PDS. ND 24. Juni 2005, S.1.
[250] Ebd.
[251] Ebd.
[252] Pressemitteilung vom 22. Juni 2005. Homepage von Mark Seibert. <http://www.ex-gn.de/ms4/politik/detail.php?nr=114&kategorie=politik> am 30. Juni 2005.

verschwinden die Buchstaben PDS nicht aus dem politischen Leben [...] Wir betreiben keinen Etikettenschwindel."[253]

Die Delegierten des Bundesparteitags folgten dem Landesvorsitzenden und votierten mit einer Drei-Viertel-Mehrheit für die Umbennung in „Die Linkspartei.".[254] Landesparteitage übernahmen die Bundesregelung und erweiterten sie um ihren Landesnamen. Bundesweit vermerkten sie bis Ende Juli in ihren Satzungen, die Abkürzung PDS sei ein Zusatz, auf den im Einzelfall verzichtet werden könne. Sieben westdeutsche machten von der Option des Weglassens allerdings auch tatsächlich Gebrauch in ihrem öffentlichen Auftreten. Die Buchstaben PDS tauchten damit weder auf den Plakaten noch auf dem Wahlzettel auf. In Hamburg, Bremen und Bayern dagegen wurde das Kürzel weiter verwendet

Tabelle 4: Die neuen Namen der Landesverbände

Gliederung	*Verwendeter Name*
Baden-Württemberg	Die Linkspartei. Landesverband Baden-Württemberg
Bayern	Die Linkspartei. PDS Landesverband Bayern
Berlin	Die Linkspartei. PDS Berlin
Brandenburg	Die Linkspartei. PDS Landesverband Brandenburg
Bremen	Die Linkspartei. PDS Landesverband Bremen
Hamburg	Die Linkspartei. PDS Landesverband Hamburg
Hessen	Die Linkspartei. Landesverband Hessen
Mecklenburg-Vorp.	Die Linkspartei. PDS Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen	Die Linkspartei. Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen	Die Linkspartei. Landesverband Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz	Die Linkspartei. Rheinland-Pfalz
Saarland	Die Linkspartei. Landesverband Saarland
Sachsen	Die Linkspartei. PDS Landesverband Sachsen
Sachsen-Anhalt	Die Linkspartei. PDS Landesverband Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein	Die Linkspartei. Landesverband Schleswig-Holstein
Thüringen	Die Linkspartei. PDS – Landesverband Thüringen

[253] Bisky, Lothar: Brie an Mitglieder und Sympathisanten zur Begründung der Namensänderung. Berlin, 23. Juni 2005.
[254] PDS ebnet Weg für neues Linksbündnis. FTD vom 18. Juli 2005, S. 9.

5 Wahl von WASG-Kandidaten auf PDS-Landeslisten

Parallel zur Namensfindung mussten beide Parteien klären, welche Optionen der offenen Listen wahlrechtlich möglich sind. Ein Schlüsseltermin war ein Treffen beim Bundeswahlleiter Johann Hahlen in Wiesbaden am 8. Juni. Bei ihm wollten sich Ramelow und Wawzyniak für die PDS sowie Händel, Vetter und Hensche für die WASG beraten lassen, welche möglichen Konsequenzen einzelne Modelle hätten. Protokolliert wurde diese Sitzung auf Wunsch Hahlens nicht.[255] Er wies ausdrücklich darauf hin, dass er keine verbindliche Beratung geben könnte, sondern nur allgemeine Interpretationen des Wahlrechts.

Das Gespräch konzentrierte auf die offenen Listen. Die im Wahlrecht nicht definierte Frage, wann sie noch erlaubt und wann sie als unerlaubte Listenverbindung zweier Parteien gelten, sollte vom Wahlleiter interpretiert werden. Dazu nannte Hahlen mögliche Beispiele, die zu einer Ablehnung führen könnten. So sei es problematisch, wenn auf alle westdeutschen Listen der PDS von WASG-Mitgliedern angeführt werden würden. Auch sei ein klares „Strickmuster“, wie etwa jeder vierte oder dritte Listenplatz an die kleinere Partei, ein möglicher Ablehnungsgrund. Es dürfe auf keinen Fall verbindliche gegenseitige Zusagen der Parteispitzen für Listenplätze geben, da dies in die Autonomie der Delegierten auf den Nominierungsparteitagen eingreifen würde.

Beide Parteivorstände übermittelten nach diesem Treffen mit Hahlen ihren Gliederungen, die absolute Obergrenze für die Zulassung der WASG-Quote auf PDS-Liste sei 25 Prozent.[256]

Auch auf Länderebene suchten die Parteien Rat bei den Wahlleitern. Am 15. 6 hatte etwa die WASG in Nordrhein-Westfalen – immerhin der größte Landesverband – in einem Gespräch mit der Landeswahlleiterin Helga Block prüfen lassen, ob eine eigene Listenaufstellung zunächst möglich wäre.[257] Ausschlaggebend sei, so die Antwort, erst die Zustimmungserklärung der Nominierten. Allerdings sei eine spätere „En bloc-Übernahme“, also zum Beispiel die ersten Plätze der WASG-Liste auf Lis-

[255] Bodo Ramelow im Gespräch mit dem Autor am 24. Nov. 2005
[256] Kriterien für Kandidaturen zur Bundestagswahl 2005. Beschluss des PDS-Parteivorstandes vom 11. Juni 2005 (unveröff.).
[257] Gesprächsprotokoll von Paul Schäfer (PDS) vom 15. Juni 2005, unveröffentlicht.

ten der PDS, ein „ein überdeutliches Indiz für eine verdeckte Listenverbindung“,[258] so die Landeswahlleiterin Helga Block.

Es stellte sich nun die Frage, wie die Wahlalternative in den Nominierungsprozess einbezogen werden sollte. Im Gespräch mit WASG-Vertretern schlug Bodo Ramelow mehrere Verfahren vor[259]:

- So könnten die Gliederungen der WASG zunächst eigene Vorschlagslisten wählen. Diese würden dann den PDS zugeleitet, die die Kandidaten „in der angegebenen Reihenfolge in ihre Bewerberwahl ´pro forma´ einbezieht.“[260] Dies hinterlasse, so Ramelow, jedoch den Eindruck des Abnickens und dürfte deshalb als eine zulässige Listenverbindung angesehen werden. Des gelte im Übrigen auch, falls es zu irgendwelchen förmlichen Absprachen zwischen den Parteien käme. Der Souverän müsse der nominierende Parteitag bleiben. Eine Absprache würde sie jedoch in ihrer freien Wahl einschränken, sie wäre ungültig.
- WASG-Vertreter nehmen am Aufstellungsverfahren der PDS teil. Damit wäre die Wahl jedoch ungültig, weil nur Mitglieder der nominierenden Partei stimmberechtigt sind.[261]
- Potentielle WASG-Kandidaten könnten aber auch in die PDS eintreten.

Rechtlich zulässig ist solch eine Doppelmitgliedschaft durchaus.[262] Sie muss allerdings von den Parteien selbst auch ermöglicht werden. Die WASG hat in ihrer Satzung Art 3 Satz 2 einen entsprechenden Passus, der allerdings nur bis zum 31. Dezember 2005 gilt. Bei dessen Beschluss und Bestätigung Anfang Mai in Dortmund war dies noch mit Blick auf abtrünnige SPD-Mitglieder beschlossen worden. Die PDS jedoch hat in ihrem Statut Art. 2 Abs. 1 Doppelmitgliedschaften explizit ausgeschlossen. Damit sollte eine Unterwanderung durch linksextreme Gruppierungen verhindert werden. Die Partei müsste also noch rechtzeitig vor den Nominierungsparteitagen in den Ländern ihr Statut ändern.

Die Frage stellte sich allerdings, ob die WASG-Kandidaten tatsächlich dazu bereit waren.

---

[258] Ebd.
[259] o.A.[Ramelow, Bodo]: Stichpunkte 3. Juni 2005, S.2f.
[260] Ebd.
[261] Paragrafen 27 Abs 5 und 21 Abs 1 BWahlG.
[262] Seifert 1975, S. 208.

Die WASG-Spitze lehnte die Vorschläge ab.[263] Die einzig rechtlich zulässige Variante 3, die Doppelmitgliedschaft, hätte in ihren Augen eine faktische Übernahme ihrer Partei durch die PDS bedeutet. „Welche Auswirkungen das auf die Wähler im Westen gehabt hätte, sei nicht auszudenken.“[264]

5.1 Besetzungsschlüssel

Der Bundesvorstand hatte mit den Landesvorständen bereits im Januar 2005 vereinbart, einen aussichtsreichen Listenplatz für Nominierungen der Parteispitze vorzusehen.[265] Gedacht war er für Prominente wie auch für Politiker aus Verbänden, die sonst kaum Aussicht auf den Einzug in den Bundestag hatten. Der Parteivorstand hatte ursprünglich mehr Plätze für eigene Vorschläge gewollt, doch dagegen hatten sich die Länder gewehrt. Wer nun vom Bund aus für die Listenplätze nominiert werden sollte, lag letztendlich bei Lothar Bisky. Er ist im Vorstand für die Personalentwicklung zuständig. So sollte zum Beispiel der Hannoveraner Kreisvorsitzende Jan Korte über die Landesliste Sachsen-Anhalt in den Bundestag einziehen. Dort war die Chance auf den Einzug deutlich höher als in seinem Heimatland Niedersachsen. Für Thüringen sollte die hessische Ex-Journalistin Luc Jochimsen auf einem aussichtsreichen Platz antreten. Sie hatte bereits 2002 für die PDS kandidiert, auf Platz 1 der Landesliste Hessen. Damals scheiterte die Partei jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde. In Brandenburg nominierte die Parteispitze den parteilosen Ex-BGH-Richter Wolfgang Nescovic.

5.2 Nominierung und Wahl der Listen durch die PDS

Die Wahlalternative forderte den PDS-Bundesvorstand auf, auf die Landesverbände zuzugehen und die Kandidatur von WASG-Mitgliedern „zu ermöglichen“.[266] Dazu würden die WASG Landeskonferenzen Namensvorschläge formulieren. Dabei müsste den Delegierten klar vermittelt werden, dass an der Annahme der Vorschläge das Bündnis hänge. Ihre Personalvorschläge seien für die WASG „unverzichtbar“, drohte die Partei. Die PDS solle die Vorschläge „respektieren“.[267] Um dem Homo-

---

[263] Klaus Ernst im Gespräch mit dem Autor am 10. Dez. 2005.
[264] Ebd.
[265] Bodo Ramelow im Gespräch mit dem Autor, 24. Nov. 2005.
[266] WASG-Bundesvorstand: Fortschrittsbericht. Ohne Datum [17. Juni 2005] (unveröff.), S.2.
[267] Ebd.

genitätsgebot zusätzlich gerecht zu werden, sollten nach Vorgabe des Parteivorstands der Bewerber der Wahlalternative (oder anderer Parteien) eine Erklärung abgeben, wonach der Kandidaten bereit zu sein hatte, das „Wahlprogramm aktiv zu vertreten".[268]

In mehreren Bundesländern wurden prominente WASG-Vertreter auf den Spitzenplatz gesetzt, wie etwa Ulrich Maurer in Baden-Württemberg, Oskar Lafontaine in Nordrhein-Westfalen oder Klaus Ernst in Bayern. Gregor Gysi war für die Spitzenposition in Berlin unumstritten WASG-Vorstand Axel Troost wurde mit Unterstützung des Bundesvorstand für den Platz 2 in Sachsen vorgesehen, hinter dem prominenten Schauspieler Peter Sodann.

Diese Verteilung stieß bei den Frauen der Partei auf Kritik. Mit dieser Auswahl, meinte etwa die stellvertretende Bundesvorsitzende und Bündnis-Befürworterin Katja Kipping, verstoße die Partei gegen die selbst aufgestellte Quotenregelung. Diese sieht eigentlich vor, dass der erste Platz und danach jeder zweite weiblichen Kandidaten vorbehalten bleibt. Außerdem, so Kipping, müsse die Linkspartei aufpassen, dass sie „künftig nicht nur als Partei der weisen Männer über 50 wahrgenommen wird".[269] Als Ausgleich forderte die damals 27-jährige, dass die Frauen in der Fraktion die meisten wichtigen Posten besetzen sollen. In Frage dafür kamen das Amt der Vizepräsidentin des Bundestags, die Mehrzahl der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden (hinter Gysi und Lafontaine) und der Sprecherposten.

Besonders interessant für die Bewerber um einen Listenplatz waren natürlich jene, die Aussicht boten, in den Bundestag einzuziehen. Der Bundesvorstand selbst hielt sich mit optimistischen Prognosen zurück und orientierte sich am Ergebnis von 1998, als die Partei knapp die Fünf-Prozent-Hürde überwand. Allerdings konnte sie nun mit einem deutlich höheren Stimmenanteil im Westen rechnen. Umfragen Ende Juni sahen das Bündnis zeitweise bei über zehn Prozent, also doppelt so viel wie noch sieben Jahre zuvor.

Auf diese aussichtsreichen Plätze wollten nun auch WASG-Vertreter gewählt werden, und zwar auf den Landesparteitag der aufstellenden PDS. Diese hatte jedoch eine Reihe etablierte Funktionäre und Mandatsträger zu positionieren. Nach dem

---

[268] Böttcher, Maritta: Kriterien für die Kandidaturen zur Bundestagswahl 2005, Beschluss des Parteivorstands vom 11.Juni 2005. 9. Juli 2005, S.2 (zit. Böttcher: Kriterien 2005).

[269] Interview mit Katja Kipping. In: Vogel, Johann Peter/Kloth, Hans Michael/v. Schack, Monika: Die Linkspartei – Rotgesagte leben länger. Hamburg 2005, S. 55.

Verhandeln über das wahlrechtlich passende Modell musste sich hier nun in der Praxis zeigen, wie sehr die PDS-Basis bereit war, auf eigene Kosten die Wahlalternative zu integrieren – ohne die vom Bundesvorstand vorgegebene Quote von einem Viertel zu verletzen.[270]

Tabelle 5: Aussichtsreiche Listenplätze

Erwartete Zugewinne	*Parteitag*	*Ergebnis 1998*	*Erhofftes Ergebnis der PDS 2005*[271]	*Prognose Election.de*[272]
Niedersachsen	9./10.7.	1	3	5
Sachsen	10.7.	7	7	9
Sachsen-Anhalt	10.7.	4	3	5
Schleswig-Holstein	10.7.	0	1	2
Baden-Württemberg	16.7.	1	4	5
Saarland	16.7.	0	1	1
Bayern	23.7.	1	4	7
Rheinland-Pfalz	24.7.	0	2	2
Nordrhein-Westfalen	30./31.7.	2	7	10
Hamburg	30.7.	0	1	1
Thüringen	30.7.	4	4	5
Hessen	30.7.	1	2	4
Mecklenburg-Vorp.	30.7.	3	3	3
Brandenburg	30.7.	4	4	5
Bremen	31.7.	0	0	0
Berlin	6/7.8.	3	4	5
GESAMT		**36**	**50**	**69**

Ostdeutsche Landesverbände

Ob dies funktioniert, musste der Nominierungsparteitag in *Sachsen* zeigen, dem größten PDS-Landesverband. Hier hatte es zuvor Unruhe um die Listenbesetzung gegeben. Denn auf Vorschlag des Bundesvorstands sollte der prominente „Tatort"-Kommissar Peter Sodann auf Platz 1 antreten. Dieser hatte zunächst seine Bereitschaft erklärt, sie kurze Zeit später aber nach öffentlicher Kritik an seiner Kandidatur wieder zurückgezogen. Spitzenkandidatin wurde nun die 27-jährige Katja

[270] Böttcher: Kriterien 2005, S.4.

[271] Eckhoff, Heinrich: Mandate 2005. Interne Prognose für den Bundesvorstand 1. Berlin 17. Juni 2005 (unveröff.). Berechnung unter der Annahme eines PDS-Ergebnisses im Osten von 19%, im Westen von 2 Prozent und 2,5 Prozent für die WASG. Eckhoff ist Mitglied der Berliner PDS, des Netzwerks Reformlinke und Geschäftsführer der Wochenzeitung Freitag.

[272] Das Reißverschlussprinzip. TA vom 10. Aug. 2005, S. 2.

Kipping, Landtagsabgeordnete, stellvertretende Bundesvorsitzende und Mitglied der Verhandlungsgrupe mit der WASG. Diese Wahl sei, so später der Bundesvize Wolfgang Methling, „womöglich ehrlicher".[273] Gleich dahinter nominierten die Delegierten zwei WASG-Vertreter: Auf Platz zwei nominierte der Parteitag auf Vorschlag der Parteispitze den Bundesvorstand Axel Troost aus Bremen. Auf den aussichtsreichen Plätzen drei und sieben wählten sie zwei parteilose, aber der WASG nahestehende Kandidaten: die aus der SPD kurz zuvor ausgetretene DGB-Landeschefin Sabine Zimmermann und Grünen-Mitbegründerin Monika Knoche. Auf hintere Plätze setzten sie den Berliner Helge Meves (Platz 12), das neue Mitglied des WASG-Landesvorstands Petra Fischer (Platz 17) sowie die Meißenerin Martina Dietze auf Platz 29. Für Direktwahlkreise wurden Mitglieder des Bündnispartners nicht aufgestellt, da sich die PDS in ihrem Stammland den Gewinn eines Direktmandates erhoffte.

Im parallel stattfindenden PDS-Parteitag in *Sachsen-Anhalt* konnte sich hingegen kein WASG-Vertreter bei der Wahl aussichtsreicher Listenplätze durchsetzen. Bei der Abstimmung um Platz 2 unterlag der stellvertretende WASG-Landeschef Veit Kuhr gegen Jan Korte, den der Bundesvorstand empfohlen hatte. Erst auf die Plätzen 5 und sechs wählten die Delegierten zwei WASG-Mitglieder, die Arbeitslose Elke Reinke und Veit Kuhr. Die WASG-Landesvorsitzende Dolores Rente nannte das Scheitern ihrer Mitglieder „bedenklich und traurig".[274]

Auch in *Thüringen* wählte die PDS-Basis keinen WASG-Vertreter auf einen aussichtsreichen Platz. Erst auf Platz 8 landete Frank Fiebig aus dem Ilmkreis, auf Platz 17 folgte Petra Schollmeyer. Der Landesverband des Wahlkampfleiters Ramelow überging mit Fiebigs und Schollmeyers Wahl zugleich die ersten drei und den fünften von der Wahlalternativen Nominierten, die Landesvorstände Simone Fichtmüller und Uwe Vollmer, die Erfurterin Ramona Alvarez und auch Landessprecher Paul Kohlgraf.[275] Diese galten in der PDS als zu stark belastet mit internen Querelen. Vor allem Fichtmüller und Vollmer waren in den eigenen Reihen stark umstritten. Sie waren im März als einzige Landesvorstandmitglieder übrig geblieben. Fünf Vorstände waren damals zurück getreten mit dem Vorwurf, die WASG-Bundesspitze habe ihr Absetzung betrieben, zudem seien Fichtmüller und Voller nicht kompro-

[273] Fliegender Namenswechsel. ND vom 11. Juli 2005.
[274] Parteitagsserie für Linkspartei. Junge Welt vom 12. Juli 2005, S. 4.
[275] Protokoll des WASG-Nominierungsparteitages vom 25. Juni 2005 in Elgersburg. o.O., 27. Juni 2005. <http://w-asg-thueringen.de/Protokoll_25.06.pdf> am 28. Juni 2005.

missbereit gewesen.[276] Im Mai hatte beide eine Kooperation mit der PDS grundsätzlich abgelehnt,[277] später warfen ihnen Parteimitglieder vor, mit dem PDS-Landesvorstand über Listenplätze verhandelt zu haben, ohne darüber die Basis zu informieren.[278] Fichtmüller und Vollmer erklärten am 23. August ihren Parteiaustritt. Sie begründeten dies mit „persönlichen Spannungen im Landesvorstand Thüringen" sowie „nachweislichen Verstößen gegen die innerparteiliche Demokratie, gegen Beschlüsse und gegen das Parteienrecht".[279] Zuvor hatte eine Landesmitgliederversammlung ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet.

Trotz der geringen WASG-Zahl auf der Thüringer Liste (einer von 20 Listenplätzen) hatte Bodo Ramelow dennoch Bedenken über ihre Zulässigkeit. Grund war die vergleichsweise hohe Zahl Parteiloser an der Spitze. Nach den beiden PDS-Mitgliedern Ramelow und der PDS-Landtagsabgeordneten folgten drei Parteilose: DGB-Landeschef Frank Spieth, die ehemalige Fernsehjournalistin Luc Jochimsen und die Studentenaktivistin Nele Hirsch. Ramelow fürchtete, dies könne ebenso das Homogenitätsgebot verletzen.[280] Dass die Quote der Parteilosen derart hoch war, lag an der Wahl der Studentin Hirsch. Anders als Spieth und Jochimsen war sie nicht vom Landesvorstand vorgeschlagen, sondern kandidierte auf Betreiben des Jugendverbandes solid und gewann die Abstimmung um Platz 4.

Auch in *Mecklenburg-Vorpommern* kam eine WASG-Vertreterin erst auf einen aussichtslosen Platz: Landesvorstand Isabel Simon erhielt Platz 5, die anderen Vorstände Dieter Laack und Hans-Dieter Rothe Platz 10 und den letzten Platz 12. Die Besetzung der Liste entsprach damit komplett dem Vorschlag des Landesvorstandes angenommen, auch wenn es um mehrere Plätze Gegenkandidaturen gab.[281]

In *Brandenburg* wurden die ersten vier erfolgversprechenden Positionen der Landeslisten an Parteiveteranen der PDS vergeben. Hinter Parteichef Lothar Bisky, die Fraktionsvorsitzende im Landtag Dagmar Enkelmann und die Landesvorstände Diana Golze und Kirsten Tackmann kam allerdings ein Vorschlag des Bundesvorstands, der parteilose Wolfgang Neskovic. Der einstige Richter des Bundes-

[276] Erklärung des aktiven Landesvorstandes WASG/ASG Thüringen. Weimar, den 1.März 2005. <http://www.wahlalternative-2006.de/article71.html> am 30. Mai 2005.
[277] Linke suchen nach Konzept für Bündnis. Tagesspiegel vom 30. Mai 2005.
[278] Pannen und Pleiten bei WASG in Thüringen. Leipziger Volkszeitung vom 5. Aug. 2005.
[279] Presseerklärung von Simone Fichtmüller und Uwe Vollmer, 23. Aug. 2005.
[280] Ramelow im Gespräch mit dem Autor, 24. Nov.2005.
[281] Bartsch trimmt Linkspartei auf Oppositionsrolle. Ostsee-Zeitung vom 1. Aug. 2005.

gerichtshofs hatte bundesweite Bekanntheit erlangt, als er sich mit einem Urteil 1992 (damals noch am Landgericht Lübeck) für die Legalisierung von Cannabis einsetzte und die Entscheidung an das Bundesverfassungsgericht übergab.[282] Dies grenzte schließlich in einem Grundsatzurteil die Bestrafung des Besitzes weicher Drogen deutlich ein.[283] Erst dahinter, auf Platz 6, kam Steffen Hultsch, geschäftsführender Landesvorstand. Zwar war er von der Wahlalternative als Spitzenkandidat vorgeschlagen worden, intern umstritten war er dennoch nicht. Siegfried Wied, Sprecher der Wahlalternative in Oderland-Spree, beklagte, Hultsch sei in einem wenig transparenten Verfahren von der WASG gekürt worden. Es habe keine Landesversammlung der angeblich 165 Mitglieder zählenden märkischen WASG gegeben.[284] Hultsch blieb der einzige WASG-Vertreter unter 12 Kandidaten auf der PDS-Landesliste.

Insgesamt konnten sich im Osten keine WASG-Mitglieder bei der Wahl zu aussichtsreichen Plätzen durchsetzen. Dies war hauptsächlich zwei Gründen geschuldet. Zum Einen waren die Landesverbände selten größer als 100 Mitglieder. Für die PDS-Verbände stellten sie somit eine zu vernachlässigende Größe dar – zumal die Sozialisten zahlreiche erfahrene und prominente Mandatsträger vorweisen konnten. Zum Anderen war die Wahlalternative regional und personell zerstritten. Eigene Vorschläge wurden im Vorfeld der Wahl attackiert und abgelehnt, was die Position gegenüber den nominierenden Parteitagen erheblich schwächte. Einzig der Bundesvorstand Axel Troost erhielt einen aussichtsreichen Platz. Er war jedoch auch von der PDS-Parteispitze vorgeschlagen worden und hatte damit wichtige Befürworter auf seiner Seite. Zudem war er nicht in landesinterne Querelen verwickelt: Troost kommt aus Bremen, wo er jedoch keine Chance gehabt hätte, selbst mit Listenplatz 1 in den Bundestag einzuziehen.

Westdeutsche Landesverbände

Als erster westdeutscher PDS-Landesverband sollte der *niedersächsische* seine Landeslisten nominieren. Hier gewann der Landesvorsitzende und Kulturmanager Dieter Dehm. Er hatte im 13. Bundestag gesessen, und zwar für die SPD. Aus dieser trat er 1998 aus und in die PDS ein und avancierte dort innerhalb eines Jahres zum stellvertretenden Parteivorsitzenden. Er ist dem linken Flügel der Partei zuzuordnen,

---

[282] Vorlagebeschluss des Landgerichts Lübeck für das Bundesverfassungsgericht. Aktenzeichen Jz. 713 Js 16817/90 StA Lübeck – 2 Ns (Kl. 167/90).
[283] Cannabis-Urteil vom 9.3.94. BVerfGE 90, 145.
[284] Zoff bei der Wahlalternative. Märkische Allgemeine vom 29. Juli 2005.

tritt er doch unter anderem ein für die Freigabe weicher Drogen, grundsätzliche Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und mittelfristige Verstaatlichung von Großunternehmen und Banken. Hinter die PDS-Landesvorsitzende Dorothee Menzner (Platz 2) wählten die Delegierten gleich zwei WASG-Vertreter: Herbert Schui und Tina Flauger. Schui hatte die ASG mitbegründet, und Flauger, die eigentlich mit Vornamen Kreszentia heißt, war zu dem Zeitpunkt Vorstand der niedersächsischen WASG. Damit war jeder Zweite der ersten vier Kandidaten auf der PDS-Landesliste von der Wahlalternative entsandt. Insgesamt elf der 46 Nominierten Niedersachsens kamen von dieser Partei.

Auch in anderen Landesverbänden wählten die Delegierten eine vergleichsweise große Zahl an Mitgliedern der Wahlalternative auf vordere Listenplätze. In *Hessen* (30. Juli 2005) folgten dem Spitzenkandidaten und DKP-Veteran Wolfgang Gehrke und der solid-Sprecherin Ann-Christin Schomburg (Platz 3) die WASG-Vertreter Werner Dreibus und Janine Wissler auf den Plätzen zwei und vier. Zumindest an der Listenspitze wirkte dies wie ein Reißverschlussprinzip. Von den insgesamt 20 Nominierten Hessens kamen sechs von der WASG.

Im *Saarland n*ominierte die Partei den WASG-Veteran Volker Schneider auf den einzig aussichtsreichen ersten Listenplatz.

Auch die *Baden-Württemberger* setzten auf Platz 1 ein WASG-Mitglied: Ulrich Maurer. Er war zeitweise Fraktionsvorsitzender und Landeschef der baden-württembergischen SPD und 1994 von Kanzlerkandidat Rudolf Scharping als Bundesinnenminister vorgesehen. Zum Zeitpunkt seines Parteieintritts in die Wahlalternative am 1. Juli war er noch Landtagsabgeordneter. Maurer wurde nur knapp von den Landesdelegierten mit 57 Prozent gewählt. Parteiintere Prominente wie der Europaabgeordnete Tobias Pflüger und Michael Moos hatten sich gegen ihn ausgesprochen. Beide kritisierten die „Proporz"-Aufstellung der Liste, die den Delegierten ihre Autonomie raube.[285] Moos hatte kurz zuvor überraschend eine Gegenkandidatur angekündigt, verlor allerdings und landete schließlich auf dem aussichtslosen Platz 7. Auf Platz 3 kam Karin Binder von der WASG, DGB-Vorsitzende der Region Mittelbaden. Weitere nominierte WASG-Mitglieder waren Adelheid Scharf (Platz 6), Ali Murat Gül (Platz 8), Franz Groll (Platz 9), Claudia Mrosek (11) und Damian Ludewig (13).[286] Damit waren 7 der 18 PDS-Nominierten WASG-Mitglieder.

[285] Die PDS droht – und Maurer gewinnt. Stuttgarter Zeitung vom 18. Juli 2005.
[286] Vgl. Vorschlagsliste der Landesdelegiertenversammlung der WASG Baden-Württemberg vom 9. Juli 2005.

In *Bremen* wurden drei WASG-Mitglieder für die Landesliste nominiert: Antonie Brinkmann, Jörg Huffschmid und Ingo Tebje auf den Plätzen 2, 4 und 8.[287] Huffschmid hatte die WASG mitbegründet,[288] trat allerdings als Parteiloser an.

Im Stadtstaat *Hamburg* wollte die PDS ihren Sprecher Yavuz Fersoglu auf Platz eins der Liste wählen, den einzig aussichtsreichen Platz. Damit stieß sie jedoch bei dem Partner auf erheblichen Widerstand, denn der Kurde verschrecke die bürgerliche Mitte.[289] Unmittelbar vor der entscheidenden Delegiertenversammlung einigten sich die Parteien auf Norman Paech. Er war für beide akzeptabel. Denn der 67-jährige parteilose Jurist war bis 2001 in der SPD und stand damit für die enttäuschten Sozialdemokraten, wie sie sich in der WASG sammelten. Zugleich war er mit seiner Kritik an der Türkei und der Warnung vor einem Überwachungsstaat auch für die Linken des Hamburger PDS-Landesverbandes tragbar.[290] Das WASG-Mitglied und -Mitbegründer Berno Schuckart-Witsch kam auf Platz 5 sowie der Hamburger Erwerbslosenrat Wolfgang Joithe auf Platz 11.

Der wichtigste westdeutsche Landesverband war zweifelsohne der *Nordrhein-Westfalens*. Im bevölkerungsreichsten Bundesland hatten sowohl die WASG als auch die PDS ihr größten westdeutschen Landesverbände. Beide Parteien hatten hier gerade erst gegeneinander bei der Landtagswahl konkurriert. Sollte hier das Bündnis funktionieren, würde dies ein deutliches Signal an die Partner, aber auch an die Öffentlichkeit senden. Zudem rechnete sich die PDS angesichts der Umfragen bis zu zehn sichere Listenplätze aus. Platz eins war für WASG-Mitglied Oskar Lafontaine vorgesehen. Der Ex-SPD-Vorsitzende sollte im SPD-Stammland mit rund 16 Millionen Einwohnern möglichst viele Zweitstimmen anziehen. Ein Einzug in den Bundestag wär ihm auch auf anderen westdeutschen Listen sicher gewesen. Zwei Plätze hinter ihm wurde Inge Höger-Neuling gewählt. Sie war kurz zuvor aus der WASG aus- und in die PDS eingetreten, um mögliche wahlrechtliche Kritik abzuwenden.[291] Auch der Pfarrer Jörg Klute war ein neues PDS-Mitglied. Zum 22. Mai war er noch Spitzenkandidat der Wahlalternative zur Landtagswahl, nun sollte er auf

---

<http://bw.w-asg.de/937+M506dbe83f48.0.html> am 20. Juli 2005.

[287] Stimmt. Zeitung des PDS-Landesverbandes Bremen, Ausgabe 7, S 3. <http://www.linkspartei-bremen.de/stimmt/stimmt05-07.pdf> am 7. Aug. 2005.

[288] Vgl. Aufklärung statt Katzenjammer. Freitag 15/2004 vom 02. April 2004.

[289] WASG-Vorstand Joachim Bischoff, zit. In: Streit um Platz eins. Taz Hamburg vom 27. Juli 2005, S. 21.

[290] Taz Hamburg vom 30. Juli 2005, S. 25.

[291] Lafontaine mit großem Hofstaat. Taz vom 30. Juli 2005, S.2.

Platz 10 für die Sozialisten antreten. Britta Pietsch (Platz 17) und Elke Gronow (Platz 19) hatten ebenfalls im Vorfeld der Nominierung die Parteibücher gewechselt. Auf insgesamt 30 Listenplätzen verteilten sich damit nur noch sechs WASG-Mitglieder, das ergab eine Quote von 20 Prozent. Die selbst gewählte Grenze von einem Viertel wäre mit 10 von 30 Plätzen dagegen deutlich überschritten worden, hatten die genannten vier nicht die Partei gewechselt.

So kam ein Kandidat der WASG erst auf Platz sechs: der WASG-Mitgründer und ThyssenKrupp-Betriebsrat Hüseyin Aydin.[292] Der Deutsch-Türke war bis zu seiner Nominierung Sprecher der Bundespartei. Vier weitere folgten auf hinteren, aussichtslosen Listenplätzen: die transsexuelle Aktivistin Sylvia-Fee Wadehn (Platz 21), Alexander Krimm (22), Jürgen Soppa (24) und Angela Bankert (27), NRW-Landesvorstand und Mitglied der trotzkistischen Gruppierung „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV).[293]

In *Rheinland-Pfalz* kam WASG-Mitgründer Alexander Ulrich auf Platz 2[294] und gleich dahinter die stellvertretende Landesvorsitzende Margot Gudd. Auf hinteren Plätzen landeten Tanja Krauth aus Bielefeld aus Platz 7, WASG-Landessprecher Harald Jürgensonn auf Platz 8 Wolfram Sondermann auf Platz 14, Karl Voßkühler (Platz 19). .

Die *saarländische* PDS stellte sich zunächst die Frage, ob hier Lafontaine kandidieren wollte. Dieser lehnte jedoch ab mit Verweis auf die geringen Aussichten. Um sicher in den Bundestag einzuziehen, wollte der Spitzenkandidat lieber im bevölkerungsreichsten Nordrhein-Westfalen antreten. Statt seiner nominierte die saarländische PDS den WASG-Aktivisten Volker Schneider, noch vor ihrem Landesvorsitzenden Hans-Kurz Hill.

In *Bayern* verlief die Nominierung von allen westdeutschen Landesverbänden am konfliktträchtigsten. Sowohl innerhalb der WASG als auch mit dem PDS-Landesverband kam es zu Reibungen. Vorgesehen war zunächst, dass die PDS-Landesvorsitzende Eva Bulling-Schröter wie schon bei vergangenen Wahlen auf Platz eins antreten sollte. Doch auch WASG-Vorstand Klaus Ernst wollte seinerseits

---

[292] Mit Oskar nach Berlin. Taz NRW vom 4.7.2005, S. 2.

[293] Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2004. Düsseldorf 2005, S. 23.

[294] RUNDBRIEF des WASG e.V., 2/2004 vom 7. April 2004. <http://www.wasg-verein.de/421.0.html?&[res]=1152> am 20. Dez. 2005.

den sicheren Platz bekommen. Dies stieß bei den Sozialisten jedoch auf Kritik.[295] Sie verwiesen auf zwei Argumente: Zum Einen verletze Ernst's Kandidatur die Quotenregelung der Partei, wonach Platz 1 – wie übrigens auch in anderen Landesverbänden – eigentlich für eine Frau vorgesehen ist. Zum anderen würden WASG-Vertreter bereits in mehreren anderen Bundesländern die Spitzenplatz anführen. Bulling-Schröter entschärfte diesen Streit jedoch, indem sie auf Platz 1 verzichtete. Landeswahlleiter Sepp Obermeier kritisierte später, Ernst habe es im Vorfeld nicht einmal für nötig gehalten, sich den Parteigliederungen vorzustellen.[296] Er gehört, wie etwa Landesvorstand Markus Bansemir zu Kritikern des Bündnisses: Ihnen war der Einfluss und die Zahl der WASG-Kandidaten deutlich zu hoch.[297]

Aber auch innerhalb der WASG kam es zu Zerwürfnissen: Bayerns WASG-Landeschef Fritz Schmalzbauer warf dem Bundesvorstand, insbesondere Thomas Händel bei einer Bundesvorstandssitzung vor, auf Kosten der Parteibasis Listenplätze für die, mehrheitlich aus Bayern kommende, Parteiführung auszuhandeln.[298] Schmalzbauer bewarb sich um Listenplatz vier, fiel allerdings bei den PDS-Delegierten durch, die statt seiner Markus Bansemir wählten. Kurz zuvor war es angeblich zu lautem Streit zwischen dem WASK-Kandidaten und Delegierten gekommen. PDS-Spitzenkandidatin Bulling-Schröter meinte deshalb, Schmalzlbauer habe sich die Niederlage „selbst zuzuschreiben".[299]

Daraufhin verließ die anwesende WASG-Führung den Saal, auch Klaus Ernst, der bereits auf Platz 1 gewählt worden war. Die Nichtwahl Schmalzlbauers sei, so der WASG-Vorstand, ein „ungeheuerlicher Vorgang".[300] Ernst erwog kurzzeitig, seine Nominierung abzulehnen, verzichtete jedoch darauf, um das Bündnis bundesweit nicht zu gefährden. Er empfahl jedoch dem Parteitag, eine „Denkpause" einzulegen und erst eine Woche später die Liste vollständig zu besetzen.[301]

Die PDS setzte jedoch ihr Treffen fort. Erst ab Platz 13 wählte sie weitere WASG-Vertreter: die in Kempten wohnende und gebürtige Mecklenburgerin Doreen Sommer, sowie die WASG-Landesvorstände Michaela Siebe und Kathleen Rüttiger auf Platz 16 bzw. 18. Angesichts von 19 Plätzen waren diese vier Nominierungen das

---

[295] Linke Bayern. PDS und WASG stellen gemeinsame Landesliste auf. SZ vom 22. Juli, S. 35.
[296] Im Gespräch mit dem Autor, 10. Dez. 2005.
[297] Etabliertes Gehabe bei der neuen Linken. SZ vom 7. Juli 2005, S. 37.
[298] Ebd.
[299] Linksbündnis in Bayern droht zu scheitern. SZ vom 25. Juli 2005, S. 41.
[300] Ebd.
[301] Friedvolle Bürscherl. Tagesspiegel vom 25. Juli 2005, S. 3.

schlechteste Abschneiden für die WASG in Westdeutschland. Bodo Ramelow verwies später jedoch wiederholt auf die Vorgänge in Bayern, um Vorwürfe, es habe Absprachen bei der Besetzung gegeben, zu entkräften.[302]

Auch in *Schleswig-Holstein* kam es zu Verwerfungen: Ein Teil des dortigen WASG-Landesvorstandes hatte sich im Vorfeld mit dem Leverkusener Kreis solidarisiert. Die WASG als klare Alternative für Politikverdrossene zu den etablierten Parteien- auch der PDS- drohe, durch die Fusion unter zu gehen.[303] Die Landesvorsitzende Iris Eckert legte ebenso wie drei andere Vorstandsmitglieder ihr Amt nieder und trat aus der Partei aus. Mit der PDS würden alle Grundsätze, die die WASG bei ihrer Gründung aufgestellt hatte, über Bord geworfen.[304] Erster WASG-Vertreter wurde auf Platz 2 deshalb Heidi Beutin, ehemalige PDS-Sympathisantin und Vorsitzende des Kreisverbandes Stormarn und Lübeck.[305] Spitzenkandidat wurde Lutz Heilmann. Er sollte nach der Wahl für erheblichen Streit sorgen, nachdem im Oktober der Spiegel seine Vergangenheit als Personenschützer für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR offenlegte. Heilmann hatte sich in einer Stichwahl gegen den PDS-Landesvorstand Harald Koch durchgesetzt. Koch trat eine Woche vor der Wahl von seinem Amt zurück, da der verurteilte DDR-Spion Bernd Michels zum Wahlkampfleiter ernannt worden war.[306]

Berlin

Der Nominierungsprozess in der Bundeshauptstadt wurde mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet. Nirgendwo sonst prallten die beiden Parteien derart aufeinander. Im Osten spielte die WASG numerisch wie politisch keine Rolle, im Westen war sie teilweise größer als die PDS, die wiederum – bis auf Ausnahmen – eine Großzahl ihrer Listenplätze für die WASG freimachte. In Berlin jedoch stieß ein relativ großer WASG-Verband auf einen etablierten und größeren PDS-Landesverband. Die Wahlalternative hatte sich gegen die Regierungsbeteiligung der PDS profiliert und bestand zum Teil aus enttäuschten PDS-Mitgliedern. Wegen ihrer zahlenmäßigen Größe (knapp 500 nach eigenen Angaben Ende Juni) drängte sie auf vorde-

[302] Im Gespräch mit dem Autor am 24. Nov.05.
[303] WASG-Minderheit denkt an Spaltung. SZ vom 5. Juli 2005, S. 6.
[304] „Alle Grundsätze über Bord". SZ vom 18. Juli 2005, S. 2.
[305] Kurze Vorstellung. Wahlblog von Heidi Beutin am 23. Aug 2005. <http://heidibeutin.wahl.de/index.php/heidibeutin/2005/08/> am 12. Dez. 2005.
[306] Getrennt marschieren – gemeinsam schlagen. Taz Nord vom 1. Dez. 2005, S. 27.

re Listenplätze – wenn sie schon mit dem ungeliebten Partner kooperieren sollte. „Als Partner hätten wir Anspruch auf zwei aussichtsreiche Listenplätze", sagte Dietmar Müller, Mitglied im geschäftsführenden WASG-Landesvorstand. Daneben müsse auch über Direktkandidaten geredet werden, etwa für die erfolgversprechenden Wahlkreise Mitte, Pankow oder Friedrichshain-Kreuzberg.[307]

Als Spitzenkandidatin hatte die Wahlalternative Renate Herranen nominiert. Diese war für die PDS Bezirksverordnete im Stadtteil Reinickendorf geworden. 2003 trat sie jedoch aus der Partei aus, als diese die Berliner Kindergarten-Gebühren erhöhte.[308] Bei einer vom Bundesvorstand vorgegebenen Quote von einem Viertel sollte sie nach dem Willen der WASG Platz vier erhalten, hinter den unumstrittenen Spitzenkandidaten Gregor Gysi, Petra Pau und Gesine Lötzsch. Damit stieß die Partei jedoch auf Widerstand: Ausgerechnet eine erklärte PDS-Gegnerin könnte nicht den aussichtsreichen Platz erhalten, sagte Landesvorsitzender Stefan Liebich vor dem Parteitag.[309] Die stellvertretende Landesvorsitzende Halina Wawziniak schrieb der WASG, sie solle von Forderungen, bestimmte Plätze mit WASGlern zu besetzen, absehen, um nicht den Anschein einer Absprache und damit eines illegalen Parteienbündnisses zu erwecken. Im Übrigen stünden auch die PDS-Kandidaten für die Inhalte „Arbeit und soziale Gerechtigkeit", die die WASG einfordere.[310]

Statt Herranen sollte Hakki Keski den aussichtsreichen Platz erhalten, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschlands. Er sollte Stimmen der türkischstämmigen Migranten anwerben. Umstritten war auch er nicht. Der Hamburger galt als Kandidat des Bundesvorstands ohne Verankerung in der Parteibasis, vor allem aber verharmlose er aus Sicht der PDS-Mitglieder den Völkermord an den Armeniern.[311] Dies hielten jedoch anscheinend die Delegierten für weniger problematisch als die WASG-Kandidatin Herranen, die in der Abstimmung gegen Keskin unterlag. Erst auf Platz sechs wählte der Parteitag mit Ralf Krämer einen WASG-Vertreter – gegen den Willen des Landesvorstandes, der in seinem Vorschlag für ihn erst Platz 7 vorgesehen hatte. Es sei kaum nachvollziehbar, weshalb die Delegierten Leute mit

---

[307] Linke will Platz an der Sonne. Taz vom 30. Juni 2005, S. 21.
[308] Offene Liste für WASG geschlossen Taz Berlin 4. Aug 2005, S. 21.
[309] Kinder der Wut. Die Zeit, Nr. 32/05 vom 4. Aug. 2005, S.5.
[310] Presseerklärung der stellv. Berliner Landesvorsitzenden Halina Wawzyniak und Landesgeschäftsführer Carsten Schatz vom 8. Juli 2005. <http://www.pds-berlin.de/politik/presse/2005/0708.html> am 28. Juli 2005.
[311] Die Linkspartei bleibt alternativlos. Taz Berlin, 5. Aug. 2005, S. 21.

einem Bundestagsmandat belohnen sollten, die die Politik der PDS ausdrücklich falsch fänden, so Landeschef Liebich.[312]

Auch Krämer war für einige Jahre PDS-Mitglied und hatte gegen den rot-roten Senat gestritten. Der Verdi-Bundesvorstand hatte im Frühjahr 2004 den Aufruf „Für eine wahlpolitische Alternative 2006“ mit verfasst, das Gründungsdokument der Wahlalternative.[313] Herranen verzichtete nach ihrer Niederlage auf eine Kandidatur um weitere Listenplätze. Zweiter WASG-Vertreter wurde deshalb Wolfgang Albers auf dem letzten Platz 14. Er kommt vom Linkspartei-Netzwerk innerhalb der Berliner WASG, einer Arbeitsgruppe, die die Fusion mit der PDS ausdrücklich unterstützt.[314]

Das Bündnis der Berliner Parteien war damit im Großen und Ganzen eigentlich gescheitert. Die WASG Berlin erklärte allerdings in einer Presseerklärung eine Woche nach dem Nominierungsparteitag, einen eigenständigen Wahlkampf zu führen.[315] Dennoch kam es nicht zum Bruch zwischen beiden Parteien. Dies lag zum Teil daran, dass der Berliner Landesverband uneins war, wie er sich der PDS gegenüber positionieren sollte. Landesvorstand Krämer konnte sich mit Platz 6 noch – wenn auch sehr geringe – Hoffnungen auf ein Bundestagsmandat machen. Auch die Gründung des Linkspartei-Netzwerks zeigte, dass die Wahlalternative hier auseinander driftete, in einen Pro- und einen Anti-PDS-Flügel. Durchsetzen konnte sich insofern keiner von beiden, als dass bis zum Wahltag – und weit darüber hinaus – der Streit zwischen Wahlalternative und Sozialisten weder beigelegt noch durch einen Bruch beendet wurde. Der WASG war klar, dass sie gegen die PDS in ihrem Kerngebiet Berlin keine Chance bei der Bundestagswahl haben würde, angesichts der Spitzenkandidaten Gysi, Pau und Lötzsch. Somit wurde der Konflikt vertagt.

---

[312] Zitiert in: Das ist die Berliner Kluft. Stern vom 7. Aug. 2005.

[313] Ist die WASG eine gezielte Beute der PDS? Stuttgarter Zeitung vom 24. Aug. 2005.

[314] Für die Vereinigung der demokratischen Linken! Gründungsaufruf des Netzwerks „Neue Linkspartei“ bei der WASG-Berlin. Berlin, 15. Juli 2005. <http://www.lipanet.de/LiPaNet-Berlin_05-09.pdf> am 30. Sept. 2005.

[315] Im Clinch mit der Linkspartei. Taz Berlin vom 9. Aug. 2005, S. 17.

6 Zulassung durch die Landeswahlausschüsse

Schon im Vorfeld der Nominierungsparteitage brandete eine öffentliche Diskussion auf, ob die Listen überhaupt zulässig seien. Gegner der Zulassung beriefen sich dabei auf Bundeswahlleiter Johann Hahlen, der immer wieder davon gesprochen hatte, dass Nicht-PDS-Mitglieder nur in „homöopatischen Dosen“ auf den Landeslisten der Partei auftauchen dürfen.[316] Wie hoch allerdings die Dosis maximal sein dürfe, war unklar. Hahlen selbst hatte sich dazu nicht öffentlich geäußert. Der PDS-Bundesvorstand hatte nach einem Gespräch mit ihm allerdings den Gliederungen mitgeteilt, dass etwa ein Viertel die Obergrenze sei.

Tabelle 6: WASG-Quote auf PDS-Landeslisten[317]

	Aussichtsreiche Plätze für PDS (in Klammern: WASG-Quote)		***WASG-Mitglieder auf Landeslisten***	***Quote auf Gesamtliste***
	PDS-Prognose	***Election.de***	***Platznummern***	
Baden-Württemb.	**4 (50%)**	**5 (40%)**	**1,3,6,8,9,11,13 (18)**	**39%**
Bayern	**4 (25%)**	7 (14%)	1,13,16,18 (19)	21%
Berlin	4 (0%)	5 (0%)	6, 14 (14)	14%
Brandenburg	4 (0%)	5 (0%)	6 (12)	8%
Bremen	0(-)	0(-)	2,4,8 (16)	19%
Hamburg	1(0%)	1 (0%)	5,11 (14)	14%
Hessen	**2 (50%)**	**4 (50%)**	2,4,8,16,17,20 (20)	25%
Mecklenburg-Vorp.	3 (0%)	3 (0%)	**5,10,12 (12)**	**25%**
Niedersachsen	**3 (33%)**	**5(40%)**	3,4,8,10,12,14,16,23, 27,29,37 (46)	24%
Nordrhein-Westf.	7 (28%)	10 (20%)	1,6,21,22,24,27 (30)	20%
Rheinland-Pfalz	**2 (50%)**	**2 (50%)**	**2,3,7,8,14,19 (20)**	**30%**
Saarland	**1 (100%)**	**1 (100%)**	1 (8)	12%
Sachsen	7 (14%)	9 (11%)	2,12,17,29 (30)	13%
Sachsen-Anhalt	3 (0%)	5 (20%)	5,6 (12)	17%
Schleswig-Holstein	1 (0%)	**2(50%)**	**2,5,8 (11)**	**27%**
Thüringen	4 (0%)	5 (0%)	8, 17 (20)	10%
GESAMT	50 (20%)	69 (20%)	63 (302)	21%

Worauf sich diese Höchstquote nun bezog, war allerdings unklar. Auf die aussichtsreichen Plätze, oder die gesamte Liste? Weder im Bundeswahlgesetz, Urteilen

[316] U.a.: Wahlleiter sieht Hürden für Linkspartei. Handelsblatt vom 25. Juli 2005.
[317] Angaben aus Kandidatenvorstellungen und anhand von Parteipublikationen. Prozentzahlen (gerundet): Eigene Berechnung.

zum Wahlrecht oder den Bundeswahlordnungen noch in Äußerungen der Wahlleiter gab es dafür Anhaltspunkte.

Die frühere Verfassungsrichterin Karin Graßhof meinte, sämtliche Listen seien seien rechtswidrig, da hier „ganz klar zwei unterschiedliche Parteien“ antreten würden[318] Dies werde klar an der Haltung zum Sozialismus in Grundsatzpapieren der Parteien: Die PDS strebe ihn an, die WASG nicht.

In der FAZ hatten zuvor Graßhof und ihre Kollege Hans Hugo Klein die mögliche Folgen einer fehlerhaften Zulassung illustriert: Sollten die Listen wahlrechtswidrig zugelassen werden und nach der Wahl vom Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärt werden, handele es sich um einen „relevanten Wahlfehler von weitreichender Bedeutung“, da ein erheblicher Teil der Wählerstimmen ungültig wäre.[319] Als Konsequenz müsste die Bundestagswahl wiederholt werden.

Dass es sich bei dem Bündnis von PDS und WASG um ein unzulässiges handele und deshalb abgelehnt werden müsse, war für beide eindeutig:

> „Linkspartei/PDS und WASG haben sich bisher nicht zu einer Partei zusammengeschlossen. Ein gemeinsames Programm haben sie nicht. Man weiß von ihnen auch nicht, ob ihr Zusammengehen sich nach der Wahl fortsetzen wird[...]. Bei ihrem eingestandenermaßen allein wahltaktisch bedingten Zusammengehen handelt es sich um einen Trick [...]. [320]

Graßhof sagte später, sie habe allerdings dafür Verständnis, wenn die Wahlausschüsse die Listen dennoch genehmigen,. Würden sie die Landeslisten nicht zulassen, würde es „im Vorfeld der Wahlen erhebliche politische Unruhen geben“ und die PDS könne die Nichtzulassung für sich instrumentalisieren.[321]

Auch der Bonner Jurist Wolfgang Löwer hielt die Aufstellung für nicht zulässig. Seiner Ansicht nach habe es Absprachen zwischen den Partnern vor der Listenaufstellung gegeben. Darauf deute auch die Tatsache hin, dass WASG-Mitglieder in einigen Bundesländern die offenen Listen der Linkspartei anführen, so Löwer. [322]

PDS-Wahlkampfleiter Bodo Ramelow wies Kritik an den Listen als unberechtigt zurück. Die Listen seien „unter strikter Beachtung des Wahlrechts“ zu Stande gekommen. Dabei habe es „ keine Reißverschlussverfahren, gemischte Lis-

---

[318] Ex-Verfassungsrichterin: Zulassung der Linkspartei ist rechtswidrig. FTD vom 13. Aug. 2005.
[319] Graßhof, Karin/Klein, Hans Hugo: Die Wahl wäre ungültig. FAZ vom 6. Aug. 2005, S. 10.
[320] Ebd.
[321] FTD vom 13.8.2005 (Fußn.316).
[322] Staatsrechtler will Bundestagswahl anfechten. Taz vom 15. Aug. 2005, S. 7.

ten, feste Listenplätze oder Ähnliches, sondern einzig und allein die Wahlentscheidung der Vertreter“ gegeben.[323] Die WASG wertete die Ankündigungen als Versuch des „politischen Establishments“, eine Wahlalternative für „breite Wählerschichten zu verhindern“.[324] Der Spitzenkandidat Baden-Württembergs, Ulrich Maurer von der WASG, trat kurz vor der Entscheidung der Ausschüsse in die PDS ein. Zwar erlaubt deren Satzung in Art. 2 Abs. 1 eine Doppelmitgliedschaft eigentlich nicht (anders als die WASG), aber dies war ein parteiinternes Problem. PDS-Mitglieder hätten gegen seinen Eintritt Widerspruch bei der Schiedskommission einlegen müssen, um Maurer auszuschließen, was jedoch nicht geschah.

Unterstützung erhielt die PDS unter anderem vom Verfassungsrechtler Hans Meyer. Die Argumentation der Ex-Verfassungsrichter Graßhof und Klein, so Meyer, „lässt sich leicht mit dem Interesse jener Parteien identifizieren, denen sie angehören und denen sie ihr Richteramt zu verdanken haben“. [325] Graßhof war von der SPD und Klein von der CDU für das Richteramt nominiert worden. Die Listen seien rechtlich zulässig weil die demokratische Legitimation, die Aufstellung durch die Delegiertenversammlung der antretenden Partei, gesichert sei. Damit sei vernachlässigbar, ob und welcher Partei die Kandidaten angehörten.

Zu entscheiden hatten über die Zulassung die Landeswahlausschüsse. Sie bestanden aus sechs Vertretern der im Bundestag vertretenen Parteien.[326] Den Vorsitz inne hatte jeweils der Landeswahlleiter. Sie hatten über die Zulässigkeit der Listen zu entscheiden. Im Falle eines Einspruchs gegen ihren Beschluss war eine Revision beim Bundeswahlausschuss möglich, bestehend aus dem Bundeswahlleiter und acht Beisitzern.

Bei einem nicht-öffentlichen regulären Treffen am 19. August in Wiesbaden berieten die Landeswahlleiter gemeinsam mit Hahlen ihr Vorgehen.[327] Bundeswahlleiter Johann Hahlen forderte von seinen Kollegen eine "materielle Prüfung" der Landeslisten und gab ihnen dazu eine „Handreichung“: Genau zu beachten sei vor allem, "auf welchen – möglicherweise aussichtsreichen – Listenplätzen die parteifremden Bewerber einer Liste platziert sind".[328]

---

[323] „Es gibt kein Reißverschlussverfahren“. SZ vom 26. Juli 2005, S. 5.
[324] Vogel/Kloth/v.Schlack 2005, S. 28.
[325] Hans Meyer: Griff zur Schrotflinte. Spiegel, 15. Aug. 2005, S. 35.
[326] Paragraf 9 Abs. 2 Bundeswahlgesetz
[327] Thüringens Landeswahlleiter Günter Krombholz im Gespräch mit dem Autor, vgl: Linkspartei droht Nichtzulassung. TA vom 10. Aug. 2005, S.1.
[328] Leise und geschmiert. Spiegel vom 15. Aug. 2005, S. 32.

Sie hatten einige Auffälligkeiten zu bereden, besonders die Hamburger Liste aufgefallen, auf der vergleichsweise wenige PDS-Mitglieder kandidierten – ein Großteil war parteilos, von der DKP oder der WASG. Aber auch andere Listen überschritten eigentlich die vermeintliche Quote von 25 Prozent, sowohl bei aussichtsreichen Plätzen als auch in Bezug auf die Gesamtliste: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Der Landeswahlleiter von Rheinland-Pfalz, Jörg Berres, sagte, man werde bei der Zulassung genau prüfen, „ob dieselbe Partei drinsteckt, die auch draufsteht".[329] Der hessische Landeswahlleiter Wolfgang Hannappel äußerte keine Bedenken gegen die Liste. „Nach meiner derzeitigen Beurteilung gibt die Liste der Linkspartei in Hessen – auch unter Beachtung der mir bekannten Auffassung des Bundeswahlleiters – keine Veranlassung, dem Landeswahlausschuss eine Zurückweisung der Liste vorzuschlagen."[330].

Am 19. August trafen sich die 16 Landeswahlausschüsse, um über die Zulassung sämtlicher Listenwahlvorschläge zu entscheiden. In allen Bundesländern wurden die offenen Listen der PDS zugelassen. „Wir sitzen in der Zwickmühle", sagte Thüringens Landeswahlleiter Krombholz.[331] Zwar seien die Listen möglicherweise unzulässig. Aber der Gesetzgeber habe nicht festgeschrieben, woran man denn eine solche erkennt. Es fehle an Prüfkriterien, deshalb könne keine Prüfung stattfinden.So müssten die Kandidaten laut Wahlrecht keine Auskunft darüber geben, welcher Partei sie angehörten, ganz zu schweigen vom Fehlen einer Höchstquote für Fremdmitglieder. Die Ausschüsse hätten etwa nur prüfen können, ob die Aufnahme von Parteifremden in die Satzung zugelassen ist, und dies sei bei der PDS der Fall gewesen. Die Wahlausschüsse in Rheinland-Pfalz und Hessen verwiesen auf die Autonomität der Parteitage, die die Listen aufgestellt hätten.[332] Die Vorschläge seien formal korrekt gewesen.

Einspruch gegen die Entscheidung konnten gemäß Wahlgesetz nur noch die Wahlleiter oder die betroffenen Parteien einlegen, da nur sie Beteiligte des Verfahrens waren. Wahlberechtigte konnten erst nach der Bundestagswahl Einspruch erheben, beim zuständigen Wahlprüfungsausschuss des Bundestags oder beim

---

[329] Im Gespräch mit dem Autor, vgl.: Linkspartei droht Nichtzulassung. TA vom 10. Aug. 2005, S.1.
[330] Bedenken gegen Listen der Linkspartei.SZ vom 8. Aug. 2005, S. 6.
[331] Krombholz im Gespräch mit dem Autor, 19. Aug. 2005, vgl: Ohne Prüfkriterien keine Prüfung. TA vom 20. Aug. 2005, S.2.
[332] Listen der Linkspartei mit WASG-Kandidaten zugelassen. FR vom 20. Aug. 2005, S. 5.

Bundesverfassungsgericht. Der Staatsrechtler Wolfgang Löwer kündigte deshalb unmittelbar nach der Entscheidung der Landeswahlausschüsse an, Klage in Karlsruhe einzureichen.[333] Das Listenbündnis verstoße gegen die Wahlgleichheit, da Stimmen für die PDS der WASG erleichtern würden, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, was ihr allein nicht möglich wäre. Damit sei die Wahlalternative gegenüber den anderen antretenden Parteien bevorteilt.

Bis zur Bundestagswahl waren mit der Zulassung durch die Landeswahlausschüsse die wahlrechtlichen Probleme vorerst aus dem Weg geräumt, die Linkspartei.PDS konnte antreten. Geholfen hatte ihr dabei, dass das Problem, wie viele Parteifremde maximal auf einer Liste kandidieren dürfen, sich so noch nicht gestellt und weder im Wahlgesetz noch durch richterliche Urteile geregelt war. So musste erstens der Bundeswahlleiter interpretieren, welche Höchstquote eventuell unzulässig sein könnte. Seine Vorgabe war für die Ausschüsse allerdings nicht bindend, sie hatten sich an Wahlgesetz und -ordnung zu halten. Das bot den Delegierten der Wahlalternative und der PDS viel Raum für Spekulationen und Forderungen. Zweitens konnten die zuständigen Landeswahlausschüsse selbst nicht überprüfen, ob die Quoten überschritten wurden, da die Parteien nicht verpflichtet waren, sie mit entsprechenden Informationen zu versorgen.

[333] Linkspartei darf antreten. SZ vom 20. Aug. 2005, S. 7.

V FAZIT UND AUSBLICK

Am 18. September 2005 zeigte sich, dass die Kooperation ihr Ziel erreicht hatte: 8,7 Prozent der gültigen Stimmen erhielt die Linkspartei.

Dabei war vor dem 22. Mai noch nicht abzusehen, dass WASG und PDS ein Bündnis bilden würden. Zwar sind sie programmatisch sich ähnlich, doch personell gab es zu starke Differenzen.

Es ist wenig wahrscheinlich, dass es dazu überhaupt gekommen wäre, hätte Bundeskanzler Schröder nicht am 22. Mai 2005 Neuwahlen ausgerufen. Nur dadurch sahen sich sowohl PDS als auch WASG außer Stande, allein einen Wahlkampf zu führen. Die Wahlalternative hatte sich dezidiert mit dem Ziel gegründet, selbstständig zur Bundestagswahl 2006 anzutreten. Dies hatte ihr den Zulauf beschert, darauf waren ihre Strukturen ausgerichtet. Sie hoffte, bis Ende des Jahres 2005 in allen Bundesländern funktionierende Landesverbände aufgebaut und ihre Schulden, die sie im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen aufgenommen hatte, bis Herbst des Folgejahres abgebaut zu haben.

Ob die WASG auch erwogen hätte, zu den Landtagswahlen im März in Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Ihre Ausgangslage in den drei Ländern ist jedoch ungleich schlechter als vor dern Wahl in Nordrhein-Westfalen, sowohl, was die Zahl der Mitglieder betrifft, als auch bei ihren Finanzen. Zusätzliche Probleme hätte ihr bereitet, dass die Wahlen am selben Tag, dem 26. März 2006, stattfinden. In jedem Fall hätte sie der PDS in Sachsen-Anhalt nicht gefährlich werden können. Fraglich ist auch, ob Oskar Lafontaine sich danach als Spitzenkandidat für ein Linksbündnis angeboten hätte.

Er war aber mit die wichtigste Mitgift, die die WASG der PDS zu bieten hatte.

Die PDS hätte ihrerseits nach den Landtagswahlen im März 2006 kaum einen Grund gehabt, mit der Wahlalternative zu kooperieren, da sie ihr nicht als gefährlich erschien wäre. Anders jedoch die Lage am 22. Mai 2005: Die PDS musste fürchten, dass sie allein erneut nicht den Einzug ins Parlament schafft, wenn die WASG ihr in an alten Bundesländern einen Teil der Stimmen abnehmen kann – wie in Nordrhein-Westfalen geschehen.

Ein zweites wichtiges Element war, wie gezeigt, der Zeitdruck. Innerhalb von nicht einmal zwei Wochen einigten sich die Spitzenvertreter beider Parteien auf ein

Bündnis. Der WASG-Bundesvorstand hatte keine Gelegenheit, den Stand der Verhandlungen der Basis zurückzumelden und mit ihr zu diskutieren. Die Gegner des Bündnisses mussten sich innerhalb der Parteien erst organisieren. Angesichts der kurzen Zeit bis zum Kooperationsvertrag und den Nominierungsparteitagen bestand für sie nicht mehr die Möglichkeit, sich zu formieren und die Pläne zu attackieren. So wurden ihre Argumente und Bedenken dem kurzfristigen Ziel, gemeinsam in den Bundestag einzuziehen, untergeordnet.

Der Zeitdruck bewirkte auch, dass sich die Wahlalternative auf das Modell der offenen Listen einlassen musste. Andere Modelle waren rechtlich bedenklich (wie die Wahlpartei) oder aber hätten zu viel Zeit in Anspruch genommen, wie das Modell des Beitritts, wie ihn Bündnis 90 und die Grünen praktizierten.

Schließlich kam dem Bündnis zu Gute, dass die rechtlichen Bedingungen für ihr Modell der offenen Listen Lücken aufwiesen. Sie boten den Delegierten die Chance für Spekulationen, welche Quote zulässig sein könnte und ermöglichte es WASG-Vertretern, in hoher Zahl auf die Landeslisten der PDS gewählt zu werden. Wären im Wahlgesetz Höchstquoten vorgesehen oder die Nominierten verpflichtet worden, ihre Mitgliedschaften in Parteien anzuzeigen, hätte die Wahlalternative diese Option der offenen Listen womöglich nicht akzeptiert, da sie dann deutlich weniger Mandate erwarten konnten.

Der Bundestag hatte das Problem bereits erkannt. In einem Gutachten hatte er die Frage der offenen Listen im Dezember 2004 bereits erörtert.[334] Anlass war das angekündigte Bündnis zwischen DVU und NPD. Im Sommer 2005 konnte die Definitionslücke im Wahlgesetz jedoch nicht mehr behoben werden. Die Landeswahlleiter kündigten im August an, dem Bundestag eine Gesetzesnovelle zu empfehlen, um die gefundenen Rechtslücken zu schließen. Damit könnte sich zukünftig die Möglichkeit für Parteien, über offene Listen gemeinsam in den Bundestag einzuziehen, verschließen.

Nach dem Erfolg der offenen Listen stellt sich die Frage, wie es mit der Fusion weiter geht. Das verwendete Modell war hauptsächlich deswegen gewählt worden, weil sich zeitlich kein anderes umsetzen ließ. Seit dem 18. September können die beiden Partner jedoch längerfristig planen.

---

[334] Deutscher Bundestag: Gutachten zur Frage mehrparteiiger Listenverbindungen und Kooperationen bei der Bundestagswahl. Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, Reg.-Nr. WF III-306/04. Berlin 2004 (unveröff.).

Die ersten Probleme zeigten sich bereits bei der Konstituierung der Bundestagsfraktion. Mehrere ostdeutsche Abgeordnete, darunter Gesine Lötzsch, Petra Pau und Katja Kipping, kritisierten die zahlenmäßige Dominanz westdeutscher Abgeordneter: Nur 23 der 54 Abgeordneten kommen aus dem Osten. Dies schade der Ausrichtung der Partei als ostdeutsche Interessenvertretung.[335] Zudem kritisierten sie, dass das Prinzip der Frauenquote aufgegeben wurde, in dem die Funktionen der beiden Fraktionschefs und der Sitz im Präsidium des Bundestags an Gysi, Lafontaine und Bisky gehen sollten.[336] Diese ersten Debatten zeigen bereits, dass mit dem Fehlen des Zeitdrucks innerhalb des Bündnisses erste Konflikte ausbrechen. Ob diese kontrolliert werden können oder das Bündnis zerbricht, ist momentan nicht abzusehen.Dazu kommt, dass sich die Lage der WASG im Laufe des Jahres 2005 deutlich verändert hat.

Tabelle 7: WASG-Mitgliederzahl im Jahresverlauf[337]

	31. Mai	*30. Juni*	*30. September*
Baden-Württemberg	606	780	899
Bayern	672	822	904
Bremen	104	109	117
Hamburg	220	288	396
Hessen	396	570	922
Niedersachsen	558	731	1165
Nordrhein-Westfalen	1.738	2.049	2.889
Rheinland-Pfalz	301	387	614
Saarland	214	288	524
Schleswig-Holstein	191	252	332
WEST	**5.000**	**6.276**	**8.762**
Berlin	360	476	703
Brandenburg	79	104	168
Mecklenburg-Vorpommern	63	78	118
Sachsen	143	176	252
Sachsen-Anhalt	78	98	137
Thüringen	36	51	116
OST (mit Berlin)	**679**	**983**	**1.494**
GESAMT	**5.795**	**7259**	**10813**

[335] Ein bisschen Frieden. Spiegel vom 10.10.2005, S. 36.
[336] Linkspartei-Frauen fordern Quote. TA vom 23. September 2005, S. 1.
[337] WASG (Hrsg.): Monatsberichte zur Mitgliederentwicklung & Länderbudgets der Partei (unveröff.).

Rund 11.000 Mitglieder zählt die junge Partei am Ende ihres Gründungsjahres. Im Mai, noch zu Beginn der Verhandlungen mit der PDS, waren es knapp die Hälfte. Sie ist nicht länger der viel kleinere Partner, der sich der deutlich größeren Partei unterordnen muss.

Der Anstieg in Wahljahren ist allerdings ein Phänomen, dass auch andere Parteien registrierten. Die Mitgliederstruktur der WASG hat sich dagegen kaum geändert, was den Frauenanteil betrifft. Er blieb konstant bei 22 Prozent. Die PDS gewann im gesamten Jahr brutto knapp 4000 neue Mitglieder (ohne Austritte), etwa doppelt so viele wie in den Vorjahren.[338] Im Jahr nach der Wahl treten allerdings viele der Neumitglieder wieder aus.

Die Bundesvorstände beider Parteien betonen, dass sowohl die gestiegene Mitgliederzahl als auch das Wahlergebnis ihnen Verpflichtung ist, die Fusion beider Parteien voranzutreiben. Sie hoffen nicht zuletzt, die historische Chance nutzen zu können, eine bundesweit tätige linke Partei in Deutschland zu bilden, die nicht nur auf eine Region beschränkt ist und sich neben der Sozialdemokratie etablieren kann – eine Linkspartei wie in mehreren anderen europäischen Staaten, die nicht das Schicksal früherer SPD-Abspaltungen teilt, innerhalb weniger Jahre in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.

Dem folgte der Bundesparteitag der PDS in Dresden Anfang Dezember, indem er Doppelmitgliedschaften für WASG-Mitglieder ermöglichte. Mehrere von ihnen übten jedoch Kritik, dass sie erneut nicht zu den Verhandlungen mit der WASG gehört wurden. Laut Plan sollen spätestens im Frühjahr 2007 die Verhandlungen abgeschlossen und die Fusion umgesetzt werden.

Dass dies jedoch nicht gerade einfach wird, zeigten die Verhandlungen in den drei Bundesländern, in denen 2006 Landtagswahlen stattfinden. Die dortigen Landesverbände stritten anhaltend, wer der beiden Parteien zu den Wahlen antreten solle und mit welchen Kandidaten. In Rheinland-Pfalz etwa verließen wegen dieses Konfliktes ein PDS-Kreisverband und ein Landesvorstand die PDS.[339] Dort und in Baden-würrtemberg will die WASG mindestens fünf Prozent holen. In Berlin kündigte die dortige WASG an, gegen die PDS bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus anzutreten. In Schleswig-Holstein haben sich die Vorstände überworfen, weil der Bundestagsabgeordnete Lutz Heilmann Personenschützer bei der Staatssicherheit

[338] Dietmar Bartsch in seiner Bewerbungsrede als Bundesgeschäftsführer auf dem Bundesparteitag der Linkspartei in Dresden, 10. Dez. 2005.
[339] Eine Spaltung, die keine sein soll. Taz vom 14. Dez. 2005, S. 10.

war. Ein ähnliches Problem tauchte in der Bundesführung auf, als die Delgierten zum Schrecken der anwesenden WASG-Vertreter mit Bernhard Walther einen ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit zum Bundesschatzmeister wählten.[340]

Wenn es den Bundesvorständen gelingen sollte, diese Konflikte zu beheben, stellt sich die Frage nach dem Fusionsmodell. Als einzig praktikabel bietet sich beiden nur das Model des Übertritts an, wie ihn das Bündnis 90 und die Grünen praktiziert haben. Die kleinere Partei, die Wahlalternative also, würde dabei ihre Auflösung beschließen und komplett in die PDS übertreten. Dass dies durchaus möglich ist, zeigen die Eintritte von Oskar Lafontaine und Ulrich Maurer in die PDS.

Nur durch einen Beitritt der WASG bewahrt sich die PDS ihren Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung und staatliche Parteienfinanzierung. Diese aufzugeben für eine komplette Neugründung einer Partei, dürften die Sozialisten nicht bereit sein. Bis zum Beitritt wird die WASG allerdings Mitglieder verlieren. Bereits jetzt hat der Leverkusener Kreis angekündigt, eine eigene Partei zu planen. Wie viele ihm folgen werden, werden die nächsten Jahre zeigen.

Wie bei Bündnis 90 und den Grünen könnte die Fusion trotz aller Widerstände, Verzögerungen und Probleme dennoch gelingen. Dass die Partner in den nächsten Jahren viel Zeit haben werden, darüber zu diskutieren, dürfte allerdings den Prozess nicht einfacher machen.

---

[340] Walther, Bernhard: Bewerbung als Bundesschatzmeister zur 3. Tagung des 9. Parteitags der PDS in Dresden, 10. bis 11. Dezember 2005.

VI LITERATUR

1 Primärquellen

- ASG-Landesvorstand: Antrag an den Bundesvorstand vom 21. Februar 2005. <http://www.sozialismus.info/mv-lvo-gegen-sav.pdf> am 28. Mai 2005.
- ASG-Rundbrief 3/2004 vom 3. Mai 2004. <http://www.wasg-verein.de/uploads/media/Rundbrief_3_04.pdf> am 30. Okt. 2005.
- ASG-Rundbrief 5 vom 26. Mai 2005: Wir rücken zusammen. <http://www.wasg-verein.de/417.0.html> am 30. Okt. 2005.
- Bartsch; Dietmar: Bewerbungsrede als Bundesgeschäftsführer auf dem Bundesparteitag der Linkspartei in Dresden, 10. Dez. 2005.
- Beschluss des PDS-Parteivorstands am 11. Juni 2005 (unveröff.).
- Beschlussvorlage der PDS-Verhandlungsdelegation für den Parteivorstand. 11. Juni 2005 (unveröff.).
- Beutin, Heidi: Kurze Vorstellung. Wahlblog von Heidi Beutin vom 23. Aug 2005. <http://heidibeutin.wahl.de/index.php/heidibeutin/2005/08/> am 12. Dez. 2005.
- Bisky, Lothar: Brie an Mitglieder und Sympathisanten zur Begründung der Namensänderung. Berlin, 23. Juni 2005.
- Böttcher, Maritta: Kriterien für die Kandidaturen zur Bundestagswahl 2005. Beschluss des Parteivorstands vom 11.Juni 2005. 9. Juli 2005.
- Brie: Andre: Die Linke hat kein Recht mehr auf Misserfolg. In: Sozialismus. Jg. 32 (2005), H. 4, S. 11-15.
- Brombacher, Ellen: Nomen est Omen. Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS«, Heft 8/2005.
- Brombacher, Ellen/Wagenknecht, Sahra/Hecker, Thomas/ u.a.: Positionspapier für den "Kleinen Parteitag" der PDS am 28. Mai 2005.

- Bundeswahlleiter: Pressemitteilung vom 25.08.05. <http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ presse/pd170211.html> am 30. Dez. 2005.
- Claus, Roland: betr. WASG Verhandlung. Fortschrittspapier, 21. Juni 2005 (unveröff.).
- DL-Pressemitteilung vom 8.6.05. <http://www.dl-berlin.de/47080p04.htm> am 20. Dez. 2005.
- PDS-Parteiprogramm vom 26. Oktober 2003. <http://sozialisten.de/partei/dokumente/programm/index.htm> am 30. Dez. 2005.
- Eckhoff, Heinrich: Mandate 2005. Interne Prognose für den Bundesvorstand 1. Berlin 17. Juni 2005 (unveröff.).
- Fichtmüller, Simone/Vollmer, Uwe: Presseerklärung vom 23. Aug. 2005.
- Hobler, Uwe: Anmerkungen zum Fortschrittspapier des WASG-Bundesvorstands, 21. Juni 2005 (unveröff.).
- Interview mit Katja Kipping. In: Vogel, Johann Peter/Kloth, Hans Michael/v. Schack, Monika: Die Linkspartei – Rotgesagte leben länger. Hamburg 2005 S. 51-58.
- Leverkusener Erklärung vom 10. Juni 2005. <http://leverkusen.blogg.de/eintrag.php?id=4> am 12. Juni 2005.
- Meves, Helge: die Wahlalternative – eine andere Politik ist möglich. In: Brie, Michael (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen (Reihe: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 23). Berlin 2005, S.24-29 (zitiert als: Meves 2005)
- Morlok, Martin: Kurzgutachten erstattet für den Parteivorstand der PDS. Düsseldorf, 13. Juni 2004 (unveröffentlicht).
- o.A. Ergebnisprotokoll einer Besprechung der Landeswahlleiter mit dem Bundeswahlleiter am 5. Juli in Wiesbaden. o.O. 6. Juli 2005.

- o.A.: Für die Vereinigung der demokratischen Linken! Gründungsaufruf des Netzwerks „Neue Linkspartei“ bei der WASG-Berlin. Berlin, 15. Juli 2005. <http://www.lipanet.de/LiPaNet-Berlin_05-09.pdf> am 30. Sept. 2005.
- o.A. [Ramelow, Bodo]: Stichpunkte für das Gespräch mit Vertretern der WASG am 8. Juni 2005. Berlin 3. Juni 2005.
- Ostrowski, Christine/Weckesser, Ronald: Brief aus Sachsen – Für einen eigenen Weg »statt links von der SPD«, 7. Mai 1996.
- PDS (Hrsg.): Altersstruktur der PDS. Stand: 31. Dez. 2003. <http://sozialisten.de/partei/daten/statistiken/struktur.htm> am 20. Dez. 2005. 60 Prozent der Mitglieder sind zudem Rentner. Ebd.
- PDS erwägt Namensänderung. SZ vom 7.5.05, S.1.
- PDS stellt der Wahlalternative ein Ultimatum. Die Welt vom 14.6.05, S. 4.
- PDS-Mitgliederzahlen. Stand: 31. Dez. 2004. <http://sozialisten.de/partei/daten/statistiken/mitglieder.htm> am 18. Dez. 2005.
- PDS-Parteizentrale: Prozentuale Kostenanteile Bundestagswahlkampf 2005. o.D. (unveröff.).
- PDS-Rechenschaftsbericht 2003. <http://sozialisten.de/partei/daten/finanzen/bericht2003/rechenschaftsbericht2003.pdf> am 18. Dez 2005.
- PDS: Stand der Verhandlungen und Namensfrage. Information zur Beratung des Parteivorstandes am 22. Juni 2005 an die Landes- und Kreisvorsitzenden. <http://sozialisten.de/partei/parteivorstand/vorstand2004/berichte/view_html?zid=28108&bs=1&n=5> am 23. Juni 2005.
- PDS: Statut der Linkspartei, Art. 11 Abs. 2 und Art. 14 Abs 1; WASG-Satzung Art. 21 Abs. 2.
- Plan des zentralen Finanzausgleichs 2004. <http://sozialisten.de/partei/daten/finanzen/plan2004/finanzplan2004_finanzausgleich.pdf> am 30. Dez. 2005.
- Regierungserklärung des Bundeskanzlers betr. Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung. Plenarprotokoll 15/32 14.03.2003 S. 2479B-2493C.

- Volksbegehren Soziales Berlin: Pressemitteilung vom 3. Dez. 2004. <http://www.volksbegehren-soziales-berlin.de/files/PE_Antrag_3.12.04.pdf> (Stand: 20. Dez. 2005).
- SAV: Einspruch gegen Nichtaufnahme von Christine Lehnert, Torsten Sting und René Henze in die ASG. <http://www.sav-online.de/index.php?name=News&file=article&sid=1197> am 30. Mai 2005.
- Schäfer, Paul: Gesprächsprotokoll vom 15. Juni 2005 (unveröff.).
- Schlegel, Markus: Weblog [Sprecher des Leverkusener Kreises]. <http://wasg.blogg.de/eintrag.php?id=54> (Stand: 30. Juni 2005)
- Seibert, Mark:.Pressemitteilung vom 22. Juni 2005 auf der Homepage von Mark Seibert. <http://www.ex-gn.de/ms4/politik/detail.php?nr=114&kategorie=politik> am 30. Juni 2005.
- SPD-Wahlprogramm „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ zur Bundestagswahl 1998. Beschluß des außerordentlichen Parteitages der SPD am 17. April 1998 in Leipzig, S. 4.
- Stimmt. Zeitung des PDS-Landesverbandes Bremen, Ausgabe 7. <http://www.linkspartei-bremen.de/stimmt/stimmt05-07.pdf> am 7. Aug. 2005.
- Vereinbarung zwischen der WASG und der PDS, ohne Datum [11. Juni 2005] (unveröff.).
- Vogel, Johann Peter/Kloth, Hans Michael/v. Schack, Monika: Die Linkspartei – Rotgesagte leben länger. Hamburg 2005.
- Vorlagebeschluss des Landgerichts Lübeck für das Bundesverfassungsgericht. Aktenzeichen Jz. 713 Js 16817/90 StA Lübeck – 2 Ns (Kl. 167/90).
- Vorschlagsliste der Landesdelegiertenversammlung der WASG Baden-Württemberg vom 9. Juli 2005. <http://bw.w-asg.de/937+M506dbe83f48.0.html> am 20. Juli 2005.
- Wagenknecht, Sahra: Erklärung zum Abstimmungsverhalten auf der Parteivorstandssitzung vom 11. Juni 2005. <http://www.sozialisten.de/partei/struk-

turen/agigs/kpf/dokumente/view_html?zid=27763&bs=1&n=6> am 20. Juni 2005.

- Wawzyniak, Halina/Schatz, Carsten: Presseerklärung der stellv. Berliner Landesvorsitzenden und desLandesgeschäftsführers vom 8. Juli 2005. <http://www.pds-berlin.de/politik/presse/2005/0708.html> am 28. Juli 2005.
- WASG/ASG-Landesvorstand Thüringen: Erklärung des aktiven Landesvorstandes. Weimar, den 1.März 2005. <http://www.wahlalternative-2006.de/article71.html> am 30. Mai 2005.
- WASG Thüringen: Protokoll des WASG-Nominierungsparteitages vom 25. Juni 2005 in Elgersburg. o.O., 27. Juni 2005. <http://w-asg-thueringen.de/Protokoll_25.06.pdf> am 28. Juni 2005.
- WASG-Landesvorstand NRW: Mitglieder-Rundschreiben. Düsseldorf, 24. Aug. 2005.
- WASG Sachsen: Presseerklärung zur Landesmitgliederversammlung der WASG Sachsen: Wahlalternative grenzt Wahlalternative aus. 11.10.2004. V.i.S.d.P.: Enrico Stange.
- WASG: Für eine wahlpolitische Alternative 2006.15. März 2004. <http://www.wasg-verein.de/uploads/media/Wahlalternative.pdf> am 30. Okt. 2005.
- WASG: Newsletter Nr.1 vom 15.03.04. Strategiepapier: Für eine wahlpolitische Alternative 2006. <http://www.wasg-verein.de/398.0.html> am 30. Okt. 2005.
- WASG e.V.: RUNDBRIEF 1 / 2004 – 24. März 2004. <http://www.wasg-verein.de/416.0.html> am 30. Okt 2005.
- WASG e.V.: RUNDBRIEF des WASG e.V., 2/2004 vom 7. April 2004. <http://www.wasg-verein.de/421.0.html?&[res]=1152> am 20. Dez. 2005.
- WASG: Gründungsprogramm. Beschlossen am 22. Jan. 2005. <http://www.-wasg-nrw.de/uploads/media/ gruendungsprogramm_20050122.pdf (Stand: 10. Mai 2005).
- WASG : Monatsberichte zur Mitgliederentwicklung & Länderbudgets der Partei (unveröff.).

- WASG: Nach den Beratungen der Landesvorstände in Kassel: Ergebnisse werden fortgesetzt. [Ergebnisprotokoll]. Ohne Datum (13.06.2005], (unveröff)., S. 2.
- WASG: Nach den Beratungen der Landesvorstände in Kassel: Ergebnisse werden fortgesetzt. [Ergebnisprotokoll]. Ohne Datum [13.06.2005] (unveröff.).
- WASG-Bundesvorstand: Fortschrittsbericht. Ohne Datum [17. Juni 2005] (unveröff.).

2 Sekundärliteratur

- Arndt, Uwe/Mackenbach, Werner /Pohl, Willi/Scheller, Bertold: Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei. Frankfurt am Main 1990.
- Bisky, Lothar/Czerny, Jochen/Mayer, Herbert (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Berlin 1996.
- Brie, André: Die PDS in Ost und West – Fakten und Argumente statt Vermutungen. Berlin 2000.
- Brie, Andre: Thesen zur Perspektive der Linkspartei – offene Fragen, Probleme, Herausforderungen. In: Brie, Michael (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen (Reihe: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 23). Berlin 2005, S. 59-65.
- Brie, Michael (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen (Reihe: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 23). Berlin 2005.
- Brie, Michael: Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. In: Ders./Herzig, Martin/Koch, Thomas (Hrsg.): Die PDS. Empirische Befunde und kontroverse Analysen. Köln 1995, S. 9-38.
- Brie, Michael/Woderich, Rudolf (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. Berlin 2000.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungschutzbericht 2004. Berlin 2005.

- Bundeswahlgesetz, Bundeswahlordnung. Textausgabe. Enthält Bundeswahlordnung (BWO) i. d. F. vom 8. März 1994. 8. Aufl. München 1994.
- Chrapa, Michael, 2000, Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS. Situation, Anforderungen, Optionen. In: UTOPIE kreativ. H. 113, S. 276-283.
- Chrapa, Michael: Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderungen, Optionen. In: Brie, Michael; Woderich, Rudolf (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. (Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 4) Berlin 2000, S. 221-228.
- Deutscher Bundestag: Gutachten zur Frage mehrparteiiger Listenverbindungen und Kooperationen bei der Bundestagswahl. Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, Reg.-Nr. WF III-306/04. Berlin 2004 (unveröff.).
- Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Band 82. Karlsruhe 1991.
- Gerth, Michael: Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten (Schriftenreihe Politica, H. 55) Hamburg 2000.
- Gohde, Claudia: Im Westen was Neues? In: Beinert, Heinz (Hrsg.): Die PDS – Phönix oder Asche? Berlin 1995, S. 69-80.
- Grundgesetz. Mit Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, Menschenrechtskonvention, Verfahrensordnung Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Parteiengesetz, Untersuchungsausschussgesetz und Gesetz über den Petitionsausschuß. – 39., neubearb. Aufl., Stand: 15. Juli 2004. München 2004.
- Grundkonsens der Bügerbewegung Bündnis 90 vom 21. Sept. 1991. In: Bündnis 2000, 1(1991), H. 21.
- Hoffmann, Jürgen: Die doppelte Vereinigung. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Zusammenschlusses von Grünen und Bündnis 90. Opladen 1998.

- Hoffmann, Jürgen: Die doppelte Vereinigung. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Zusammenschlusses von Grünen und Bündnis 90. Opladen 1998.
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2004. Düsseldorf 2005.
- Ismayr, Wolfgang: Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2000.
- Jesse, Eckhard: Die Parteien in den neuen Bundesländern. In: Gellner, Winand/Veen, Hans-Joachim: Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen. Frankfurt/Main 1995.
- Kitschelt, Herbert: The Transformation of European Social Democracy. Cambridge 1994, S. 27-32.
- Koch, Thomas: Soziokulturelle Anker von PDS-Wähler-Koalitionen zwischen Oder und Werra. In: Brie, Michael/Woderich, Rudolf (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 4). Berlin 2000, S. 208-220.
- König, Jens: Gregor Gysi. Berlin 2005.
- Lang, Jürgen: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung. Baden-Baden 2003.
- Maier, Jürgen/Schmitt, Karl: Stabilität und Wandel regionaler Wählerstrukturen in Ostdeutschland 1990-1999. In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W./Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske und Budrich 2002, S. 81-108.
- Malycha, Andreas: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996.
- Meuche-Mäker, Meinhard: Die PDS im Westen 1990–2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 25). Berlin 2005.

- Moreau, Patrick: Politische Positionierung der PDS – Wandel oder Kontinuität? (Sonderausg. Politische Schriften der Hanns-Seidel-Stiftung). München 2002.
- Ders.: Politische Positionierung der PDS – Wandel oder Kontinuität. München 2002.
- Neu, Viola: Das Janusgesicht der PDS. Baden-Baden 2004.
- Dies.: Die PDS zwischen Utopie und Realität: Bundestagswahlprogramm und Regierungsbeteiligung in den Ländern (Reihe: Konrad-Adenauer-Stiftung, Arbeitspapier Nr. 63/2002) St. Augustin 2002
- Neugebauer, Gero: „Hat die PDS bundesweit im Parteiensystem eine Chance? In: Brie, Michael u.a. (Hrsg.): Die PDS: Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen. Köln 1995.
- Ders./Stöss, Richard: Die PDS auf dem Weg in die Liquidation? In: Mit einem blauen Auge davon gekommen. Eine Analyse der Bundestagswahl 2002 (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 7). Berlin 2002, S. 60-92.
- Dies.: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler, Konkurrenten. Opladen 1996.
- Dies.: Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage? In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999, S. 133f.
- Dies.: DDR-Regimewandel, Bürgerorientierug und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Dies. (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern. Opladen 1994.
- Pollack, Detlef/Pickel, Gert: Die Bundestagswahl 1998 in Ostdeutschland – zwei getrennte Elektorate oder nur partielle Abweichungen? In: Pickel, Gert/Walz, Dieter/Brunner, Wolfram (Hrsg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems. Opladen 2000, S. 79-98.

- Sani, Giacomo/Sartori, Giovanni: Polarization, Fragmentation and Competition in Western Democracies. In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems. Continuity and Change. London 1983, S. 307-340.
- Sartori, Giovanni: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Bd. 1. Cambridge 1976.
- Schreiber, Wolfgang: Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. 7. neu bearb. und erw. Aufl. Köln 2002 (zit. als: Schreiber 2002).
- Schulz, Werner: Bündnis 90 als Studie. Vom Forschungsbericht zum Abklatsch. In: Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne/Müller-Enbergs, Helmut (Hrsg): Bündnis 90. Entstehung, Entwicklung, Perspektiven. Ein Beitrag zur Parteienforschung im vereinigten Deutschland (Sonderausgabe der Berliner Debatte INITIAL). Berlin 1992.
- Schulze, Andreas: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nichtetablierter politischer Vereinigungen. Wiesbaden 2004 (zit. als: Schulze 2004).
- Seifert, Karl-Heinz: Bundeswahlrecht. Wahlrechtsart. des Grundgesetzes, Bundeswahlgesetz, Bundeswahlordnung u. wahlrechtl. Nebengesetze. 3., völlig neu bearb. Aufl. München 1976 (zit. Seifert 1976).
- Seifert, Karl-Heinz: Die politischen Parteien im Recht der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1975.
- Sturm, Eva: Und der Zukunft zugewandt? Eine Untersuchung zur Politikfähigkeit der PDS. (Forschung Politikwissenschaft; Bd. 77) Opladen 2000.
- Van den Boom, Dirk: Politik diesseits der Macht? Zu Einfluß, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1999.
- Vollrath; Ernst: Hannah Arendt. In: Ballestrem, Karl G.: Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts. München 1990, S. 13-32.
- Weis, Florian: Die PDS in den westlichen Bundesländern, in: UTOPIE Kreativ, H. 173/2005, S. 257-265.

- Woop, Gerry: Chancen und Risiken im neuen Linksprojekt. (Reihe: Text der Woche der Rosa-Luxemburg-Stiftung) Berlin, 2. Juni 2005.

3 Zeitungsartikel

- „Alle Grundsätze über Bord“. SZ vom 18. Juli 2005, S. 2.
- „Auch Lafontaine muss Gesetze zur Kenntnis nehmen.“ Junge Welt 25.5.05. S. 2.
- Aufklärung statt Katzenjammer. Freitag 15/2004 vom 02. April 2004.
- Aus eigener Kraft zehn Prozent holen. Interview mit Thomas Händel. Freitag 14/2005 (8. April 2005).
- Bartsch trimmt Linkspartei auf Oppositionsrolle. Ostsee-Zeitung vom 1. Aug. 2005.
- Bedenken gegen Listen der Linkspartei. SZ vom 8. Aug. 2005, S. 6.
- „Beide Parteien sind sich im Prinzip einig“. Interview mit Dagmar Enkelmann. Junge Welt vom 7. Juni 2005, S.2.
- Bündnis auf wackligen Beinen. Taz 7.6.05, S.6.
- Das ist die Berliner Kluft. Stern vom 7. Aug. 2005.
- Das Reißverschlussprinzip. TA vom 10. Aug. 2005, S. 2.
- Der Soundtrack zur Debatte. ND 26. Mai 2005, S. 3.
- Die Basis votiert für neue Linkspartei. Taz vom 21. Dez. 2004, S. 7.
- „Die Grünen sind eine elitäre Partei“. Interview mit Gregor Gysi. Taz vom 8. Juni 2005, S. 4.
- Die Linkspartei bleibt alternativlos. Taz Berlin, 5. Aug. 2005, S. 21.
- „Die Listenarithmetik stand fest.“ Interview mit Markus Schlegel. Taz NRW vom 17. Aug. 2005, S. 2.
- Die PDS droht – und Maurer gewinnt. Stuttgarter Zeitung vom 18. Juli 2005.
- „Die PDS kommt im Westen nicht an.“ Interview mit Gregor Gysi. Tagesspiegel vom 17. Mai 2005, S. 4.

- „Die werden sich zerlegen“. Spiegel vom 20. Juni 2005, S. 37.
- „Eiertanz” statt Hochzeitswalzer. Interview mit Harald Wolf. Taz Berlin, 30.6.05, S. 28.
- „Es gibt kein Reißverschlussverfahren“. SZ vom 26. Juli 2005, S. 5.
- Etabliertes Gehabe bei der neuen Linken. SZ vom 7. Juli 2005, S. 37.
- Ex-SPD-Chef Lafontaine fordert den Kanzler heraus. Bild vom 24. Mai 2005.
- Ex-Verfassungsrichterin: Zulassung der Linkspartei ist rechtswidrig. FTD vom 13. Aug. 2005.
- Fliegender Namenswechsel. ND vom 11. Juli 2005.
- Friedvolle Bürscherl. Tagesspiegel vom 25. Juli 2005, S. 3.
- Gegenwind 202, Oktober 2004. <http://www.gegenwind-whv.de/ a20206.htm> am 10. Mai 2005.
- Getrennt marschieren – gemeinsam schlagen. Taz Nord vom 1. Dez. 2005, S. 27.
- Gewerkschafter wollen neue SPD gründen. Taz vom 8. März 2005, S. 14.
- Graßhof, Karin/Klein, Hans Hugo: Die Wahl wäre ungültig. FAZ vom 6. Aug. 2005, S. 10.
- Gregor Gysi kehrt in die Politik zurück. SZ vom 4. Juni 2005, S. 5.
- Gysi tritt wegen Flugaffäre zurück. SZ vom 1.Aug 2002, S. 1.
- Hebel, Stephan: Mehr Mut zur Richtung. FR vom 25. Mai 2005., S. 3.
- Hensche, Detlef: Die Zeit ist reif für eine neue linke Partei. Standpunkte. FR vom 4.6.05, S. 8.
- „Ich setze auf die Einsicht der Kritiker“. Interview mit SPD-Vorstand Christoph Matschie. Handelsblatt vom 15. März 2004, S. 5.
- Im Clinch mit der Linkspartei. Taz Berlin vom 9. Aug. 2005, S. 17.
- Ist die WASG eine gezielte Beute der PDS? Stuttgarter Zeitung vom 4. Aug. 2005.
- Kinder der Wut. Die Zeit, Nr. 32/05 vom 4. Aug. 2005, S.5.

- Kinder der Wut. Zeit vom 4.8.05, S. 5.
- Klares Ja der WASG für ein Bündnis mit der PDS. NZZ vom 16. Juli 2005, S.2.
- Lafontaine mit großem Hofstaat. Taz vom 30. Juli 2005, S.2.
- Lafontaine tritt gegen die SPD an. SZ 25.5.05, S. 1.
- Lafontaine will linkes Bündnis zimmern, FR vom 25. Mai 2005, S. 1.
- Leipzig ruft zur Montagsdemontage. Taz vom 20. August 2004, S.6.
- Leipziger Streit um Linkspartei und Lafontaine. Nd vom 21.8.04.
- Leise und geschmiert. Spiegel vom 15. Aug. 2005, S. 32.
- Liebe Kollegen, liebe Genossen, liebe Leud'. SZ vom 22. Nov. 2004, S. 3.
- Linke Bayern. PDS und WASG stellen gemeinsame Landesliste auf. SZ vom 22. Juli, S. 35.
- Linke suchen nach Konzept für Bündnis. Tagesspiegel vom 30. Mai 2005.
- Linke will Platz an der Sonne. Taz vom 30. Juni 2005, S. 21.
- Links, wo ganz viele Linke sind. Taz vom 12. Jan. 2004, S. 6.
- Linksbündnis in Bayern droht zu scheitern. SZ vom 25. Juli 2005, S. 41.
- Linksbündnis unter Zeitdruck. SZ vom 15. Juni 2005, S. 6.
- Linkspartei – aber nur mit PDS. ND 24. Juni 2005, S.1.
- Linkspartei – es darf nur eine geben. Taz vom 15. März 2004, S. 6:
- Linkspartei darf antreten. SZ vom 20. Aug. 2005, S. 7.
- Linkspartei droht Nichtzulassung. TA vom 10. Aug. 2005, S.1.
- „Linkspartei heißt jetzt auch 'Linkspartei'". Taz vom 24. Juni 2005, S. 6.
- Linkspartei streitet nur noch gegen sich selbst. FR vom 14. Okt.04, S. 4.
- Listen der Linkspartei mit WASG-Kandidaten zugelassen. FR vom 20. Aug. 2005, S. 5.
- „Mein Bedarf an Einheitsbewegungen ist gedeckt". Lothar Bisky im Interview. Berliner Zeitung vom 13. März 2004, S. 5.

- Meng, Richard: An der Zeit. Kommentar. FR 25.05.05, S. 3.
- Meyer; Hans : Griff zur Schrotflinte. Spiegel, 15. Aug. 2005, S. 35.
- Mit Oskar nach Berlin. Taz NRW vom 4.7.2005, S. 2.
- Neue Linkspartei in Zeitnot. FR vom 24. Mai 2005, S. 6.
- Nur nicht unterschätzen. SZ vom 18. März 2004, S. 2.
- Offene Liste für WASG geschlossen Taz Berlin 4. Aug 2005, S. 21.
- Ohne Prüfkriterien keine Prüfung. TA vom 20. Aug. 2005, S.2.
- Pannen und Pleiten bei WASG in Thüringen. Leipziger Volkszeitung vom 5. Aug. 2005.
- Parteitagsserie für Linkspartei. Junge Welt vom 12. Juli 2005, S. 4.
- PDS ebnet Weg für neues Linksbündnis. FTD vom 18. Juli 2005, S. 9.
- PDS künftig ohne bunte Truppe. Tagesspiegel vom 14. Dez. 2004.
- PDS stellt der Wahlalternative ein Ultimatum. Die Welt vom 14.6.05, S. 4.
- PDS-Star Gregor Gysi tritt wegen Verwicklung in Freiflug-Affäre von seinen Ämtern zurück – Partei unter Schock. Deutsche Welle, Politik und Wirtschaft. 1.Aug. 2002, S. 1.
- Presseerklärung von Lothar Bisky und Klaus Ernst am 10. Juni 2005. <http://www.sozialisten.de/presse/presseerklaerungen/view_html?zid=27710> am 18. Aug. 2005.
- Rechtes Bündnis juristisch umstritten. FTD vom 25. Mai 2005, S. 16.
- Regierungsmehrheit für Reformen bröckelt. FTD vom 17. Dez. 2003, S. 11.
- Ringen um Linksbündnis, SZ 31.5.05, S. 5.
- Schröder macht halblang. Taz vom 7. Feb. 2004, S. 1.
- Schwennike, Christoph: Die Rache des Rivalen. SZ 25. Mai 2005., S.4.
- „Signale für Links-Liste mehren sich.“ ND 7.6.05, S.5
- Sorgen in der „Kuschelecke“. ND vom 29. Juni 2005, S. 5.
- SPD warnt vor Spaltung. FR vom 11. März 2004, S. 1:

- SPD-Abweichler wollen es spannend machen. SZ vom 17. März 2004, S. 6.
- Staatsrechtler will Bundestagswahl anfechten. Taz vom 15. Aug. 2005, S. 7.
- „Stockendes Buchstabieren“ ND 13.6.05, S.2.
- Streit bei der WASG spitzt sich zu. Kölner Stadt Anzeiger, 10.8.05. <http://www.ksta.de/html/artikel/1122811438621.shtml> am 20. Sept. 2005)
- Streit um Platz eins. Taz Hamburg vom 27. Juli 2005, S. 21.
- Streit ums Wahlbündnis. Die Linken können sich nicht leiden. Berliner Zeitung, 26. Mai 2005, S.20.
- Und im Foyer, da lacht Karl Marx. Taz vom 21.6.04, S. 6.
- Urlaubssperre bei der PDS. Taz vom 24. Mai 2005, S. 6.
- „Viele verstehen nicht, was die in Berlin treiben“. Interview mit IG-Bau-Chef Klaus Wiesehügel. FR vom 24. Feb. 2004, S. 10.
- Vom Instinkt verlassen. Gregor Gysi zu seinem Rücktritt. FR vom 1. Aug 2002, S. 4.
- Wahlalternative bereit für Oskar, nicht für PDS. Taz vom 25. Mai 2005, S. 3.
- Wahlalternative im Osten zerstritten. FTD vom 30. Mai 2005, S. 14.
- Wahlleiter sieht Hürden für Linkspartei. Handelsblatt vom 25. Juli 2005.
- WASG freut sich über 2 Prozent. ND vom 23. Mai 2005, S. 2.
- WASG für Bündnis mit PDS. SZ vom 4. Juli 2005, S. 5.
- WASG wie im Rausch. Taz vom 4. Juli 2005, S. 2.
- WASG-Minderheit denkt an Spaltung. SZ vom 5. Juli 2005, S. 6.
- „Wir können uns selbst noch ein Bein stellen“. Interview mit Oskar Lafontaine. ND vom 29. Juni 2005, S. 3.
- „Wir müssen schnell den Berg hochklettern“. Interview mit PDS-Chef Lothar Bisky. ND vom 1. Juni 2005, S. 4.
- Zoff bei der Wahlalternative. Märkische Allgemeine vom 29. Juli 2005.

VII ANHANG

Chronologie

2004

5. März	Erstes Treffen der „Wahlalternative“-in Berlin, Initiatoren: Axel Troost und Ralf Krämer, Verdi-Gewerkschaftssekretär
10. März	Sieben Funktionäre der IG Metall in Bayern starten eine Internet-Initiative für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (ASG), dabei u.ä. Peter Händel IG Metall Fürth und Klasu Ernst,
15. März:	Taz, SZ und FTD bezeichnen die Neugründungen als „Linkspartei“.
15. Juni	SPD Bayern schließt die Gründer der ASG aus.
3. Juli 2004	Grümdung des Vereins „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ aus ASG und Wahlinitiative.
7. August	Lafontaine deutet an , er würde sich notfalls in einer neuen Linkspartei engagieren, wenn Schröder seine Politik bis zur nächsten Bundestagswahl fortsetze.
21. August	Der PDS-Politiker Gregor Gysi ruft seine Partei und die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit” (WASG) zur Zusammenarbeit auf.
30. August	Nach einem Auftritt Lafontaines bei der Leipziger Montags-Demonstration, die die WASG mitorganisierte, will der rechte SPD-Flügel einen Parteiausschluss prüfen lassen.
21. November	1. Bundesdelegiertenkonferenz der WASG in Nürnberg. Sie beschließt, bereits zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nzutreten. Klaus Ernst, Thomas Händel, Axel Troost und Sabine Lösing werden zum geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt.

2005

22./23. Januar	Die WASG gründet sich in Göttingen als neue Partei. Die „Partei Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
28. April	Oskar Lafontaine tritt bei einer WASG-Wahlkampfveranstaltung in Krefeld auf.
6./7. Mai	Bundesparteitag der WASG in Dortmund

22. Mai	Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erhält sie WASG 2,2 Prozent. Die PDS kommt auf 0,9 Prozent (-0,2). Bundeskanzler Schröder fordert wegen des Regierungsverlusts in dem Bundesland vorgezogene Bundestagswahlen.
24. Mai	Lafontaine kündigt an, er wolle für ein Linksbündnis antreten und tritt zugleich aus der SPD aus.
30. Mai	Erstes Sondierungsgespräch zwischen WASG und PDS.
2. Juni	Beginn der Tagung von Arbeitsgruppen
3. Juni	Der frühere PDS-Vorsitzende Gregor Gysi will bei Neuwahlen als Spitzenkandidat seiner Partei antreten. Er werde sich für ein Linksbündnis mit der WASG einsetzen.
8. Juni:	Gespräch mit Bundeswahlleiter Hahlen zu möglichen Modellen einer gemeinsamen Kandidatur.
10. Juni	PDS und WASG einigen sich auf ein Bündnis. Die Mitglieder der WASG sollen auf offenen Listen der PDS antreten. Lafontaine will dafür kandidieren. Die Gremien von PDS und WASG müssen das Bündnis noch absegnen.
10. Juni:	Leverkusener Erklärung von 40 WASG-Mitgliedern, aus fünfzehn nordrhein-westfälischen Orts- und Kreisverbänden sowie aus dem Kreisverband Aurich-Emden ihre Bedenken gegen ein Zusammengehen der WASG mit der PDS aufgeschrieben.
11. Juni	PDS-Bundesvorstand präsentiert neuen Namen „Demokratische Linke.PDS“
12. Juni:	WASG-Länderrat in Kassel stimmt Wahlbündnis zu, aber nicht dem Namen. Binnen zwei Jahren soll danach eine gesamtdeutsche Partei links der SPD etabliert werden.
18. Juni:	WASG in NRW nominiert Lafontaine als Spitzenkandidaten
23. Juni:	PDS-Bundesvorstand verwirft ihren Namensvorschlag aus rechtlichen Gründen und beschließt „Die Linke.PDS“.
3.Juli:	WASG-Bundes-Parteitag in Kassel. Als Gast des Parteitages wurden neben Lafontaine außerdem Lothar Bisky, PDS-Vorsitzender
9./10. Juli	PDS-Landesparteitage in Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, die Landeslisten aufstellen

15. Juli:	WASG-Urabstimmung zu Kandidatur auf PDS-Listen, 70% Beteiligung, 82,8%
16. Juli	PDS-Landesparteitage in Baden-Württemberg und dem Saarland.
17. Juli:	9. Außerordentlicher Bundesparteitag der PDS, Umbenennung in „Die Linke.PDS“.
23. Juli	PDS-Landesparteitag in Bayern
24. Juli	PDS-Landesparteitag in Rheinland-Pfalz
30./31. Juli	PDS-Landesparteitage in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Thüringen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Bremen
6./7. August	PDS-Landesparteitag in Berlin
19. August:	Alle 16 Landeswahlausschüsse genehmigen die Landeslisten.
18. September	Bundestagswahl: Die Linkspartei.PDS gewinnt 8,7 Prozent der Zweitstimmen und stellt 54 Abgeordnete im 16. Deutschen Bundestag. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine werden Fraktionsvorsitzende.

Urheberrechtsvermerk

Ich erkläre, dass ich vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Hilfsmittel und Literatur angefertigt habe. Seitens des Verfassers bestehen keine Einwände, die vorliegende Magisterarbeit für die öffentliche Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Jena, den 15. Januar 2006 Falk Heunemann